



Erst Recht!

Beschlussbuch

**Bundeskoordinierungstreffen 2020
am 15. November 20**

Inhalt

Bereich A: Arbeitsprogramm	1
A1_20 Für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst Recht! - Das Arbeitsprogramm der Juso-Hochschulgruppen 2020/21	1
Bereich B: Kampf gegen Bildungsgebühren	8
B1_20 Gebühren für Studieneignungstests in Hamburg – Gegen jede Form von Studiengebühren	8
Bereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts	9
D2_20 Schluss mit strukturellen Einzelfällen - für eine kritische Aufarbeitung von Polizeigewalt und Racial Profiling	9
Bereich E: Europa & Internationales	12
E1_20 Europäische Hochschulen? Nur mit Demokratie!	12
Bereich F: Feminismus & Gleichstellung	14
F1_20 Frauen* und Corona - in der Pandemie zeigen sich manifestierte gesellschaftliche Ungleichheiten	14
F4_20 Inklusion ohne Gendersternchen	22
Bereich G: Gute Arbeit	23
G1_20 What do we want? – Bessere Arbeitsbedingungen an Hochschulen! When do we want it? – Now!.....	23
Bereich M: Studentischer Wohnraum	28
M2_20 Mikro-Appartements und Luxuswohnheime stoppen - Unterstützung für Studierendenwerke statt Gewinnmaximierung mit studentischer Wohnungsnot.....	28
Bereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform	33
Q1_20 Wann wird es endlich wieder so, wie es nie war? – Unsere Visionen für die Hochschulen nach der Pandemie	33
Bereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität	42
U3_20 Zeit für eine Bestandsaufnahme! – Nachhaltigkeit während der Corona-Krise	42
Bereich V: Verfasste Studierendenschaft & demokratische Hochschule	45
V1_20 Solidarisch mit bayrischen Studierendenvertretungen!.....	45
V2_20 Digitale Demokratie an der Hochschule?	48
Bereich WK: Wahlkampf	51
WK1_20 Mit Schwung in die Roten Zwanziger! Die Juso-Hochschulgruppen im Bundestagswahlkampf 2021	51

Bereich A: Arbeitsprogramm

Beschluss A1_20

1 **A1_20 Für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort:** 2 **Erst Recht! - Das Arbeitsprogramm der Juso-** 3 **Hochschulgruppen 2020/21**

4 Sozialismus, Feminismus, Internationalismus - Mit diesen drei Grundpfeilern setzen sich die Juso-
5 Hochschulgruppen seit ihrem Gründungstreffen im März 1973 für eine progressive, soziale und
6 emanzipatorische Bildungs- und Gesellschaftspolitik ein. Vor Ort, in den Gremien der Hochschulen oder
7 draußen auf den Straßen ist es unser Ziel, bestehende gesellschaftliche Verhältnisse kritisch in Frage
8 zu stellen und neu zu ordnen. Dabei ist es unser treibender Anspruch, Wissenschafts-
9 Hochschulpolitikpolitik in einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu denken, denn diese beiden
10 Politikbereiche wirken weit über den Raum der Hochschulen hinaus tief in die Gesellschaft hinein. Wir
11 treten konsequent gegen zermürbenden Leistungsdruck und kapitalistische Verwertungslogik, sowie
12 gegen spaltendes Konkurrenzdenken und neoliberale Entwicklungen in unserer Gesellschaft ein. Mit
13 unserer Entschlossenheit, die SPD zu bewegen, machen wir uns nicht nur für bildungs-, sozial- und
14 wissenschaftspolitische Verbesserungen stark, sondern entwickeln auch in anderen Fragen eigene
15 Positionen. Unser politisches Handeln fußt dabei auf einem starken theoretischen Fundament, welches
16 wir stetig weiterentwickeln.

17 Bundesweit gibt es mehr als 80 aktive Juso-Hochschulgruppen, die in den örtlichen
18 Studierendenvertretungen tatkräftig mitarbeiten, in der Sozialberatung engagiert tätig sind oder die
19 Stimmen der Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung unermüdlich vertreten.
20 Wir gestalten das Leben an den Hochschulen aktiv mit und sorgen für konkrete Verbesserungen im
21 Studienalltag. Auch auf Landes- und Bundesebene streiten wir unaufhörlich für eine bessere
22 Gesellschaft und ein gerechteres Bildungssystem. Unser täglicher Einsatz gilt einem gebührenfreien,
23 selbstbestimmten und chancengleichen Studium für alle, einer freien und kritischen Wissenschaft sowie
24 einer guten Lehre.

25 **Die Bundestagswahl 2021 - Jetzt erst recht linke Mehrheiten erkämpfen!**

26 Bei der Bundestagswahl 2021 möchten wir für eine progressive Wissenschaftspolitik und eine sozial
27 gerechte Gestaltung der Hochschulen kämpfen. Neben unseren konkreten Forderungen für eine bessere
28 Hochschulpolitik treibt uns vor allem die Aussicht auf eine umfassende politische Trendwende an! In
29 den letzten Monaten der Krise ist uns eindrücklich klar geworden, dass es eine starke Sozialdemokratie
30 braucht, mit der wir gemeinsam für ein gerechtes Studium, gute Arbeitsbedingungen und eine freie,
31 unabhängige Wissenschaft streiten. Mit unseren Positionen werden wir uns aktiv und engagiert in den
32 Programmprozess der SPD vor der Bundestagswahl einbringen, um der Sozialdemokratie ein scharfes
33 hochschulpolitisches Profil zu verpassen. Wir möchten die bildungspolitischen Themen, die junge Leute
34 bewegen, ins Zentrum einer sozialdemokratischen Erzählung stellen, denn eine progressive
35 Bildungspolitik muss ein Kernanliegen der SPD sein.

36 Zusätzlich zu unserem Engagement im Programmprozess gestalten wir eine gemeinsame
37 Jugendkampagne mit den Jusos, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen und sie breiter in die
38 öffentliche Diskussion zu tragen. Weiterhin unterstützen wir die vielen Kandidierenden, die bei den

39 Jusos und Juso-Hochschulgruppen aktiv sind oder waren, bei ihrem Kampf, eine Stimme der jungen
40 Generation in den Parlamenten zu sein.

41 **Nichts kriegt uns klein! - Gem(einsam) durch die Coronavirus-Pandemie**

42 Das Jahr 2020 wird uns allen wohl eine ganze Weile in Erinnerung bleiben. Im Frühjahr des Jahres
43 standen das öffentliche und wirtschaftliche Leben in der Bundesrepublik und auch weltweit angesichts
44 des sich dramatisch ausbreitenden SARS-CoV-2-Virus plötzlich still. Geschäfte blieben geschlossen,
45 Kultureinrichtungen öffneten ihre Türen nicht und auch öffentliche Einrichtungen stellten ihren Dienst
46 ein. Die Zahlen der Menschen in Kurzarbeit schnellten auf ein Rekordhoch und eine schwere Rezession
47 trifft die Wirtschaft. Gleichzeitig musste die lang verschleppte Digitalisierung rasant in die Arbeitswelt
48 integriert werden und das Home-Office wurde in einigen Berufen zum neuen Arbeitsplatz. Zur
49 Bekämpfung der globalen Coronavirus-Pandemie wurden zahlreiche, bisher ungewohnte Maßnahmen
50 getroffen, wie eine Maskenpflicht in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln. Im Zentrum des
51 Krisenmanagements stand plötzlich die Notwendigkeit eines handlungsfähigen, starken Sozialstaats,
52 der Investitionen auf den Weg bringt und in der Krise die Betroffenen wirkungsvoll unterstützt. Die
53 Pandemie bestimmte den gesamten Lebensalltag. Wie unter einem Brennglas wurden soziale
54 Unterschiede noch sichtbarer und die Probleme bestimmter Bevölkerungsgruppen verschärften sich
55 massiv.

56 Ebenfalls hatte die Corona-Krise massive **Auswirkungen auf Hochschulen, Wissenschaft, Lehre und**
57 **Studium**. Im digitalen Sommersemester 2020 wurde nahezu komplett auf Präsenzlehre verzichtet.
58 Geschlossene Bibliotheken und veränderte Prüfungsformate stellten die gewohnten Lernbedingungen
59 komplett auf den Kopf. Auch die Möglichkeit, in einer Mensa eine günstige Mahlzeit zu bekommen oder
60 den Computerpool der Uni zu nutzen, entfiel. Das Campus-Leben, wie wir es bisher kannten, fiel in einen
61 Dornröschenschlaf und mit ihm brach der gesamte Sozialraum Hochschule weg.

62 Überdies spitze sich die Lage im Bereich der **Studienfinanzierung** angesichts der Corona-Krise massiv
63 zu. Für viele Studierende stellte sich aufgrund des nahezu kompletten Stillstandes des öffentlichen
64 Lebens und der massiven wirtschaftlichen Einschnitte die drängende Frage nach der Finanzierung des
65 Lebensunterhaltes. Besonders hart betroffen von den Maßnahmen und Schließungen waren
66 Studierende, die sich ihren Lebensunterhalt bislang durch Nebenjobs – z.B. in der Gastronomie, in
67 Kultureinrichtungen oder im Einzelhandel – finanziert haben. Sie waren häufig die ersten, die entlassen
68 wurden und ihre Jobs verloren. Aber auch die für viele Studierende noch immer unverzichtbare
69 finanzielle Unterstützung durch ihre Eltern brach angesichts von finanziellen Unsicherheiten,
70 Jobverlusten und Kurzarbeit nun weg. Das Bundesbildungsministerium und Ministerin Anja Karliczek
71 ließen Studierende in dieser Notlage eiskalt im Regen stehen. Nur durch unser Engagement und auf
72 Drängen der SPD wurde neben den KfW-Corona-Krediten überhaupt erst ein Nothilfe-Programm
73 geschaffen. Doch die zum Oktober ausgelaufenen Corona-Überbrückungshilfen gingen vollkommen an
74 der Krisenrealität vorbei. Nach einem viel zu späten Start im Juni war die Beantragung enorm
75 bürokratisch, die Hürden für die Bewilligung viel zu hoch und die Zuschussbeträge zu gering bemessen.
76 Mit den KfW-Corona-Krediten schickte die Ministerin junge Menschen sehenden Auges in eine
77 unausweichliche Schuldenfalle. Angesichts steigender Infektionszahlen, einer zweiten Pandemiewelle
78 und wegfallender Studierendenjobs in der Wintersaison brauchen wir dringend wirksame Hilfe für
79 Studierende in coronabedingten Notlagen sowie eine Modernisierung des BAföGs mit höheren
80 Bedarfssätzen und Einkommensgrenzen hin zu einer Studienfinanzierung unabhängig von Alter und
81 Eltern für alle!

82 In besonders dramatischem Ausmaß wirkte sich die Corona-Pandemie auf **Frauen*** aus. Zuvorderst sind
83 Frauen* aufgrund ihrer vermehrt ausgeübten beruflichen Tätigkeit im Pflege und Gesundheitswesen
84 einer signifikant höheren Infektionsgefahr ausgesetzt. Es lastet ein starker Druck und eine erhöhte
85 Belastung auf Frauen* in systemrelevanten Berufen. Weiterhin nimmt aufgrund der sozialen

86 Kontaktbeschränkungen die häusliche Gewalt zu und es steigt das Risiko, Opfer von sexualisierter
87 Gewalt zu werden. Durch die Isolation ist gleichzeitig der Zugang zu Hilfsangeboten verbaut und der
88 Austausch mit Betroffenen sowie das Einfordern eigener Rechte massiv erschwert. Zudem ist eine
89 Stärkung sexistischer Rollenbilder zu beobachten: In den allermeisten Fällen waren es wieder die
90 Frauen*, an denen die zusätzlichen Aufgaben von Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Home-
91 Schooling hängen blieben. Dem müssen wir entschieden entgegenreten! Die Politik muss dafür sorgen,
92 dass die Corona-Krise nicht zum Rollback in der Gleichstellung der Geschlechter führt.

93 Gleichermaßen zeigt die Corona-Pandemie, dass sich das **gesellschaftliche Klima** verschlechtert hat.
94 Teile der Bevölkerung stellen wissenschaftliche Erkenntnisse vehement in Frage, verbreiten (strukturell)
95 antisemitische Verschwörungsmymen und glauben an alternative Fakten. Die Leugnung der
96 Coronavirus-Pandemie, die sich sowohl in der rücksichtslosen Verweigerung von Mund-Nasen-Masken als
97 auch in der Verbreitung gefährlicher Falschinformationen äußert, sind nur eine Ausprägung eines
98 rechten Rollbacks, gegen den wir als Juso-Hochschulgruppen uns weiterhin mit aller Kraft stemmen.

99 **Girls just wanna have FUNdamental rights**

100 Feminismus ist und bleibt für uns ein Querschnittsthema, das sich durch alle politischen Inhalte,
101 Überlegungen und Entscheidungen zieht – denn die strukturelle Diskriminierung von Frauen* in Politik,
102 Beruf und Alltag ist bis heute nicht überwunden.

103 Als Analysegrundlage dient uns hierbei, dass das kapitalistische Patriarchat bis heute die materielle
104 Grundlage für die Verfasstheit unserer Gesellschaft darstellt und so die Hierarchie zwischen den
105 Geschlechtern begründet und aufrechterhält. Auch nach über 100 Jahren Frauen*wahlrecht erleben wir
106 immer wieder, dass Antifeminismus, nicht zuletzt durch rechtsradikale Kräfte, deutlich zunimmt und
107 somit kontinuierlich dazu beiträgt, Frauen*rechte zu beschneiden. Auch die Selbstbestimmung der
108 Frau* über ihren Körper wird in Frage gestellt. Nach wie vor stehen wir für die dringend notwendige
109 Reform des Abtreibungsrechts im Sinne der umfassenden Straffreiheit bzw. Entkriminalisierung eines
110 Schwangerschaftsabbruchs und der Abschaffung des § 219a StGB. Der feministische Rollback macht
111 auch vor unseren Hochschulen nicht halt – Studentenverbindungen, Männernetzwerke, sexualisierte
112 Gewalt, die so genannte gläserne Decke und die dadurch entstehende beschämende Quote von gerade
113 einmal 25 % Professorinnen sind dabei nur einige wenige Punkte. Diese Zustände nehmen wir nicht hin
114 und kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter.

115 Denselben Anspruch, den wir an die Gesellschaft haben, haben wir auch an unseren Verband. Wir
116 kämpfen unermüdlich für Feminismus auf all unseren Ebenen und wir bemühen uns, unsere Strukturen
117 an unseren feministischen Anspruch anzupassen. Wir wollen, dass sich der Verband dadurch
118 kontinuierlich weiterentwickelt, denn auch wir sind nicht frei von Sexismus und Diskriminierung.
119 Deswegen unterstützen wir weiterhin die Arbeit der Antisexismus-Kommission (ASK) und
120 Sensibilisierungs- und Awarenessarbeit spielt bei unseren Veranstaltungen stets eine wichtige Rolle.
121 Wir wollen unser Frauen*netzwerk weiter stärken und uns gegenseitig empowern, sodass viele Frauen*
122 politisch aktiv werden und bleiben. Nur wenn Frauen* überall den Platz einnehmen können, der ihnen
123 zusteht, wird unsere Vorstellung eines gleichberechtigten Lebens für alle Realität.

124 **Reformen? Jetzt erst recht! – Unsere Handlungsschwerpunkte für 2020/2021**

125 Nach wie vor scheitern viele Studieninteressierte aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten bereits
126 bei dem Versuch, ein Studium an einer Hochschule aufzunehmen. Noch immer hängt der Zugang zu
127 Bildung entscheidend vom Geldbeutel des Elternhauses ab. Deshalb ist für uns im Bereich der
128 **Studienfinanzierung** das **BAföG** das zentrale Mittel, um ein selbstbestimmtes Studium frei von
129 Leistungsdruck und finanziellen Zwängen zu ermöglichen. Im Jahr 2021 feiert das BAföG seinen 50.
130 Geburtstag. Doch leider müssen wir feststellen, dass die Förderzahlen seit Jahren weiterhin rückläufig

131 sind und die im Koalitionsvertrag versprochene Trendwende ausgeblieben ist. Ein faires BAföG
132 bedeutet, dass die Fördersätze, die Freibeträge und die Wohnpauschale endlich dem realen Bedarf und
133 den tatsächlichen Lebensverhältnissen der Studierenden angepasst werden.

134 Dringend notwendig ist eine grundlegende Neukonzeption des BAföGs als Vollzuschuss als zentrales
135 Mittel für die gesamtgesellschaftliche Öffnung der Hochschulen, das alters-, eltern- und
136 ehepartner*innenunabhängig für alle zugänglich ist.

137 Als Juso-Hochschulgruppen fordern wir ein **demokratisches und soziales Bildungssystem**, das allen
138 offen steht und den Menschen im Vordergrund hat, statt seine ökonomische Verwertbarkeit. Für uns
139 müssen die Hochschulen die Gesellschaft widerspiegeln, jedoch bleibt das Studium vielen Menschen
140 immer noch verwehrt. Wir brauchen durchlässige Strukturen für Studierende mit Migrationshintergrund,
141 Menschen mit einem ausländischen Bildungsabschluss, Menschen mit einer Beeinträchtigung und
142 Menschen, die bereits eine abgeschlossene Ausbildung haben. Dafür müssen wir endlich von der
143 elitären Sicht auf ein Hochschulstudiums wegkommen, kurzfristig Hochschulzugangsverfahren
144 angleichen und harmonisieren, mehr Studienplätze schaffen und die Hochschulen so ausfinanzieren,
145 dass jede*r daran teilhaben kann.

146 Die drastisch veränderten Lehrbedingungen während der Corona-Pandemie haben uns deutlich
147 gemacht, wie wichtig **gute Lehre an Hochschulen** ist. Aus überfüllten Seminaren, schlecht
148 ausgestatteten Hörsälen und gestressten Dozierenden wurden langweilige Zoom-Vorlesungen,
149 schlechte Lernplattformen und mangelhafter Zugang zu digitalisierter Literatur. Ziel guter Lehre muss
150 es sein, Studierenden die Möglichkeit zu geben, über den Tellerrand hinauszuschauen und ein
151 selbstbestimmtes Studium zuzulassen. Auch für die Zeit nach der Corona-Krise wollen wir eine inklusive
152 und kritische Lehre, die individuelle Lernwege ermöglicht und die einzelnen Vorteile von Präsenzlehre
153 und Online-Angeboten miteinander verknüpft.

154 Im Rahmen der **Hochschulfinanzierung** fordern wir eine solide und gerechte Grundfinanzierung aller
155 Hochschulen durch Bund und Länder. Die Corona-Krise hat deutlich gezeigt, dass es angesichts der
156 immensen Bedeutung von freier, unabhängiger und kritischer Wissenschaft und Forschung für unsere
157 Gesellschaft unerlässlich ist, Hochschulen in personeller und technischer Hinsicht ausreichend
158 auszustatten. Statt der Förderung einzelner „Exzellenzstandorte“ muss die deutsche
159 Hochschullandschaft in ihrer Breite konsequent gestärkt werden.

160 Gemeinsames Essen in der Mensa, eine Kaffeepause während des Lernens in der Bibliothek oder
161 gemeinschaftlicher Wahlkampf auf dem Campus - der Corona-Lockdown führt uns deutlich vor Augen,
162 dass Hochschulen nicht nur ein Lehr- und Lernraum, sondern auch ein **Sozialraum** sind. Hier treffen wir
163 unsere Freund*innen, hier tauschen wir uns mit Kommiliton*innen aus, hier streiten wir mit anderen
164 politischen Hochschulgruppen über Campuspolitik. Diesen Sozialraum zu erhalten und zu stärken,
165 sowie inklusiv, sozial, emanzipatorisch, vielfältig, diskriminierungsfrei, demokratisch und
166 antifaschistisch zu gestalten, ist Leitlinie unseres hochschulpolitischen Engagements.

167 Wir stehen für eine **Demokratisierung** aller Lebensbereiche - dazu zählen natürlich auch die
168 Hochschulen. Wir fordern daher die gesetzliche Festschreibung der Verfassten Studierendenschaft (VS)
169 in allen Bundesländern, ihre Ausstattung mit einem allgemeinpolitischen Mandat sowie eine gesetzlich
170 verankerte Studierendenvertretung auf Bundesebene. Da **Hochschulräume** immer auch **politische**
171 **Räume** sind, müssen sich Hochschulen zu einem klaren politischen Diskurs auf dem Campus bekennen.
172 Eine freie und unabhängige Wissenschaft hat die Aufgabe, Diskurse innerhalb der Gesellschaft
173 anzustoßen und sie aktiv mitzugestalten. Gegen politische Gruppierungen, die diese Freiheit
174 beschneiden wollen, müssen sich die Hochschulen wehren.

175 Wir Juso-Hochschulgruppen setzen uns für den Schutz des weltweiten Klimas und der Umwelt sowie
176 für die Verankerung einer **nachhaltigen Perspektive** in Lehre und Forschung ein. In der gesamten
177 Gesellschaft muss ein Umdenkprozess stattfinden und ein gesteigertes Bewusstsein für die Themen
178 Ökologie und nachhaltige Mobilität entwickelt werden. Insbesondere in der Corona-Pandemie wird
179 deutlich, dass es für die Überwindung globaler Krisen gesellschaftlichen und internationalen
180 Zusammenhalt erfordert, um diese zu überwinden. Gleiches gilt auch für die Klimakrise: Es braucht eine
181 solidarische Veränderung der bisherigen Art des globalen Wirtschaftens, um die Lebensgrundlage
182 zukünftiger Generationen auf unserem Planeten zu retten.
183 Die Lage am Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Längst ist die Frage,
184 wo das Wohnen noch bezahlbar ist, zu einer massiven Hürde bei der Wahl des Studienstandortes
185 geworden. Wir fordern deshalb bezahlbaren, inklusiven und qualitativ hochwertigen **studentischen**
186 **Wohnraum** für Alle! Gleichberechtigte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben bedeuten auch, dass
187 Menschen in der Lage sind, frei zu entscheiden, wo und wie sie leben möchten. Der Staat muss endlich
188 entschiedener und wirkungsvoller in die unkontrollierbaren, kapitalistischen Dynamiken des
189 Wohnungsmarktes eingreifen.

190 Als Juso-Hochschulgruppen beobachten wir **Gesetzgebungsprozesse** auf **deutscher und europäischer**
191 **Ebene** und beteiligen uns mit unseren Vorstellungen einer sozial gerechten, progressiven Studierenden-
192 und Wissenschaftspolitik an den entscheidenden Rechtsetzungsverfahren, aktuell zum Beispiel am
193 Prozess der Konzeption eines Modells für europäische Hochschulen.

194 **Das sind wir - Unsere Juso-Hochschulgruppen**

195 Unser Verband lebt von den Hochschulgruppen vor Ort, die sich in den Gremien der studentischen und
196 akademischen Selbstverwaltung engagieren und dort präsent sind. Durch den Austausch zwischen den
197 einzelnen Hochschulgruppen, den Landeskoordinator*innen und dem Bundesverband werden wir als
198 starke studentische Stimmen wahrgenommen und kämpfen in verschiedenen Kontexten für die drei
199 Grundpfeiler unserer gemeinsamen Arbeit – Feminismus, Sozialismus und Internationalismus.

200 Den Mittelpunkt unserer innerverbandlichen Arbeit werden weiterhin Bildungsangebote bilden, die zur
201 Qualifizierung unseres Verbandes beitragen. Das letzte Jahr hat durch die Pandemie gezeigt, dass wir
202 auch Online ein gutes Bildungsangebot auf die Beine stellen können – das wollen wir neben unseren
203 Treffen in Präsenz beibehalten, es soll diese aber keinesfalls ersetzen. Wir wollen auf thematische
204 Vielfalt setzen, aktuelle und in Zukunft relevante Diskussionen anstoßen und weithin auf einen breiten
205 Austausch bauen. Dafür möchten wir uns im kommenden Jahr im Rahmen von **zwei**
206 **Seminarwochenenden** Zeit nehmen. Um den Austausch zwischen den Aktiven vor Ort zu stärken,
207 Multiplikator*innen auszubilden und die methodische Qualifizierung zu stärken, wird in diesem Jahr die
208 **Aktiven-Konferenz** stattfinden. Weiterhin möchten wir uns im kommenden Jahr wieder zu unserer
209 beliebten **Sommerschule** treffen, um theoretische Grundlagen zu festigen, Multiplikator*innen zu
210 motivieren und weitere Qualifizierungsangebote anzubieten. Damit wir als Verband mit besonderer
211 Schlagkraft in die Kampagne zur Bundestagswahl starten, eigene Schwerpunkte gezielt setzen und
212 gemeinsam Aktionen planen können, werden wir in diesem Jahr **Multiplikator*innen zur**
213 **Bundestagswahl ausbilden**.

214 Den engen Austausch mit unserem Ehemaligenverein, dem **Verein Demokratie und Hochschule (VDuH)**,
215 möchten wir bei unserer gesamten Arbeit fortsetzen, um von den verschiedenen Perspektiven und
216 Erfahrungen der Generationen zu profitieren.

217 Eine zentrale Rolle in unserer Verbandsarbeit nehmen die **Landeskoordinationen** ein. Durch sie besteht
218 eine enge Verbindung zwischen den einzelnen Hochschulgruppen und dem Bundesverband. Sie stärken
219 die Hochschulgruppen vor Ort und sorgen dafür, dass auf Landesebene Initiativen ins Leben gerufen

220 und umgesetzt werden. Den Kontakt zwischen den einzelnen Landeskoordinationen möchten wir
221 fördern und die Vernetzung u.a. durch unsere gemeinsame Konferenz aktiv unterstützen.

222 **Allein ist man stark, gemeinsam unschlagbar - Unsere Bündnispartner*innen**

223 Im unermüdlichen Kampf für den demokratischen Sozialismus und für eine gerechtere und
224 solidarischere Gesellschaft können wir auf viele wichtige Bündnispartner*innen zählen, mit denen wir
225 gemeinsam für unserer Positionen streiten.

226 Mit den **Jusos** haben wir einen starken Verband und viele junge Menschen an unserer Seite, mit denen
227 wir nicht nur innerparteilich eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, sondern auch bei Kampagnen
228 gemeinsam und entschlossen auftreten, so zum Beispiel bei der Jugendwahlkampagne zur
229 Bundestagswahl 2021.

230 Unser Verhältnis zur **SPD** bleibt weiterhin von der Doppelstrategie geprägt. Wir sind das unabdingbare
231 linke, kritische Korrektiv innerhalb der Partei und sehen es als unsere Aufgabe an, die SPD hin zu einer
232 klar linken und progressiven gesellschaftlichen Kraft zu entwickeln. Innerparteilich stehen wir für eine
233 soziale, progressive und emanzipatorische Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulpolitik ein. Wir sind
234 dabei gefordert, laut zu sein und unsere zentralen Anliegen in die Debatten mit hinein zu tragen. Es ist
235 Zeit, nicht nur inhaltlich wichtige Impulse zu geben, sondern auch alte Strukturen zu hinterfragen und
236 durch neue Möglichkeiten der Partizipation zu ersetzen.

237 Mit dem **freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs)** haben wir seit Jahren einen
238 wichtigen und engen Bündnispartner im gemeinsamen Kampf für eine gerechte Bildungs- und
239 Hochschulpolitik an unserer Seite.

240 Im **BAföG-Bündnis** streiten wir weiterhin entschlossen zusammen für eine alters-, eltern- und
241 ehepartner*innenunabhängige Studienfinanzierung für alle.

242 Auch im kommenden Jahr werden wir uns in **feministischen Bündnissen** für eine feministische und
243 emanzipatorische Gesellschaft einsetzen.

244 Im Einsatz für bezahlbaren studentischen Wohnraum, nachhaltige Mensen, eine faire
245 Studienfinanzierung und eine soziale Infrastruktur stehen wir in engem Austausch mit dem **Deutschen**
246 **Studentenwerk (DSW)**.

247 Ebenfalls die **Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugenden des DGB** sind wichtige Verbündete, um gute
248 Arbeitsbedingungen an Hochschulen zu erreichen und Kettenbefristung endlich den Riegel
249 vorzuschieben.

250 Mit **CampusGrün** sowie **weiteren progressiven hochschulpolitischen und politischen**
251 **Jugendverbänden** streben wir weiterhin eine enge Vernetzung und einen vertrauensvollen Austausch
252 an.

253 Gemeinsam wollen wir mit der **Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD)** jede Form von
254 Antisemitismus und rassistischer, fremdenfeindlicher, religiöser und politischer Diskriminierung
255 bekämpfen.

256 Im Bündnis **Aufstehen gegen Rassismus!** wollen wir die AfD und den Rechtsruck in der Gesellschaft
257 stoppen.

258 Da wir unserer hochschulpolitischen Ziele international denken, werden wir als internationalistischer
259 Verband über unsere internationalen Schwesterorganisationen **International Union of Socialist Youth**
260 **(IUSY)** und **Young European Socialists (YES)** in engem Kontakt und regem Austausch mit anderen

261 sozialistischen Jugendverbänden bleiben. Ganz besonders möchten wir den Dialog mit unseren
262 Partner*innen **Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich (VSStÖ)** fortsetzen und
263 intensivieren.

264 **“Lassen wir uns nicht schrecken durch die Ungunst äußerer Umstände ...”**

265 Das vergangene Arbeitsjahr stellte uns in Betrachtung der Coronavirus-Pandemie vor bisher unbekannte
266 Herausforderungen. Auch das kommende Arbeitsjahr wird geprägt sein von vielen neuen
267 Problemstellungen sowie von vielen richtungsweisenden politischen Entscheidungen - und wir Juso-
268 Hochschulgruppen sind mitten drin!

269 Unsere linke Politik orientiert sich dabei stets an den Problemen der Studierenden an den Hochschulen
270 sowie an unserem sozialistischen Wertefundament. An den Hochschulen vor Ort kämpfen wir für ein
271 besseres Studium. Die einzelnen Juso-Hochschulgruppen sind dabei das Herzstück unseres
272 Verbandes.

273 Doch Hochschule und Wissenschaft dürfen nicht isoliert gesehen werden, sondern sind elementarer
274 Teil unserer Gesellschaft und stehen in einem ständigen wechselseitigen Austausch. Sie können und
275 müssen entscheidende Impulse zur Neuorientierung unserer Gesellschaft geben und wichtige Debatten
276 und globale Herausforderungen thematisieren. Deshalb setzen wir uns nicht nur für Verbesserung für
277 Studierende an den Hochschulen ein, sondern streiten darüber hinaus auch für ein gutes Leben für alle
278 Menschen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, in der unsere Grundwerte Freiheit,
279 Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden.

280 "..., haben wir für alle Schwierigkeiten nur eine Antwort: Erst recht!" - Clara Zetkin

Bereich B: Kampf gegen Bildungsgebühren

Beschluss B1_20

1 **B1_20 Gebühren für Studieneignungstests in** 2 **Hamburg – Gegen jede Form von Studiengebühren**

3 In Hamburg steht ein Gesetzesentwurf des Senats zur Debatte, durch welchen es möglich wird, für
4 Eignungstests Gebühren zu verlangen. Das Gesetz würde derzeit hauptsächlich den Hamburger
5 Naturwissenschaftstest („HAM-Nat“) betreffen, der als Eignungstest für die Studiengänge Medizin,
6 Zahnmedizin und Pharmazie in Hamburg genutzt wird. Daneben können aber auch für Eignungstests
7 der „künstlerischen Befähigung“ Gebühren erhoben werden.

8 Hochschulen sind insgesamt noch immer weit weg von einer Chancengleichheit. Zahnmedizin,
9 Pharmazie und Medizin sind jedoch mit die selektivsten Studiengänge, da durch sehr hohe NCs Kinder
10 aus Arbeiter*innenhaushalten strukturell benachteiligt werden. Für Kinder aus Besserverdiener-
11 Haushalten besteht die Option eines Studiums an einer teuren Privatuniversität, wenn man aber das
12 Risiko eines extrem hohen Studienkredits nicht eingehen will oder kann, bleibt nur noch die Hoffnung,
13 dass der TMS oder eine mehrjährige Ausbildungen reichen, um den Schnitt anzuheben. Der HAM-Nat ist
14 deswegen bei Abiturient*innen bundesweit beliebt, da er noch bis zu einer vergleichsweise hohen
15 Abiturnote eine Zulassung für das Medizinstudium ermöglicht und bisher kostenlos war. Erfahrungen
16 von anderen Universitäten zeigen, dass mit der Einführung von Gebühren die Anzahl der Bewerbungen
17 stark abnimmt. Das heißt, dass durch das Vorhaben des Senats gerade Arbeiter*innenkindern zusätzlich
18 erschwert wird, dem eigenen Studienwunsch nachzugehen.

19 Dieses Gesetz ist eine der vielen Folgen der stetigen Unterfinanzierung der Hochschulen, welche auch
20 das Dekanat dazu bringt, die finanzielle Last auf die Studierenden abzuwälzen. Die Einführung jeglicher
21 Studiengebühren, versteckt oder offen, sind ein Schritt weiter in Richtung noch mehr
22 Bildungsungerechtigkeit. Als Juso-Hochschulgruppen ist es unsere Aufgabe, uns weiter für eine
23 Ausfinanzierung der Hochschulen einzusetzen und uns für neue Konzepte einzusetzen, um die
24 Studiengänge Medizin, Pharmazie und Zahnmedizin für jede*n zugänglich zu machen.

25 Als Juso-Hochschulgruppen kämpfen wir gegen jede Form von Studiengebühren.

26 Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für die Abschaffung jeglicher Gebühren für Eignungstests an
27 staatlichen Hochschulen ein. Wir stehen solidarisch mit den Juso-Hochschulgruppe Hamburg gegen
28 die Einführung dieser ein.

Bereich D: Demokratie & Kampf gegen Rechts

Beschluss D2_20

1 **D2_20 Schluss mit strukturellen Einzelfällen - für** 2 **eine kritische Aufarbeitung von Polizeigewalt und** 3 **Racial Profiling**

4 Im Bochumer Hauptbahnhof werden vermehrt Männer ohne Verdachtsgründe wegen ihrer Hautfarbe
5 kontrolliert. Aus Stuttgart liest man Schlagzeilen, in denen die Polizei eine Stammbaumprüfung für
6 Täter*innen durchführt. Wenngleich die Polizei sich von dem Begriff der Stammbaumforschung bereits
7 mehrfach deutlich distanziert hat, wird die Praxis de facto weiter als legitimes Mittel der
8 Ermittlungsarbeit verstanden. Der Baden-Württembergische Innenminister Strobel (CDU) etwa
9 verteidigte das Vorgehen und bezeichnete die Feststellung der Familienverhältnisse als
10 Selbstverständlichkeit in einem Strafverfahren. Erst kürzlich geschossene und kursierende Bilder eines
11 Polizeihelmes aus Berlin zeigen einen deutlichen Bezug zur rechtsextremen „White Power“ Bewegung
12 und WhatsApp Gruppen aus u. a. Frankfurt und Mülheim offenbaren zutiefst rassistische und
13 antisemitische Gruppierungen in der dortigen Polizei. Dazu sieht man immer häufiger Szenen, in denen
14 Polizist*innen auf Einzelne einprügeln und Hunde auf Demonstrierende loslassen. Dies alles sollte
15 Anlass genug sein, umfassende Überprüfungen und Studien durchzuführen - möchte man meinen.
16 Bundesinnenminister Seehofer weigert sich jedoch noch immer, seinen Pflichten nachzukommen. Die
17 Fälle seien lediglich Einzelfälle und wer etwas gegen die Polizei sagt, sei auch direkt gegen den Staat.

18 Die Polizei als Exekutive ist eine der drei mächtigsten Säulen unseres Föderalstaates. Sie wurde
19 eingeführt, um für „Recht und Ordnung“ zu sorgen und bei der Durchführung der von der Legislative
20 gewünschten Umsetzungen von Beschlüssen zu helfen, dabei stets unter der Kontrolle der Judikative.
21 Aber was ist Recht und Ordnung? Sicherlich nicht die unbegründete Diskriminierung einzelner Gruppen
22 und ebenfalls nicht die starke Gewaltanwendung gegenüber Wehrlosen. Die Polizei trägt als Exekutive
23 eine besondere Stellung in unserer Gesellschaft und ist damit auch einer hohen Verantwortung
24 verbunden. Diese Verantwortung gebührt es, dass stets geprüft werden muss, ob ihr Verhalten mit den
25 Grundsätzen der verfassungsmäßigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar ist und
26 nicht strukturell gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 I GG verstößt.

27 Immer häufiger kam es in der Vergangenheit zu Szenen wie z.B. im Bochumer Hauptbahnhof, bei dem
28 Männer aufgrund rassistischer Vorurteile kontrolliert wurden. Im Fall Bochum wurde von Seiten der
29 Bundespolizei argumentiert, dass auf dem Bahnhofsgelände häufiger Straftaten verübt werden. Auch in
30 anderen Orten wird dieses Argument immer wieder angeführt, um eine Art Generalverdacht zu
31 begründen und diskriminierendes Verhalten der Beamt*innen zu legitimieren. Mehrere Gerichte haben
32 jedoch mittlerweile zu Recht entschieden, dass in diesen Fällen stichhaltige Verdachtsgründe vorgelegt
33 werden müssen, um zu begründen, warum eine bestimmte Person kontrolliert wird. Eine Kontrolle, deren
34 Verdachtsmoment sich lediglich auf das Aussehen, sowie stereotype Merkmale der kontrollierten
35 Person stützt, stellt ein sogenanntes „racial Profiling“ dar. Zwar gibt es in Deutschland keine explizite
36 juristische Regelung, welche racial profiling verbietet, nach einem Urteil des OVG Koblenz aus dem Jahr
37 2016 stellt dieses jedoch einen Verstoß gegen das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot
38 dar. Im Übrigen ergaben die Zahlen in Bochum zwar einen Zuwachs an Straftaten, entgegen der
39 Behauptungen gingen diese aber überwiegend auf weiße Menschen zurück. Und dennoch liest man in
40 den Nachrichten Schlagzeilen, wie dass die Polizei Stuttgart eine Stammbaumüberprüfung von
41 Täter*innen durchführen möchte. Diese Forderung hat einen sehr faden Beigeschmack und erinnert an

42 das durch den NS geprägte Täter*innen-Strafrecht, welches davon ausgegangen ist, dass bestimmte
43 genetische und kulturelle Bedingungen Menschen zu Täter*innen machen. Diese Denkweise ist
44 kriminologisch widerlegt und schlicht rassistisch! Auch der Rückzug Seehofers für die angekündigte
45 Studie zum Thema Rassismus in der Polizei zeugt eher vom Verheimlichen als von einem
46 transparentem Umgang mit dem Thema - und gleicht einem weiteren Schlag ins Gesicht vieler von
47 Racial Profiling Betroffener.

48 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Rechtssicherheit herrscht und nicht die Hautfarbe entscheidend
49 dafür ist, ob man polizeilichen Kontrollen häufiger ausgesetzt ist oder nicht. Es ist eine Farce, dass wir
50 im Jahr 2020 solche Selbstverständlichkeiten noch immer einfordern müssen.

51 Deshalb fordern wir:

- 52 • Die Studie zum Racial Profiling sowohl auf Bundespolizeilicher-, als auch auf
53 Landespolizeilicher Ebene transparent und durch versierte Wissenschaftler*innen
54 durchzuführen und dem Ergebnis entsprechend konsequent zu handeln.
- 55 • Sensibilisierung von Polizeibeamt*innen und Staatsanwaltschaft für das Thema Rassismus
56 bereits in der Ausbildung sowie auf Weiterbildungen und in Seminaren durch eine externe
57 Instanz
- 58 • Des Weiteren sollen dritte Instanzen, die Weiterbildungen durchführen, in Zusammenarbeit mit
59 migrantischen Selbstorganisationen stehen
- 60 • Polizist*innen sollen eine Möglichkeit bekommen, anonym Kolleg*innen anzuzeigen, die durch
61 ein oben beschriebenes Verhalten auffällig werden

62 Um künftig Gewaltexzesse besser nachverfolgen und verhindern zu können, ist es notwendig, dass den
63 Anzeigen von Opfern höhere Bedeutung zugemessen wird, und Zeugenaussagen von Polizist*innen vor
64 Gericht stärker auf ihre intrinsische Motivation hin – genau wie auch bei anderen Zeug*innen, wenn diese
65 unmittelbar beteiligt waren – hinterfragt werden und ihnen nicht ein Sonderstatus und
66 Vertrauensvorsprung gewährt wird. Aus diesem Grund fordern wir:

- 67 • Eine weiterführende Studie zum Thema Polizeigewalt für mehr Transparenz
- 68 • Eine umfassende Verankerung von Deeskalationstechniken in der Ausbildung
- 69 • Eine unabhängige Beschwerdestelle, die Anzeigen gegen Polizist*innen aufnimmt und die
70 Befugnis hat, gegen Polizist*innen zu ermitteln. Hierfür müssen genug Mittel und Personal
71 bereitgestellt werden, damit diese Aufgabe ohne Einschränkungen wahrgenommen werden
72 kann.
- 73 • Eine bundesweite Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen
- 74 • Die Auswertung der eingeführten Bodycams durch eine dritte unabhängige Instanz durchführen
75 zu lassen um Kolleg*innen zu entlasten und Verschleierungen zu verhindern
- 76 • Eine Strafe für die Polizist*innen, deren Kameras, "zufällig" genau in den Momenten
77 ausgeschaltet waren, wenn Beweismaterial für die Opfer hätte aufgezeichnet werden müssen
- 78 • Mehr Transparenz über aufgezeichnete bzw., nicht aufgezeichnete Daten, ohne Verletzungen
79 der Persönlichkeitsrechte von Betroffenen
- 80 • Eine verstärkte Kontrolle der ausgeübten Befugnisse der Polizei durch die Judikative

- 81 Perspektivisch wollen wir eine Diskussion über die Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft und über
82 eine Gesellschaft ohne Polizei anstoßen.
- 83 • Die Einführung von Antidiskriminierungsgesetzen auf Ebene der Länder und eine darin
84 verankerte Beweislastumkehr
 - 85 • Maßnahmen gegen missbräuchliche Gegenanzeigen seitens der Polizei gegen Opfer von
86 Polizeigewalt
 - 87 • sowie eine unabhängige Beschwerdestelle

Bereich E: Europa & Internationales

Beschluss E1_20

1 **E1_20 Europäische Hochschulen? Nur mit** 2 **Demokratie!**

3 Schon jetzt - knapp ein Jahr vor der Wahl - scheint alles klar zu sein: Die SPD ist in den Umfragen seit
4 Monaten auf einem ähnlichen Niveau, der Kanzlerkandidat wurde schon bestimmt, der Weg scheint
5 vorgezeichnet.

6 79 Hochschulen haben sich auf Initiative der Europäischen Kommission hin als Teil der European
7 University Initiative in 41 Allianzen zusammengeschlossen. Das bedeutet, dass jetzt eine Hochschule
8 pro ca. 65.000 europäischer Studierender Teil dieses Projektes ist. In der ersten Förderperiode erhält
9 jede Allianz jeweils für drei Jahre fünf Millionen Euro, um eigenständige Strukturen aufzubauen und die
10 interne Kooperation zu initiieren. 35 deutsche Hochschulen¹ sind Teil dieser Allianzen. Zusätzlich zur
11 europäischen Förderung werden diese *European University Alliances* (EUA) mit deutscher Beteiligung im
12 Rahmen eines nationalen Begleitprogramms unter Verwaltung des Deutschen Akademischen
13 Austausch Dienstes (DAAD) mit insgesamt 28 Mio. € gefördert. Auch Frankreich stellt mit einem
14 nationalen Begleitprogramm zusätzliche finanzielle Mittel bereit.

15 Es zeichnet sich mehr und mehr ab, dass mit diesem Projekt ambitionierte Pläne verfolgt werden
16 innerhalb einer weiteren europäischen Einigung nach dem Brexit. Ein begrüßenswertes Ziel der EUA
17 nach Maßgabe der EU-Kommission ist es zu erreichen, dass 50% aller Studierenden der Hochschulen
18 einer EUA innerhalb dieser mobil sind. Das ist ein Ziel, das wir ausdrücklich unterstützen. Doch was
19 genau unter dieser Mobilität zu verstehen ist, ist im Gegensatz zu einem Erasmus+ Semester allerdings
20 (noch) unklar. Die EUAs arbeiten an unterschiedlichen Formen wie Sommerschulen, Online-Kursen und
21 der klassischen Mobilität. Daraus können verschiedene Probleme entstehen, virtuelle "Mobilität" könnte
22 gerade in Zeiten dieser Pandemie sich als günstigere Mobilitätsalternative gegenüber der physischen
23 Mobilität durchsetzen. Für uns ist klar: Zum Auslandsstudium gehört ein Aufenthalt im jeweiligen Land
24 dazu. Studierende müssen die Möglichkeit haben, an anderen Hochschulen zu Lernen und sich dort mit
25 Kommiliton*innen auszutauschen! Die Teilnahme an virtuellen Formaten sollte ein Zusatzangebot
26 darstellen, dass allen Studierenden offen steht, so dass selbst diejenigen die nicht in einem anderen
27 Land studieren können von den internationalen Erfahrungen profitieren können.

28 Am wichtigsten ist jedoch die Sicherstellung studentischer Interessenvertretungen innerhalb der
29 neuentstehenden Institutionen. Während einige EUAs die Einrichtung von studentischer Beteiligung in
30 Student Councils oder ähnlicher Strukturen schon mit Antragstellung vorgesehen haben, kämpfen

¹ Universität Leipzig, Universität Siegen, Universität Duisburg Essen, Humboldt Universität Berlin, Hertie School, Eberhard Karls Universität Tübingen, TU Hamburg, Friedrich Schiller Universität Jena, Universität Potsdam, Friedrich-Alexander Universität Erlangen Nürnberg, Universität Mannheim, RWTH Aachen, TU Berlin, Universität Göttingen, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Karlsruher Institut für Technologie, Universität Konstanz, LMU München, Brandenburgische TU Cottbus-Senftenberg, Universität Köln, FH Mittweida, TU Bergakademie Freiberg, TU München, FH Darmstadt, HfBK Dresden, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Universität Bonn, CAU Kiel, Universität des Saarlandes, Ruhr University Bochum, TU Darmstadt, Heinrich Heine Universität Düsseldorf, Universität Bremen, FU Berlin & Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg

31 andere Studierendenschaften um angemessene Beteiligung oder wissen schlimmstenfalls nicht einmal
32 von der Existenz ihrer EUA.

33 Die EUAs bieten die Chance kein Leuchtturmprojekt zu werden und stattdessen einen in der Breite
34 verankerten neuen Hochschultyp zu kreieren. Aus der Erfahrung vergleichbarer Förderprojekte zeigt sich
35 aber leider auch, dass in großen Teilen der Hochschulgovernance der Wunsch nach Spitzenförderung
36 und Exzellenz weit verbreitet ist. Die Juso-Hochschulgruppen werden sich dafür einsetzen, dass die
37 EUAs den Grundstein für eine hürdenarme, internationale studentische Demokratie legen und sich nicht
38 zu einem Elitenprojekt wie die Exzellenzinitiative entwickeln. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sie
39 auf allen Ebenen den selbstartikulierten Zielen gerecht werden, die Qualität steigern, neue Formen des
40 Studierens und Lehrens ermöglichen und sich dabei der Wettbewerblichkeit verwehren.

41 Da die Allianzen noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen und durch die Corona-Pandemie hinter ihrem
42 Zeitplan zurückbleiben, beobachten die Juso-Hochschulgruppen die weitere Entwicklung der EUAs und
43 den europäischen Gesetzgebungsprozess genau und fordern bis auf weiteres:

- 44 • dass jede EUA durch eine demokratische Selbstverwaltung effektiv kontrolliert ist, deren
45 Gremien paritätisch aus allen Statusgruppen zusammengesetzt sind, und jede EUA eine durch
46 die lokalen Studierenden legitimierte, funktionsfähige und demokratische Studierendenschaft
47 hat, die an den wichtigen Entscheidungen der jeweiligen Allianz beteiligt ist,
- 48 • dass Mobilität im Sinne der EUAs nur als Mobilität gezählt werden soll, wenn sie einen
49 physischen Anteil enthält und mindestens zwei Monate anhält und
- 50 • dass alle Studierenden der Hochschulen Zugang zu den Vorteilen der EUAs haben, wobei
51 insbesondere Studierenden aus finanziell schwächeren Verhältnissen der Zugang zum
52 Auslandsstudium gewährleistet sein muss

Bereich F: Feminismus & Gleichstellung

Beschluss F1_20

1 **F1_20 Frauen* und Corona - in der Pandemie** 2 **zeigen sich manifestierte gesellschaftliche** 3 **Ungleichheiten**

4 Als im Dezember 2019 aus China die ersten Meldungen eines neuen, unbekanntem Virus nach Europa
5 gelangten, konnten wir uns alle noch nicht einmal im Ansatz vorstellen, welche Auswirkungen die
6 Mutation eines einzigen Virus für die ganze Welt haben würde.

7 Innerhalb von knapp drei Monaten stellte die Covid-19-Pandemie alles auf den Kopf. Viele
8 Lebensbereiche wurden komplett verändert und Diskussionen angestoßen, die vorher nur am Rande
9 stattfanden. Die Digitalisierung erhielt einen großen Aufwind, aus Landflucht wurde Stadtflucht und
10 Gesundheit rückte mehr ins Bewusstsein der Menschen. Gleichzeitig finden Entwicklungen statt, die
11 alles andere als begrüßenswert sind. Neben Verschwörungstheoretiker*innen und schwindender
12 Solidarität in der Gesellschaft zeigt sich vor allem in dieser Krisenzeit, wie stark das Patriarchat weltweit
13 manifestiert ist.

14 Dieser Antrag zeigt die Bereiche auf, in denen Frauen* besonders von negativen Auswirkungen der
15 Coronapandemie betroffen sind und stellt Forderungen auf, um die bestehenden Ungleichheiten zu
16 bekämpfen.

17 **Klatschen reicht nicht – Gehälter und Stellenkapazitäten in Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung** 18 **erhöhen**

19 Diejenigen, die ganz am Anfang der Pandemie am härtesten arbeiteten, waren Kranken- und
20 Altenpfleger*innen, Erzieher*innen und Mitarbeiter*innen in der Lebensmittelversorgung.

21 Diese Berufsgruppen haben eines gemeinsam: größtenteils sind es Frauen*, die diese Arbeit leisten.
22 Nach Stand von 2010 sind 95,8 % der Erzieher*innen weiblich sowie 89,9 % der Kassierer*innen und 86,2
23 % der Krankenpfleger*innen.

24 Menschen, die in diesen Berufen arbeiten, sind einem besonders hohen Infektionsrisiko ausgesetzt –
25 ebenso wie ihre Familien. Gleichzeitig sind diese Berufe systemrelevant – Mitte März waren es gerade
26 die gesundheitliche Versorgung und die Kinderbetreuung, nach der verzweifelt gefragt wurde.

27 In diesen Bereichen war die Versorgungslage schon vor Corona problematisch. Durch zunehmenden
28 Kostendruck wurden im Gesundheitswesen Stellen gestrichen und Krankenhäuser geschlossen,
29 während händeringend nach Fachpersonal gesucht wird. Gleichermaßen fehlten Erzieher*innen und
30 Kindertagesstätten. Eltern müssen ihre Kinder quasi direkt nach der Geburt für einen Kitaplatz
31 anmelden, und falls sie doch keinen Platz in der Wunschkita finden, müssen sie andere teurere Angebote
32 wählen.

33 Die Corona-Pandemie traf beide Sektoren hart. Volle Betten in Krankenhäusern, unbezahlte
34 Überstunden, fehlende Schutzausrüstung, unklare Vorgaben von Behörden. Und dann gleichzeitig noch
35 die Familie zu Hause – Kinder, die zuhause unterrichtet oder betreut werden müssen, Partner*innen, die
36 aus dem Home Office arbeiten müssen sowie Angehörige, um die sich gekümmert werden muss. Das
37 ist eine Belastung, die niemand einfach so aushalten kann. Für viele Frauen* ist sie die bittere Realität.

38 Dieser Belastung gegenüber steht eine Bezahlung, die dieser nicht einmal ansatzweise gerecht wird.
39 Zurecht streikten im September und Oktober Angestellte des öffentlichen Dienstes, um auf ihre Situation
40 aufmerksam zu machen. Mit ihnen solidarisieren wir uns, denn ein einmaliger Bonus löst die Probleme
41 der Beschäftigten nicht. An Gesundheit, Pflege und Betreuung kann und sollte nicht gespart werden.

42 Wir fordern daher:

- 43 • Entsprechend der Forderungen von ver.di 4,8 % mehr Gehalt für Angestellte des öffentlichen
44 Dienstes im Gesundheits-, Pflege- und Betreuungswesen
- 45 • Dementsprechend mehr Gehalt für Auszubildende, Praktikant*innen und Studierende in
46 sozialen Berufen (mindestens 100 € mehr pro Monat)
- 47 • Ausweitung der Personalkapazitäten in sozialen Einrichtungen
- 48 • Kleinere Betreuungsschlüssel in Kindergartengruppen zur besseren Entwicklungsförderung von
49 Kindern und zur Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen

50 Die Probleme von Berufstätigen in anderen Branchen lassen wir nicht außer Acht. Auch hier traten
51 Mehrfachbelastungen und Unsicherheiten auf. Neben Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen und
52 dem Haushalt machte auch die unsichere Rechtslage des Arbeitens im Home Office
53 Arbeitnehmer*innen und -geber*innen zu schaffen. Im Gegensatz zu anderen Ländern gab es in
54 Deutschland noch eine sehr stark ausgeprägte Bürokultur. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass wir
55 uns für die Zukunft darüber Gedanken machen müssen, wie sich Arbeit über die Pandemie hinaus
56 gestalten lässt. Eine Mischung aus digitalen Formaten und Präsenztagen kann langfristig genutzt
57 werden, damit Berufstätige ihre Arbeit und ihr Leben besser miteinander vereinen können.

58 Wir unterstützen den Vorstoß von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, ein Recht auf Home Office für
59 Berufstätige festzuschreiben. Wer mobil arbeiten will, sollte das auch tun dürfen. Wir fordern darüber
60 hinaus

- 61 • Die Bereitstellung von Arbeitsgeräten durch Arbeitgeber*innen für das mobile Arbeiten
- 62 • Den Anstoß einer ernsthaften Debatte über die Vier-Tage-Woche als menschenfreundlicheres
63 Arbeitsmodell

64 **Care Arbeit- Wer sich kümmert und wen es (nicht) kümmert**

65 Dass unser Wirtschaftssystem auf unbezahlter Care Arbeit beruht, ist nichts Neues. Auch nicht, dass
66 diese meist von Frauen* und/oder Müttern erledigt wird. Genauer gesagt wurde die Care Arbeit bereits
67 vor der Corona Pandemie doppelt so viel von Frauen* geleistet wie von Männern.

68 Die aktuellen kapitalistischen Strukturen bevorzugen Männer und benachteiligen strukturell Frauen*.
69 Diese strukturelle Diskriminierung liegt sowohl am Gender Pay Gap, nach welchem Männer nach wie vor
70 ca. 21% mehr verdienen als Frauen*, als auch an der Gesetzeslage, welche durch das sogenannte
71 Ehegattensplitting den Anreiz für Frauen* in heterosexueller Ehe schafft, zuhause zu bleiben. Aber auch
72 die stereotype Rolle der Frau* als Verantwortliche für Kinder und Haushalt dominiert noch immer
73 gesellschaftliches Denken und Handeln.

74 Die prekäre Ungleichheit und Ausbeutung der Frauen* ist durch die Corona Krise stark gefördert
75 worden. Denn durch die Schließung von Schulen, Kindertagesstätten und ähnlichem, ist zu der ohnehin
76 schon zeit- und arbeitsaufwendigen Care Arbeit die nun ganztägige Kinderbetreuung sowie die Aufgabe
77 der Bildung der Kinder hinzugekommen. Dadurch sind während der Corona Pandemie
78 erziehungsberechtigte Menschen in die Pflicht genommen worden, jene Aufgaben zusätzlich zu

79 übernehmen. Aufgrund der sowieso schon ungerechten wirtschaftlichen Lage, aber auch durch die
80 gesellschaftlichen Strukturen, fiel dies wie selbstverständlich in den Aufgabenbereich der Frauen*,
81 meist ohne dass diese über eine Entscheidungsfreiheit verfügten. Darüber hinaus ist die vermeintliche
82 Erleichterung dieser Arbeit durch das Home Office ein Trugschluss. Barbara Vorsamer schreibt in der
83 Süddeutschen: "Der ultimative Tipp, wie man Berufstätigkeit, Kinderbetreuung und Schulunterricht als
84 Mutter oder Vater in einer Dreizimmerwohnung wuppt, steht hier nicht. Weil es nicht geht." Insbesondere
85 Frauen* die gleichzeitig noch im Home-Office arbeiten müssen, finden sich demnach in einer äußerst
86 stressigen Mehrfachbelastung wieder.

87 Vor diesem Hintergrund und den sowieso schon existierenden Ungleichheiten, die die Corona Krise
88 wiederum offenlegt und reproduziert, fordern wir ein ausgebautes Betreuungsangebot für Kinder,
89 sodass insbesondere Frauen* Familie und Beruf vereinbaren können. Dafür benötigt es unter anderem

- 90 • Im Fall einer weiteren Verschärfung der Pandemie muss Kinderbetreuung trotzdem
91 sichergestellt werden
- 92 • Kostenlose Kinderbetreuung für alle
- 93 • Mehr Personal für KiTas und Schulen
- 94 • Bessere Bezahlung der Erzieher*innen sowie eine faire Ausbildungsvergütung schon ab dem 1.
95 Lehrjahr
- 96 • Bessere Infrastruktur dieser Betreuungsangebote
- 97 • Lehrkräfte sollen über die Sommerferien hinweg angestellt bleiben

98 **Studieren mit Kind - zwischen Schreib- und Wickeltisch lernt es sich schlecht**

99 Gut 6 Prozent aller Studierende haben Kinder. Es ist oftmals eine große Herausforderung, die
100 Anforderungen eines Studiums mit den Aufgaben der Kinderbetreuung und -erziehung zu vereinbaren.
101 Das trifft vor allem Frauen*. So kam es hier auch während der Pandemie zu vielen Einschränkungen.
102 Mittlerweile haben die meisten Universitäten fast vollständig auf die Online-Lehre umgestellt. Somit
103 können die Studierenden nun von einem selbst gewählten Arbeitsplatz ihrem Studium nachgehen.

104 Der Bedarf nach Kinderbetreuung wird durch den wegfallenden Präsenzbetrieb nicht weniger. Es muss
105 von den Studierenden weiterhin die gleiche Studienleistung erbracht werden und jetzt meist zusätzlich
106 noch selbst ohne zusätzliche Hilfestellung von Professor*innen, Dozierenden oder mitstudierenden
107 Personen erlernt werden und zusätzlich eine ausreichende Betreuung des/der Kindes/r sichergestellt
108 werden. Wer hierbei keine Hilfe von Familie oder Freunden hat, muss unter Umständen das Studium
109 pausieren.

110 Wir fordern daher:

- 111 • ausreichende und kostenlose Kinderbetreuung an den Hochschulen
- 112 • einen finanziellen Ausgleich für die Eltern-/Betreuungszeit
- 113 • Studierenden mit Erziehungsverantwortung, die aufgrund von Kinderbetreuung während der
114 Corona-Pandemie ihrem Studium nicht oder nicht vollständig nachkommen können, darf kein
115 (finanzieller) Nachteil in Bezug auf die Regelstudienzeit entstehen

116 • dass Eltern, die aufgrund von Kinderbetreuung ihrem Studium nicht (vollständig) nachkommen
117 können, keine finanziellen Nachteile (vor allem hinsichtlich der Regelstudienzeit) entstehen
118 dürfen

119 • Wickeltische in allen Toiletten, insbesondere Männer- & Unisextoiletten

120 **Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung studentischer Hilfskräfte**

121 Mehr als 5% der Studierenden an den Universitäten sind als studentische Hilfskräfte angestellt. Als
122 studentische Hilfskraft befinden sich viele in einem doppelten Abhängigkeitsverhältnis zum*r
123 Arbeitgeber*in (beruflich und wissenschaftlich), und arbeitsrechtliche Prinzipien sind oft nicht bekannt.
124 Nach Ausbruch der Pandemie mussten viele Studierende um ihr studentisches Arbeitsverhältnis
125 bangen. Unser Ziel ist es, dass keine studentische Hilfskraft den Arbeitsplatz verlieren muss. Sollte es
126 jedoch dazu kommen, muss es immer noch gewährleistet werden, dass mindestens die Hälfte der
127 Stellen von Frauen* besetzt werden. Auch bei neuer Stellenbesetzung muss dies eingehalten werden.
128 Die Transparenz der Stellenbesetzung darf unter keinen Umständen darunter leiden.

129 In Pandemiezeiten muss die Frau* in der Wissenschaft weiter gezielt gefördert werden. Die Publication
130 Gap in der Wissenschaft darf nicht noch größer werden. Es gilt, diese Diskrepanz weiterhin mit der
131 Förderung der Frau* und hier besonders bei der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen zu
132 bekämpfen.

133 Zudem wurden viele Studierende mal eben so ohne die vielleicht notwendige Ausstattung
134 selbstverständlich ins Home-Office verabschiedet, Stunden wurden gekürzt und viele
135 Tätigkeitsverhältnisse ganz aufgelöst. Studierende werden in eine Situation gebracht, in der sie Angst
136 haben müssen, ihr Arbeitsverhältnis zu verlieren oder geraten in ein Arbeitsverhältnis, in dem die
137 Arbeitsbedingungen auf einmal nicht mehr so klar sind. Nutze ich mein privates Endgerät? Was passiert,
138 wenn es kaputt geht? Wie erfasse ich meine Arbeitszeit? Wann muss ich erreichbar sein? Wann arbeite
139 ich von zu Hause oder muss ich in die Uni? Wenn ich wegen Corona weniger arbeite, muss ich diese
140 Stunde nacharbeiten? Frauen* sind öfters davon betroffen, ins Home-Office gehen zu müssen. In
141 Pandemiezeiten hat sich wieder einmal verdeutlicht, dass Frauen* diejenigen sind, welche den größten
142 Teil der Care-Arbeit übernehmen und sich auch in Pandemiezeiten um Kinder oder andere
143 Familienmitglieder kümmern. Das heißt, diese Problematik trifft auch hier wieder die Frau* besonders
144 stark.

145 Im Home-Office zu sitzen darf hier aber vor allem nicht bedeuten, dass die Mitbestimmung am
146 Arbeitsplatz darunter leidet. Frauen* im Home-Office müssen genau die gleichen Rechte haben wie
147 studentische Hilfskräfte vor Ort. Das Arbeitsverhältnis der studentischen Hilfskräfte ist ein normales
148 Arbeitsverhältnis und muss auch wie ein solches behandelt werden. Dies wird besonders jetzt in Zeiten
149 der Pandemie allzu oft übergangen. Damit dies zukünftig ein Ende hat fordern wir:

150 • Die Mitbestimmung der Frau* darf im Home-Office nicht eingeschränkt werden

151 • Frauen* in der Wissenschaft müssen weiterhin besonders gefördert werden. Die Publication
152 Gap darf nicht größer werden. Unser Ziel ist es weiterhin, dieses aufzulösen

153 • Das Verfahren der Stellenvergabe muss weiterhin transparent verlaufen und mindestens die
154 Hälfte der Stellen müssen von Frauen* besetzt werden

155 • Aushandlung eines Tarifvertrags

156 • Die Aufklärung aller studentischen Hilfskräfte über ihre Rechte und Pflichten

- 157
- Personalvertretung für studentische Hilfskräfte
- 158
- Studentischen Hilfskräften muss es möglich sein, im Homeoffice zu arbeiten. Dafür müssen
- 159
- jedoch Endgeräte von der Universität bereitgestellt werden
- 160
- In Quarantäne befindliche studentische/wissenschaftliche Hilfskräften muss eine
- 161
- Lohnfortzahlung garantiert werden

162 **BAföG endlich an den realen Bedarf von Frauen* anpassen**

163 In Zeiten der Pandemie wird die Forderung der BAföG-Öffnung immer lauter. Wir wollen ein
164 sozialistisches, faires BAföG zur Sicherung der Studienfinanzierung für alle Menschen. Viele
165 Studierende haben ihren Nebenjob verloren. Dies betrifft vor allem Frauen*. Selbst die Frauen*, welche
166 BAföG beziehen können, geraten auch außerhalb der Pandemie in die Situation, den Anspruch zu
167 verlieren. Das geschieht beispielsweise, wenn sie ihre Regelstudienzeit überschreiten, weil eine
168 Kinderpause nicht als Studienpause anerkannt wird. Die Pandemie hat es zusätzlich erschwert, das
169 Studium in Regelstudienzeit zu absolvieren.

170 Hinzu kommt, dass Frauen* und weitere Personen, die menstruieren, einen zusätzlichen finanziellen
171 Mehraufwand während der Menstruation haben. Tampons, Binden, Schmerztabletten - all das kostet
172 Geld. Sie werden mitgekauft wie Nudeln, Seife und Klopapier. Es sind zusätzliche Kosten, die nur Frauen*
173 haben. Die britische Abgeordnete Danielle Rowly sorgte für Aufregung, als sie im Parlament sagte: "Ich
174 habe meine Periode und das hat mich diese Woche schon 25 Pfund gekostet." Sie zitierte eine Umfrage,
175 der zufolge britische Frauen* jährlich 550€ (im Schnitt 20.500€ im Leben) für ihre Periode ausgeben.
176 Die Berechnung berücksichtigte nicht nur die Kosten von Hygieneprodukten wie Tampons, Binden,
177 Einlagen und Menstruationstassen. Sie bezog auch viele Dinge mit ein, von denen die Frauen* sagten,
178 dass sie sie während oder wegen der Periode bräuchten, wie Schmerztabletten oder neue Unterwäsche
179 zum Beispiel. Für Deutschland gibt es keine Erhebungen zu den Kosten der Menstruation. Fakt ist aber,
180 dass menstruieren Geld kostet. Dieser Grundbedarf muss sich auch in der BAföG-Berechnung
181 widerspiegeln.

182 Zudem übernehmen Frauen* nach der Geburt eines Kindes immer noch überwiegend die Erziehung und
183 Care-Arbeit und haben damit einen zeitlichen sowie finanziellen Mehraufwand. Dieser muss ebenfalls
184 im BAföG-Satz für Frauen* mit Kind eingerechnet werden.

185 Wir fordern:

- 186
- Die Anerkennung der Kinderpause als Studienpause
- 187
- ausreichende finanzielle Unterstützung im BAföG-Satz für Frauen* mit Kind
- 188
- Eine Erhebung der Kosten der Menstruation für Deutschland
- 189
- Einbeziehung der Kosten der Menstruation in den BAföG-Satz für Frauen* und weitere Personen,
- 190
- die menstruieren

191 **My body, my choice! Schwangerschaftsabbrüche sind ein Menschenrecht**

192 In Deutschland ist der Zugang zu einer sicheren Abtreibung ohnehin erschwert. Die Corona-Pandemie
193 hat die Situation betroffener Frauen noch einmal dramatisch verschlechtert.

194 Deutschlandweit gibt es nur noch wenige Ärzt*innen, die eine Abtreibung durchführen, ca. 1200. Die
195 Mehrheit von ihnen sind älter als 55 oder haben das Rentenalter sogar schon weit überschritten und

196 mussten als Risikogrüppler*innen hilfeschuchende Frauen* in teils sehr weit entfernte Praxen zu
197 Kolleg*innen schicken.

198 Trotz der neuen Fassung des Werbeverbot nach §219a StGB (BT-Drs. 19/7693) können
199 Gynäkolog*innen nur eingeschränkt auf ihrer Website darüber informieren, dass sie Abtreibungen
200 durchführen. Nach Abs. 4 machen sich Ärzt*innen, Vertreter*innen von Krankenhäusern oder
201 Einrichtungen, die darauf hinweisen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche unter Beachtung von § 218a
202 vornehmen, oder solche, die auf Informationen durch zuständige Behörden, eine
203 Schwangerschaftsberatungsstelle oder Ärztekammer hinweisen, nicht nach Abs. 1 strafbar (s.
204 Eschelbach, in: Heintschel-Heinegg, 47. Edition, Stand: 01.08.2020, § 219a StGB, Rn. 14a) . Jedoch ist
205 kommerzielle Werbung weiterhin verboten. Als sachliche und straflose Information ist die bloße
206 Wiedergabe oder die Bezugnahme auf die die Liste der Bundesärztekammer, die nach §§ 13, 13a SchKG
207 eine Liste von Ärzten herausgibt, die Schwangerschaftsabbrüche nach § 218a StGB vornehmen, zu
208 verstehen. Frauen* müssen dementsprechend in den Praxen anrufen und danach fragen. Da ein Großteil
209 der Praxen aufgrund des Alters der Inhaber*innen geschlossen blieben, mussten Frauen* noch größere
210 Hürden auf sich nehmen, um jemanden zu finden.

211 Durch das Werbeverbot des §219a StGB dürfen Gynäkolog*innen nicht einmal auf ihrer Website darüber
212 informieren, dass sie Abtreibungen durchführen. Frauen* müssen dementsprechend in den Praxen
213 anrufen und danach fragen. Da ein Großteil der Praxen aufgrund des Alters der Inhaber*innen
214 geschlossen blieben, mussten Frauen* noch größere Hürden auf sich nehmen, um jemanden zu finden.

215 Einen Arzt oder eine Ärztin zu finden, ist aber nur der erste Schritt von vielen bis zu einer Abtreibung.
216 Nach §218a StGB ist ein Schwangerschaftsabbruch nur dann nicht strafbar, wenn er vor der zwölften
217 Schwangerschaftswoche durchgeführt wird. Vorher muss ein Beratungsgespräch stattfinden und eine
218 Bedenkzeit von drei Tagen eingehalten werden. Durch die Corona-Pandemie mussten Termine für
219 Beratungsgespräche nach hinten verlegt werden. Manche Frauen* mussten mit der Angst leben, dass
220 sie dazu gezwungen werden könnten, ein Kind auszutragen, oder eine illegale Abtreibung in Erwägung
221 ziehen müssten, welche sie selbst in große Gefahr bringt.

222 In anderen Ländern wie Großbritannien ist es durch Corona bereits möglich, bis zur neunten
223 Schwangerschaftswoche Abtreibungsmedikamente zu Hause einzunehmen. In Deutschland ist das nur
224 unter ärztlicher Aufsicht möglich. Aus gesundheitlichen Gründen sollen Frauen* am besten von
225 jemandem mit dem Auto zur Klinik gebracht werden. Wer weder Unterstützung aus dem Umfeld hat
226 noch ein Auto besitzt, musste sich trotzdem mit dem ÖPNV auf dem Weg in eine teils weit entfernte
227 Stadt machen, und das zu Zeiten, in denen Zugausfälle noch an der Tagesordnung standen.

228 Nicht nur in Deutschland kamen Frauen* durch Corona in diese Not, sondern auch weltweit. Durch
229 Verdienstaussfälle und dadurch geringere Familieneinkommen haben Frauen* auf der ganzen Welt nicht
230 genug Geld für Menstruationsartikel und Verhütungsmittel. Es wird geschätzt, dass durch Corona 70
231 Millionen ungeplante Schwangerschaften entstanden sind.

232 Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung darf auch in Zeiten der Corona-Pandemie nicht angetastet
233 werden! Jedes Jahr treiben ca. 100.000 Frauen* in Deutschland ab. Ihnen gegenüber stehen 1200
234 Ärzt*innen, die dem Bedarf nicht ausreichend nachkommen können. Nicht nur durch Corona, sondern
235 bald auch durch das Wegfallen weiterer Praxen werden Frauen* ins Ausland fahren oder illegale
236 Abtreibungen durchführen müssen.

237 Wir fordern deshalb weiterhin:

- 238 • Die ersatzlose Abschaffung des §219a StGB
- 239 • Die Entkriminalisierung von freiwilligen Schwangerschaftsabbrüchen

- 240 • Die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in den Lehrplan des Medizinstudiums
- 241 • Schutz der Ärzt*innen, die Abtreibungen durchführen
- 242 • Eine flächendeckende und schnelle Versorgung mit Beratungsgesprächen und anschließenden
243 Bescheiden
- 244 • Eine Gewährleistung der gesundheitlichen Versorgung auch in Notzeiten wie der Corona-
245 Pandemie (keine kurzfristige Absage von Eingriffen oder Praxisschließungen ohne Vertretung)
- 246 • Die Enttabuisierung des Themas und die Entstigmatisierung Betroffener

247 **Frauen*häuser als Zufluchtsorte stärken**

248 Frauen* in Beziehungen mit gewalttätigen Partnern haben es in der Corona-Zeit besonders schwer. Es
249 bestanden für sie keine Ausweichmöglichkeiten vor dem Partner, da sie sich beim Verlassen der
250 Wohnung für Arbeit oder Hobbys einem Infektionsrisiko aussetzten.

251 So stieg allmählich die Anfrage in den Frauen*häusern. Hier war es jedoch wichtig, Kinder vor einer
252 Ansteckung zu schützen, weshalb hilfesuchende Frauen* erst anderweitig untergebracht werden
253 mussten. Teils haben Kommunen eigene Modelle entwickelt, in denen die Frauen* in externen Orten, wie
254 Ferienwohnungen, untergebracht wurden. Wenn nun sichergestellt wurde, dass von dieser Person kein
255 Infektionsrisiko ausgeht, kann sie in ein umliegendes Frauen*haus gebracht werden. Jedoch sollte die
256 Lösung dieser Misere nicht im freiwilligen Aufgabenregister der Kommunen liegen, denn diese Frauen*
257 müssen sicher untergebracht und auch psychisch betreut werden, um ihre Gewalterfahrungen zu
258 verarbeiten. Auch darf es nicht dazu kommen, dass die Unterbringung als ganze in einen Lockdown
259 gehen müsste. Hier müssen Hygienebestimmungen den Frauen* gewährleisten, diese vor einer
260 Ansteckung zu schützen.

261 Gestiegener Andrang gepaart mit verringerter Aufnahmekapazität um Abstände und Personenanzahl
262 gering zu halten, scheint unmöglich miteinander vereinbar. Die Frauen*häuser sind vor eine logistische
263 und eine riesige finanzielle Aufgabe gestellt, die diese alleine nicht bewältigen können.

264 Wir fordern daher :

- 265 • Den Druck auf die Länder zu erhöhen, damit diese ein Konzept für die sichere Unterbringung
266 und Betreuung der Frauen* erarbeiten
- 267 • Des Weiteren sollte der Bund diese Institutionen entlasten und finanziell unterstützen
- 268 • Frauenhäuser müssen als Systemrelevant anerkannt werden
- 269 • Der Zugang zu Frauenhäusern darf nicht an den Bezug von ALG II gekoppelt sein

270 **Pornografie - von der Pandemie profitiert nicht nur PornHub, sondern auch der Sexismus**

271 Schon vor der Covid-19-Pandemie beruhte Pornografie auf sexualisierter Gewalt und der Darstellung der
272 Frau* als Sexobjekt. Während der Pandemie ist der Konsum von pornografischen Inhalten um 6 %
273 gestiegen und weltweit erlangten Pornografieanbieter wie z.B. Pornhub ca. 24,4% mehr
274 Konsument*innen als zuvor. Die größte Pornografieplattform „Pornhub“ verzeichnet 115 Mio.
275 Besucher*innen täglich und einen Anstieg von 98.000 neuen Modells seit diesem Jahr. Dadurch erlangen
276 Pornografieplattformen immer mehr an Daten, Geld und Macht. Zusätzlich werden sehr viel mehr
277 Pornos hochgeladen, sodass die Qualität der Kontrolle der sexuellen Inhalte deutlich sinkt. Das fördert
278 die gewaltsame und frauen*verachtende Haltung der Gesellschaft. Gerade weil Frauen* besonders stark

279 ökonomisch unter den Folgen der Covid-19-Pandemie leiden, sind diese darauf angewiesen, diese
280 prekären Jobs auszuführen. Die Veränderungen verdeutlichen erneut, wie sexistisch und gewaltvoll
281 Pornografie ist. In der Pornografiebranche herrscht eine Goldgräberstimmung, welche neue dunkle
282 Seiten mit sich bringt. Deswegen ist Transparenz und Kontrolle wichtiger denn je.

283 Wir fordern

284 • mehr und stärkere Regulierungen sowie Kontrollen bei der Produktion, der Verbreitung und der
285 Bereitstellung von Pornografie

286 • Diese Regulierungen müssen international gelten und die Aufnahmen kontrollieren, sowie
287 gegebenenfalls aus dem Netz nehmen

288 • ein Verbot der Veröffentlichung sexualisierter Gewalt, sowie von der nicht-einvernehmlichen
289 Abbildung der Frau* als Sexobjekt

290 • Überlegungen, wie inhaltliche Förderung im Porno aussehen kann, um ein vielfältigeres und
291 realistischeres Bild von Sexualität gesellschaftlich zu vermitteln

292 **Pandemie und Patriarchat zusammen denken**

293 Eine Krise bringt uns dazu, Prioritäten zu setzen. Manche Diskussionen und Probleme rücken in den
294 Hintergrund, manche werden wichtiger.

295 Die Unterdrückung der Hälfte der Menschheit ist aber keine Lappalie, die beiseite geschoben werden
296 kann, weil gerade andere Fragen wichtiger sind. Gleichstellung und Gleichberechtigung, sei es finanziell,
297 politisch oder kulturell, sind nicht nice to have, sondern eine Notwendigkeit.

298 Es ist unsere Pflicht, die Krise der Pandemie und die Krise des Patriarchats nicht zu trennen, sondern
299 zusammen zu denken. Frauen* haben im vergangenen dreiviertel Jahr Überstunden gemacht,
300 Angehörige gepflegt, mit Kindern Hausaufgaben gemacht, sich selbst für andere zurückgestellt. Viel zu
301 oft und viel zu lange wurde das als selbstverständlich hingenommen. Es wird Zeit, dass sich die Leistung
302 von Frauen* in Gehältern, politischer Vertretung und in gesellschaftlicher Relevanz widerspiegelt.

303 Es ist Zeit für die Gesellschaft der Freien und Gleichen, es ist Zeit für die Bekämpfung des Patriarchats!
304 Trotz und gerade wegen der Pandemie.

Bereich F: Feminismus & Gleichstellung

Beschluss F4_20

1 **F4_20 Inklusion ohne Gendersternchen**

- 2 Die Juso-Hochschulgruppen beschließen künftig auf Gendersternchen hinter den Worten Frau und
- 3 Mann aufgrund der Inklusion zu verzichten.

- 4 Die Absicht, mit dem Sternchen auf die gesellschaftliche Konstruiertheit von Geschlecht und
- 5 geschlechtliche Vielfalt zu verweisen, wird in der aktuellen feministischen Debatte durch diese
- 6 Maßnahme nicht als adäquat erfüllt angesehen, deshalb möchten wir in Zukunft darauf verzichten.

Bereich G: Gute Arbeit

Beschluss G1_20

1 **G1_20 What do we want? – Bessere** 2 **Arbeitsbedingungen an Hochschulen! When do we** 3 **want it? – Now!**

4 Studierende finden sich häufig in einer „Sonderposition“ wieder, sie sind noch nicht in den Arbeitsmarkt
5 eingegliedert, Arbeiten jedoch häufig viele Stunden, um sich ihre Ausbildung leisten zu können. Dabei
6 befinden gerade die Studierenden und die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen den Hochschulen sich
7 in einer Situation zwischen Qualifikation und Lohnarbeit. Während in anderen Bereichen der
8 Gesellschaft Arbeitskämpfe berechtigterweise zur Normalität gehören, werden Menschen, die an
9 Hochschulen beschäftigt sind, häufig separat betrachtet. Für sie scheinen andere Regeln zu gelten,
10 schließlich befinden sie sich ja “in der Qualifizierung” und gehen ihrer Beschäftigung damit vorgeblich
11 zunächst zu ihrem “eigenen Nutzen” und nicht zur Lohnneinbringung und aus ökonomischem Zwang
12 nach. Diese Sichtweise entspricht einem veralteten und elitären Bild von Studium und akademischer
13 Laufbahn, in dem Hochschulen denjenigen mit ausreichender finanzieller Absicherung vorbehalten
14 waren. Heute sind Hochschulen zwar auf dem Papier für alle offen, dennoch wird Menschen, die
15 finanziell schlechter gestellt sind, der Zugang zur Hochschule durch informelle und finanzielle Hürden
16 erschwert. Neue Ideen und strukturelle Veränderungen werden schon dadurch verhindert, dass
17 bestimmte Gesellschaftsgruppen an der Hochschule kaum repräsentiert sind. Sollten diese es trotz
18 dieser Widrigkeiten an die Hochschule schaffen und eine studentische Tätigkeit anstreben, treffen sie
19 hier auf prekäre Arbeitsbedingungen, verkrustete Hierarchien und existenzielle Unsicherheit. Diese
20 Umstände äußern sich unter anderem in Kettenbefristungen, Überstunden, miserabler Personalplanung,
21 die durch die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen noch verstärkt werden. Diese Bedingungen
22 wiederum erschweren es Studierenden und Wissenschaftler*innen aus nichtakademischen oder
23 migrantischen Haushalten, an eine Anstellung an einem wissenschaftlichen Institut oder Hochschule
24 zu bekommen und dadurch Zugang zur Forschung zu erhalten. Es bedarf also einer Bekämpfung der
25 veralteten und elitären universitären Strukturen, und der strukturellen Verbesserung der
26 Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals. Studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte
27 müssen als Arbeitnehmer*innen mit entsprechenden Rechten wahrgenommen werden, die wir daher im
28 Folgenden einfordern.

29 **Wissenschaftszeitvertragsgesetz - Mehr Zeitvertrag als Wissenschaft**

30 Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) regelt seit 2007 die Anstellungs- und
31 Befristungspraxis an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen für das wissenschaftliche
32 und künstlerische Personal, mit dem Ziel, die „Innovationskraft des Wissenschaftssystems zu fördern
33 und durch die Befristung eine Rotation für nachrückende Generationen zu ermöglichen“. Jedoch hat das
34 WissZeitVG ein großes Problem: Durch die sogenannte Rotation sind Befristungen an der
35 Tagesordnung. Viele junge Wissenschaftler*innen arbeiten also unter prekären Bedingungen. Kurze
36 Vertragslaufzeiten und die Unsicherheit der Anstellung sorgen für Unsicherheit bei den
37 Mitarbeiter*innen, sowohl was ihre Karriere-, als auch was ihre Familien- und Lebensplanung angeht und
38 viele Studierende scheuen sich davor, einen Karriereweg im wissenschaftlichen Betrieb unserer
39 Hochschulen einzuschlagen.

40 Die am 17. März 2016 in Kraft getretene Novellierung des WissZeitVGs hatte vor allem ein Ziel:
41 Fehlentwicklungen in der Befristungspraxis entgegenzuwirken und dadurch unsachgemäße
42 Kurzbefristungen zu unterbinden. Die wesentlichen Veränderungen, die die Novelle beinhaltete, waren
43 die Einschränkung der sachgrundlosen Befristung auf Beschäftigte, die zu ihrer Qualifizierung angestellt
44 sind, die Abschaffung der Befristung im nichtwissenschaftlichen Bereich und die Beschränkung der
45 Beschäftigungszeit als studentische Hilfskraft auf 6 Jahre. Gesetzlich geregelt wurde hierbei auch eine
46 Evaluation der Novelle im Jahr 2020, jedoch macht das Bundesministerium für Bildung und Forschung
47 (BMB)F bis heute keine Anstalten, diese Evaluation in vollem Umfang in diesem Jahr durchzuführen.

48 Wie dringend notwendig eine solche Evaluation wäre, zeigt eine Studie, die von der GEW durchgeführt
49 wurde. „Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz – eine erste Evaluation der Novellierung von 2016“ zeigt,
50 wie wenig Einfluss die Novellierung des WissZeitVGs bisher auf die Befristungspraxis im
51 Wissenschaftsbetrieb hatte: Lag der Anteil der befristet angestellten wissenschaftlichen
52 Mitarbeiter*innen (ohne Professor*innen) im Jahr 2015, also ein Jahr vor der Novellierung, bei 82 %,
53 liegt dieser 2018 mit 80 % nur zwei Prozentpunkte darunter.

54 Die Novellierung des WissZeitVGs sieht zwar vor, dass die Befristungsdauer der Qualifikation
55 angemessen ist, jedoch wurde nicht festgehalten, wie genau eine solche Qualifizierung auszusehen hat.
56 Ein weiteres Manko des WissZeitVGs: Es gibt keine gesetzlich festgehaltene Untergrenze der
57 Befristungsdauer. Dadurch werden, so die Studie der GEW, die Hochschulen kreativ, wenn es um
58 Qualifizierungsziele geht. Die so genannten Qualifizierungsziele und die dadurch entstehende
59 Möglichkeit zur Befristung greift nämlich nicht nur dann, wenn im Vertrag von einer Promotion,
60 Habilitation oder vergleichbaren Leistungen dient, sondern auch bei bspw. Publikationen oder
61 Forschungsprojekten. Dadurch wird den Hochschulen ein Schlupfloch geboten, weiterhin die
62 Befristungsdauer auf ein Minimum zu beschränken, wodurch prekäre Arbeitsbedingungen gefördert
63 werden. Zudem sind an vielen Hochschulen die Mittel knapp, sodass Stellen von wissenschaftlichen
64 und wissenschaftsunterstützenden Mitarbeiter*innen nur projektweise durch Drittmittel finanziert
65 werden können. Wenn Projekte auslaufen oder auf Eis gelegt werden, fallen die Stellen wieder weg. Die
66 Drittmittel einzuwerben ist oftmals Aufgabe der ohnehin schon überlasteten Wissenschaftler*innen.
67 Ohne eine solide Grundfinanzierung der Hochschulen ist also keine langfristige Personalplanung
68 möglich.

69 **Wie prekär ist das System tatsächlich?**

70 Wie viele anderen gesellschaftliche Missstände auch hat die Corona-Pandemie die
71 Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen verschärft. Anders als andere prekäre
72 Beschäftigungen, haben sie allerdings kaum Aufmerksamkeit erhalten. Geplante Stellen konnten nicht
73 angetreten werden, Projekte wurden auf Eis gelegt und Tutorien aufgeschoben oder gestrichen. Wie
74 auch in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft musste zudem auf viele Ressourcen verzichtet
75 werden. Studentische Hilfskräfte waren in den allermeisten Fällen wie auch im Hochschulbetrieb auf
76 private Geräte wie Laptops angewiesen, allerdings haben viele Studierende veraltete Geräte oder keinen
77 guten Internetzugang. Zudem mangelt es dem Forschungsbetrieb am für ihn essentiellen Zugang zu
78 Literatur oder Laboren. Auch Forschungsreisen mussten abgesagt werden, Interviews konnten vielfach
79 nicht durchgeführt werden.

80 Wie überall führte die Coronakrise bei Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb dazu, dass sie verstärkt
81 private Betreuungs- und Pflegeaufgaben übernehmen mussten. Dies verstärkte bestehende
82 Geschlechterungleichheiten, da Frauen* zumeist einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit
83 übernehmen (52,4 % mehr als Männer). Durch das Wegbrechen von bspw. Tagesstätten mussten vor
84 allem Frauen* die weggefallene Care-Arbeit zusätzlich übernehmen. Wissenschaftliche
85 Mitarbeiter*innen wurden zudem noch stärker in die Unterstützung der Lehrveranstaltungen ihrer

86 Professor*innen einbezogen. Gerade diese hatten oft Schwierigkeiten ihre Lehrformate in ein digitales
87 Konzept umzuwandeln und dieses dann umzusetzen.

88 Ein guter Schritt, um die beschriebenen Unsicherheiten und Herausforderungen umzugehen, mit denen
89 sich studentische Hilfskräfte und Beschäftigten des akademischen Mittelbaus konfrontiert sahen, war
90 die Corona-Novelle des WissZeitVGs. Dass Promovierenden, Forschenden sowie studentischen
91 Hilfskräften ein Nachteilsausgleich gewährt, und dessen Dauer noch einmal verlängert wurde, ist
92 begrüßenswert. Der Nachteilsausgleich bezieht sich allerdings lediglich auf die Dauer der Befristung
93 und versucht so zwar die oben beschriebenen Belastungen zu adressieren und den zeitlichen Druck auf
94 Angestellte zu reduzieren. Dennoch löst er nicht die zugrunde liegenden Probleme, wie den Mangel an
95 technischen und personellen Ressourcen oder Betreuungsplätzen. Des Weiteren handelt es sich dabei
96 um eine Kann-Regelung, weshalb kein Anspruch auf eine entsprechende Verlängerung besteht. Daher
97 ist es wichtig, dass die Hochschulen diese kollektiv gewähren, anstatt auf der individuellen
98 Nachweispflicht zu beharren. Die Hochschulleitungen sollten entsprechende Regelungen mit Personal-
99 und Betriebsräten abschließen, um Mitarbeiter*innen Sicherheit zu geben und die damit einhergehenden
100 Belastung zu reduzieren.

101 **Frauen* in der Wissenschaft - das kann doch nicht so schwer sein?**

102 Während Frauen* bis zum Masterabschluss häufig noch die Mehrheit der Studierenden stellen, nimmt
103 ihr Anteil danach stetig ab. Bei den Doktorand*innen und Assistent*innen sind beide Geschlechter noch
104 etwa gleich stark vertreten, doch das Ungleichgewicht zugunsten der Männer wird verstärkt, sobald es
105 um Habilitierte und Professuren geht. Eine Auswirkung zeigt sich unter anderem durch die sogenannte
106 Gender-Publishing-Gap. Mit diesem Ausdruck wird das Phänomen beschrieben, dass Männer signifikant
107 häufiger wissenschaftliche Arbeiten veröffentlichen als Frauen*. Dadurch, dass die Anzahl
108 veröffentlichter Arbeiten häufig entscheiden für die akademische Laufbahn ist, beeinflusst dies auch
109 die Karrierechancen von Frauen* in der Wissenschaft. Die Gründe für den Publishing Gap überschneiden
110 sich in weiten Teilen mit denen, die Frauen* eine Teilnahme am Wissenschaftsbetrieb erschweren und
111 werden darüber hinaus durch die gegenwärtige Coronakrise noch einmal zugespitzt:

112 Die bereits erwähnte unbezahlte Careearbeit, die Frauen* überwiegend leisten, macht dabei den Kern des
113 Problems aus. Die Überstunden, die von Angestellten im Hochschulbetrieb erwartet werden, erschweren
114 es Frauen* mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, einer solchen Beschäftigung nachzugehen.
115 Hinzu kommt die fehlende Planbarkeit bei befristeten Stellen, die wiederum zu schlechten Einstiegs-
116 und Aufstiegschancen führt. Da migrantische Frauen* stärker von der Ungleichverteilung der Carearbeit
117 betroffen sind, wird die Diversität an Hochschulen umso stärker geschwächt. Wer es trotzdem schafft,
118 diese Arbeit zu leisten oder kinderlos bleibt, scheitert dennoch häufig an den strukturellen Missständen
119 an Hochschulen. Hochschulen waren in ihrer Entwicklung traditionell männlich dominiert und so wurden
120 diese auf deren Lebensumstände hin optimiert. Professoren tendieren dazu, Menschen, die ihnen
121 ähneln, zu fördern und Leistungen selektiv ihren Erwartungen entsprechend wahrzunehmen. So bilden
122 sich weiße Männerzirkel heraus, die sich gegenseitig fördern und unterstützen. Um diesem
123 entgegenzuwirken, ist es essentiell Maßnahmen zur Förderung von Frauen*netzwerken zu ergreifen und
124 eine chancengerechte Personalentwicklung anzustreben.

125 Auch im Zuge der Corona-Krise zeigen erste Zahlen, dass der Anteil an wissenschaftlichen Arbeiten, die
126 von Frauen* veröffentlicht wurden, merklich zurückgegangen ist. In manchen um bis zu 16 %. Auch hier
127 spielt der Zeitverlust durch die Kinderbetreuung sowie die Pflege von Angehörigen eine besondere Rolle.
128 Darüber hinaus übernehmen Frauen* auch überproportionale Anteile in der Lehre. Der Transfer von
129 wissenschaftlichen Inhalten auf Formate der die Online-Lehre dürfte somit zu einer größeren Belastung
130 für Frauen* geführt haben, die sich also direkt auch auf ihre Veröffentlichungen und somit ihre
131 wissenschaftlichen Karrieren auswirken. Gleichzeitig waren viele häufig von Männern dominierte
132 Gremien, wie Berufungskommissionen, vorübergehend unbesetzt und ließen ihren Mitgliedern so mehr

133 Zeit für die wissenschaftliche Arbeit. Corona zeigt uns also in diesem wie in so vielen anderen
134 Gesellschaftsbereichen einmal mehr dringenden Handlungsbedarf auf. Frauen*quoten von 50% müssen
135 an Hochschulen zur Realität werden, Kinderbetreuungsangebote ausgebaut und Befristungen
136 abgeschafft werden, um Frauen* Planungssicherheit zu geben. Es braucht Überstundenregelungen
137 sowie eine gute Vertretung durch Betriebs- und Personalräte, sowie Mentoring- und Karriereprogramme
138 zur Förderung von Frauen* in der Wissenschaft.

139 **Lehrstühle? Ein alter Hut! Wir wollen die modernen Hochschulen von morgen!**

140 Die derzeitige Situation an Hochschulen und Instituten sieht also vor allem eins vor: geregelte
141 Arbeitsbedingungen für Professor*innen und schlechte Arbeitsbedingungen für wissenschaftliche und
142 technisch-administrative Mitarbeiter*innen. Wie bereits erwähnt, leiden vor allem
143 Nachwuchswissenschaftler*innen unter prekären Arbeitsbedingungen, die sogar vertraglich
144 festgehalten sind. Doch hinter dem Lehrstuhlprinzip, so wie wir es kennen, steckt mehr. Ein
145 Hierarchieverhältnis zwischen „Arbeitgeber*in“ und „Arbeitnehmer*in“. Professor*innen haben die
146 meisten Kompetenzen am Lehrstuhl und treffen dadurch viele und sehr weitreichende Entscheidungen
147 im Alleingang.

148 Mitarbeiter*innen befinden sich also nicht nur durch ihre Anstellungsverhältnisse, die von Befristungen
149 durchzogen sind, in einem Dilemma. Sie sind angewiesen auf das Wohlwollen der*des Chef*in und
150 befinden sich in einer doppelten Abhängigkeit: Sie unterliegen einem direkten Arbeitsverhältnis und
151 einer persönlichen, individuellen Abhängigkeit. Dieses System bietet Platz für Ausbeutung, Schikanen,
152 Mobbing und sexuelle Übergriffe. Das führt vor allem zu massiven Eingriffen in das Leben der
153 Betroffenen Ungleichgewicht, letztendlich aber auch zu einer wissenschafts- und
154 innovationshemmenden Wirkung der Abhängigen.

155 Durch die Konzentration der Macht auf einen sehr kleinen Kreis an Professor*innen werden viele
156 progressive Reformen an Hochschulen verhindert. Wie stellen wir uns als Juso-Hochschulgruppen ein
157 System für die Zukunft unserer Hochschulen vor?

158 Es lohnt sich, auf die skandinavischen Hochschulen und die der USA zu schauen. Hier wird die
159 Hochschule in sogenannte Departements aufgeteilt, die im Wesentlichen den Fachbereichen
160 entsprechen. Diese Departments sind, anders als bei uns, nicht einer*m Professor*in zugeteilt, sondern
161 setzen auf kooperative Zusammenarbeit statt auf Konkurrenzverhältnisse unter allen Mitarbeiter*innen.
162 Dabei wird auf eine breite Professor*innenschaft gesetzt. Junge Wissenschaftler*innen, die mit einer
163 Tenure-Track-Professur angestellt sind, und etablierte Professor*innen arbeiten dabei gemeinsam. Aus
164 der Grundfinanzierung stammende Mittel, wie z.B. Räume, Forschungsgeräte und Arbeitskräfte sind
165 dem Departement unterstellt, anstatt einzelnen Professor*innen. Durch die Aufteilung von Aufgaben wie
166 zum Beispiel dem Personalmanagement auf mehrere Personen bietet sich gleich eine doppelte Chance:
167 Die Überwindung von hierarchischen Strukturen und dadurch deutlich mehr Zeit für Lehre und
168 Forschung.

169 Wir sind uns sicher: Für demokratischere, vielfältigere und internationalere Hochschulen einzustehen,
170 bedeutet auch, dass wir uns vom Lehrstuhlprinzip verabschieden und offen sind, neue Wege zu gehen.
171 Die Department-Struktur hat das Potenzial, die Probleme und Ungerechtigkeiten im heutigen
172 Wissenschaftsbetrieb zu überwinden.

173 **Deshalb fordern wir:**

- 174 • Die Evaluation und kurzfristige Novellierung des WissZeitVGs, besonders unter dem Aspekt der
175 Qualifizierungsziele. Diese müssen einheitlich geregelt werden und dem Zeitaufwand
176 angemessen sein. Daher muss auch eine festgeschriebene Untergrenze der Befristungsdauer

177 mit aufgenommen werden. Dazu zählt auch, dass mindestens $\frac{3}{4}$ der Promotionszeit tatsächlich
178 zur Promotion aufgewendet werden kann. Ansonsten leidet sowohl die Forschung als auch die
179 Lehre. Des Weiteren fordern wir eine Mindestbefristungsdauer von zwei Jahren für alle
180 Mitarbeiter*innen der Hochschulen.

181 • Eine langfristige Anpassung der Arbeitsbedingungen an Hochschulen! Arbeit und ein planbares
182 Leben können gemeinsam funktionieren. Dazu braucht es eine komplette Novellierung des
183 WissZeitVGs. Ausfinanzierte Stellen ohne Befristung, eine Promotion, die dem tatsächlichen
184 Aufwand gerecht wird und die Abschaffung der Befristungsgrenze von 6 Jahren vor und nach
185 der Promotion. Dafür braucht es gut ausfinanzierte Hochschulen und Universitäten, die
186 Personalplanung ernst nehmen.

187 • Mehr Frauen* in der Wissenschaft! Wir brauchen Verbindlichkeiten, denn freiwillige Regelungen
188 nützen nichts! Deswegen fordern wir eine Frauen*quote von mindestens 50 % bei
189 Neueinstellungen, echte Teilzeitstellen und eine kostenfreie Kindertagesstätte. Mindestens
190 genauso wichtig ist, dass Männernetzwerke endlich der Vergangenheit angehören und Frauen*
191 dazu angeregt werden sich untereinander zu vernetzen und zu solidarisieren. Unser Ziel hierbei
192 ist es, dass Frauen* zu Multiplikator*innen ausgebildet werden, die Erfahrungen teilen und
193 Wissen weitergeben, damit Männerbünde der Vergangenheit angehören!

194 • Eine grundlegende Reform der Personal- und Karrierestruktur in der Wissenschaft: Die
195 Abschaffung des Lehrstuhlprinzips und das Einführen von Departements, damit die Macht von
196 Professor*innen eingeschränkt wird und statt des kompetitiven Gedankens an den
197 Hochschulen solidarisch geforscht und gelehrt wird.

Bereich M: Studentischer Wohnraum

Beschluss M2_20

1 **M2_20 Mikro-Appartements und Luxuswohnheime** 2 **stoppen - Unterstützung für Studierendenwerke** 3 **statt Gewinnmaximierung mit studentischer** 4 **Wohnungsnot**

5 Viele Studis kennen es, bei der Wohnungssuche scrollt man nicht selten daran vorbei: Anzeigen für Ein-
6 Zimmer-Wohnungen, die wie sterile Ferienwohnungen anmuten, mit Extras wie Co-Working-Space, Auto-
7 Tiefgarage, Reinigungsservice und Pförtner daher kommen und vor allem eins sind: Sehr, sehr teuer.
8 Abgesehen davon, dass die meisten Studis wohl eher einen sicheren Bib-Platz, Fahrradständer, WG-
9 Putzpläne und alle paar Monate ein neues Klingelschild brauchen: Was steckt hinter diesen
10 sogenannten "Mikro-Appartements" und wieso gibt es in den letzten Jahren immer mehr davon?

11 **Das Geschäftsmodell: Studentische Wohnungsnot**

12 Seit der Einführung der Mietpreisbremse und der gleichzeitig einsetzenden neuen Dimension der
13 Wohnungskrise in deutschen Großstädten hat sich die Praxis der Mikro-Appartements als deutlicher
14 Trend auf dem Wohnungsmarkt herausgebildet. Eigentümer nutzen hierbei eine Gesetzeslücke, laut der
15 bei bereits möblierten Wohnungen weder die Mietpreisbremse noch der Mietspiegel zum Vergleich der
16 Mieten angewendet werden können. Der eigentliche Sinn dahinter war, die Kosten für Möblierung und
17 Dienstleistungen für die Mieter*innen zu decken.

18 Der Kern des Problems: Mittlerweile wird diese Lücke im Gesetz im großen Stil genutzt, um die
19 Mietpreisbremse bewusst zu umgehen. Es wird dann deutlich mehr Miete verlangt, als für die Deckung
20 der Kosten für Möblierung etc. anfallen. Die Gewinnspanne ist riesig und die Attraktivität für
21 Investor*innen dadurch hoch.

22 Diese Ausnahmeregelungen waren für Nutzer*innen wie Montagearbeiter*innen oder Young Professionals
23 gedacht, die kurzzeitig eine möblierte Unterkunft brauchen. Mikro-Appartements haben sich mittlerweile
24 aber vor allem zur "Notlösung" für Studierende entwickelt, die aus Verzweiflung darauf zurückgreifen
25 müssen: Zum Semesterbeginn eine Wohnung finden ist noch schwerer als sowieso schon, und die
26 Hürden werden immer größer: Lange Wartelisten für die Wohnheime der Studierendenwerke, endlose
27 WG-Castings, kaum soziale Kontakte und oft zusätzliche Sprachbarrieren, wie zB für Erasmus-
28 Studierende.

29 Für viele Studis bleibt da nur der letzte Ausweg, ein Mikro-Appartement zu beziehen, das sie sich
30 eigentlich nicht leisten können.

31 Doch das ist nicht der einzige Kniff. Investor*innen verschaffen sich weitere Vorteile durch den Bau von
32 privaten Studierendenwohnheimen, die sie mangels Zweckbindung - hier die Vermietung an Studierende
33 - auch an Geschäftsleute vermieten können. Dadurch wird die Chance von Studierenden mit einem
34 durchschnittlichen Einkommen auf einen Platz in diesen Wohnheimen zusätzlich verringert. Die privaten
35 Wohnheime, die öffentliche Fördergelder erhalten, sollten deshalb eine Zweckbindung bei der Verteilung
36 der Wohnheimplätze auferlegt bekommen.

37

38 Ein Traum für Investor*innen

39 Schon die nackten Zahlen zeigen, dass es sich hierbei um ein sehr beliebtes Geschäftsmodell handelt:
40 Allein von 2010 bis 2018 wurden in Deutschlands Großstädten 45.000 Plätze in Luxuswohnungen im
41 Kleinstformat gebaut. Zum Vergleich: Die Wohnheime der Studierendenwerke sind im selben Zeitraum
42 um lediglich knapp 18.000 Plätze gewachsen, also nicht einmal halb so viel. Das entscheidende ist
43 jedoch: Im selben Zeitraum ist die Zahl der Studierenden um sage und schreibe 597.000 (!) angestiegen.

44 Ist es nicht also gut, dass private Investor*innen so aktiv sind? Das Problem hierbei: Sie kaufen
45 Grundstücke auf, die auch von Studierendenwerken bebaut werden könnten. Durch die teuren
46 Grundstückspreise und den Druck der Investor*innen, hohe Renditen erzielen zu müssen, sind die
47 Preisunterschiede enorm. In Berlin beispielsweise kostet ein Wohnheimplatz des Studierendenwerkes
48 200-300 Euro, bei privaten Wohnheimen ist es das 2- bis 3-fache. In den teuersten Studi-Städten sind es
49 nicht selten sogar 800€ pro Monat, fast ein ganzer Bafög-Satz.

50 Auch wenn sie mit ihrem Image vorgaukeln, im Sinne der Studierenden zu handeln, existieren private
51 Wohnheime aus einem Grund: Wegen ihrer Rentabilität, die Gesetzeslücken und Wohnungsnot ausnutzt.

52 Ein weiterer Aspekt des "Geschäftsmodells Mikro-Appartements" besteht darin, dass
53 Baugenehmigungen auch ohne anteilige Sozialwohnungen erteilt werden, weil vorgegeben wird,
54 studentischen Wohnraum zu errichten. Investor*innen sparen sich dadurch viele Kosten und die
55 Verpflichtung, auch günstige Zimmer anzubieten.

56 Wohnraum ist aber nicht gleich Wohnraum! Die Appartements für 20-30 Euro pro Quadratmeter richten
57 mehr Schaden als Nutzen an, denn sie verhindern, dass auf den sowieso schon knappen Grundstücken
58 auch bezahlbarer Wohnraum entsteht und verschärfen damit Verdrängungsprozesse. Zudem spielt die
59 gegenwärtige Praxis Studierende und finanziell schwächere Mietende auf der Suche nach bezahlbarem
60 Wohnraum gegeneinander aus und ignoriert den Trend der zunehmenden Kommodifizierung von
61 Wohnraum."

62 Wir brauchen keine Städte, in denen "der Markt" die Verteilung von studentischem Wohnraum regelt,
63 sondern müssen insbesondere bezahlbaren Wohnraum schaffen und sichern. Daher sind feste
64 Vorgaben für sozialen Wohnungsbau auch für Mikro-Appartements und eine Zweckbindung dringend
65 notwendig.

66 Was ist das für ein Studi-Life?!

67 Viele politische Entscheidungsträger*innen ziehen sich aus der Verantwortung und ruhen sich darauf
68 aus, dass auf dem Papier ja "Wohnungen für Studierende" gebaut werden. Sie sitzen damit der
69 Erzählung von Investor*innen auf, dieses Geschäftsmodell wäre im Sinne der Studierenden. Doch ist es
70 das?

- 71 • Die kapitalistische Verwertung des studentischen Lebensmodells widerspricht unserem
72 Anspruch von gerechten Bildungschancen und individueller Entfaltung. Die Freiheit, sein Leben
73 und damit auch seinen eigenen Wohnraum zu gestalten wird den Studis genommen.
74 "Käfighaltung" in identischen Appartements, aneinandergereiht, kann kein Ersatz dafür sein.
- 75 • Auch das typische studentische Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft, welches viele
76 Studis wählen, wird geschwächt. Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, das
77 Schließen neuer Kontakte: Ein wichtiger sozialer Aspekt des Studierendenlebens fällt weg. Man
78 stelle sich nur mal vor, Mikro-Appartements wären die vorherrschende Wohnungsart: Wo
79 würden eigentlich noch WG-Partys stattfinden?

- 80 • Wohngemeinschaften sind nicht nur ein guter Weg in Kontakt zu kommen, sondern bieten
81 darüber hinaus auch kostengünstige Gemeinschaftsräume. Der scheinbare "Luxus" der Mikro-
82 Apartments ist im Grunde nichts anderes als teure Prekarität. Gerade die Isolation durch die
83 Pandemie dürfte vielen gezeigt haben, dass es mehr als 20m² für ein gutes Leben braucht.
- 84 • Prognosen zur Zahl der Studierenden sagen abnehmende Zahlen ab 2030 voraus.
85 Angenommen, dies bewahrheitet sich: Wer soll die kleinen und teuren Zimmer dann nutzen? Für
86 junge Familien und Lebensgemeinschaften sind die Zimmer zu klein. Geschäftsleute würden
87 für kurzfristige Aufenthalte wohl eher auf Hotels und andere bedürfnisgerechte Wohnformen
88 zurückgreifen. Und Studierende würden bis dahin bestenfalls in neu erbauten und deutlich
89 günstigeren, öffentlich geförderten Wohnungen, wie die der Studierendenwerken, untergebracht
90 sein. Das heutige "Modell Mikro-Apartment" ist also (nicht nur klassistisch, sondern auch)
91 nicht nachhaltig.
- 92 • Hinzu kommt ein gesellschaftliches Problem. Gerade Studierende mit weniger sozialer
93 Anbindung müssen sich darauf einlassen, da sie wenig Kontakte haben, um WG-Plätze zu
94 finden. Wir sehen hier die Gefahr einer sozialen Abwärtsstrudels, die auch zur Vereinsamung
95 führen kann. Daneben sind Studierende bereits heute starken psychischen Belastungen
96 ausgesetzt sind. Diese können durch den Aufwand, die enormen Kosten der Apartments zu
97 stemmen, verstärkt werden. In einer derartigen Drucksituation kommen Studierende leicht an
98 ihre Grenzen.

99 **Konsequenzen für die Studierendenschaft**

100 Bei zunächst weiter steigenden Studierendenzahlen und einer Verknappung des bezahlbaren
101 Wohnraums wird die Verdrängung von finanziell schwächeren Studierenden weiter verstärkt. Bereits
102 jetzt pendeln viele - entweder von zu Hause oder von den Stadträndern - oder müssen sich gegen ein
103 Studium entscheiden. Dieser Trend wird durch Mikroappartements verstärkt, denn das studentische
104 Klientel ist klar: Man braucht finanzstarke Eltern - für Arbeiterkinder oder Bafög-Empfängerinnen ist da
105 kein Platz.

106 Für uns ist klar: Leben auf 20 qm ist kein "Trend" und schon gar nicht erstrebenswert, sondern Ausdruck
107 der Wohnungsnot und einer katastrophalen Wohnraumpolitik.

108 **Hilflose Studierendenwerke**

109 Die Unterbringungsquote der Studierendenwerke ist von 2010 bis 2018 von 11,64 Prozent aller
110 Studierenden auf nur noch 9,6 gesunken. 1991 lag sie sogar noch bei fast 15 Prozent. Hauptgrund
111 hierfür ist, dass die Wohnheimplätze stagnieren, während die Zahl der Studierenden schnell steigt.

112 Im Wettbewerb mit finanzstarken Investor*innen, die in der Regel hinter dem Bau von Mikro-
113 Appartements stecken, haben die gemeinnützigen Studierendenwerke kaum eine Chance beim Kauf von
114 Grundstücken. Dadurch entstehen auch kaum neue Wohnheimplätze. Wir kritisieren die ausbleibende
115 Hilfe der Politik beim Kampf um die Grundstücke sowie die mangelnde Finanzierung der
116 Studierendenwerke. Mangelnde finanzielle Sicherheit stellt generell ein riesiges Problem für die Werke
117 dar und damit auch für ihre Bauaktivitäten.

118 Verstärkt wird die Lage der Studierendenwerke in diesem Jahr auch durch die Corona-Pandemie. Sie
119 sorgt dafür, dass eine Vielzahl von Studierenden ihr Studium nun nicht wie üblich vor Ort ausführen
120 können. Entsprechend wurden schlagartig viele Zimmer frei, die bei einem größtenteils online
121 abgehaltenen Semester auch nicht wie üblich neu belegt werden. Die fehlenden Einnahmen bringen die
122 Studierendenwerke in Bedrängnis, da sie als gemeinnützige Organisationen kaum Rücklagen bilden

123 können. Gerade jetzt müssen die Länder also dringend aushelfen, um das Problem studentischen
124 Wohnen nicht zusätzlich voranzutreiben.

125 Nebenbei weigern sich viele Länder den Studierendenwerken die Kreditwürdigkeit zuzusprechen, um bei
126 Kreditausfällen nicht in die Pflicht genommen zu werden. Dieses Vorgehen ist unverantwortlich. Es
127 drängt die Studierendenwerke in eine Zwangslage, durch die sie gezwungen sind, ihre Beiträge
128 anzuheben, um ihre Kosten decken zu können. Dadurch können sie ihrem Auftrag, gemeinnützig zu sein,
129 nicht umfassen nachkommen.

130 **Länder müssen aktiver werden**

131 Es ist nicht hinzunehmen, dass im Zeitraum vom Wintersemester 2004/2005 bis 2017/2018 in ganz
132 Deutschland nur ca. 20.000 öffentliche Wohnheimplätze geschaffen wurden. Die Politik kann sich nicht
133 nur auf die Investitionsfreude Privater verlassen, um das Wohnungsproblem zu lösen. "Privat vor Staat"
134 ist für uns als Juso-Hochschulgruppen zur Lösung der Wohnungskrise nicht akzeptabel. Die Länder
135 sollten deshalb einen erheblichen Teil der vom Bund für sozialen Wohnungsbau gewährten Fördermittel
136 für die Jahre 2020/2021 in studentischen Wohnraum in öffentlicher Trägerschaft oder öffentlicher
137 Förderung investieren.

138 Das Deutsche Studierendenwerk fordert schon seit Jahren einen Hochschulsozialpakt, durch den die
139 längst überfälligen Sanierungen neben Neubau vorangetrieben werden.

140 **Besondere Dinglichkeit angesichts der Corona-Pandemie**

141 Auch die in Folge der Corona-Pandemie frei werdenden Wohnheimplätze privater und öffentlicher
142 Träger dürfen von den Ländern nicht als Anlass zur Untätigkeit genommen werden. Ganz im Gegenteil.
143 Gerade jetzt sollten die Länder versuchen, Wege für die Planung und den Bau neuen studentischen,
144 öffentlich geförderten Wohnraums frei zu machen. Wird hier zu lange gezögert, ist zu erwarten, dass die
145 Länder bei den Problemen, die es nach der während und nach der Pandemie zu bewältigen gilt, mit dem
146 Bau nicht hinterherkommen werden. Außerdem bleibt der Wohnungsmarkt auch während der Pandemie
147 angespannt. Die seit Jahren von Studierendenwerken getätigte Forderung nach mehr Geld für Neubau
148 und Sanierungen hat deshalb nicht an Dringlichkeit verloren.

149 Für Mikro-Appartements stellt die Corona-Pandemie ebenfalls ein Problem dar, der üblich hohe Zuzug
150 von Erstsemestern blieb im letzten und in diesem Semester aus. Die langfristigen Folgen sind laut
151 Marktanalytiker*innen noch unklar. Und erneut zeigt sich, wie brüchig ein Modell ist, dass auf eine
152 bestimmte Gesellschaftsgruppe zugeschnitten ist, deren Einkommensverhältnisse aber bei weitem
153 verfehlt. Studierendenwohnheime der Studierendenwerke haben sich hingegen über Jahrzehnte als
154 bedarfsgerechte Form studentischen Wohnens bewährt. In diese und andere gemeinnützige
155 Wohnheime sollten die Länder deshalb investieren und das studentische Wohnen nicht der Willkür des
156 Marktes überlassen.

157 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge daher beschließen:

158 Die Praxis gewinnmaximierender Mikro-Appartements muss unterbunden werden. Dazu sollen folgende
159 Instrumente genutzt werden:

- 160 • Mietpreisbremse: Schluss mit "Möbel statt Mietpreisbremse" - Eine Novellierung der
161 Mietpreisbremse muss kommen, damit diese endlich auch bei möblierten Wohnungen greift.
- 162 • Sozialwohnungen: Auch unter Studierenden gibt es Bedarf für sozialen Wohnungsbau.
163 Investor*innen müssen verpflichtet werden, auch beim Bau privater Wohnheime einen gewissen
164 Anteil als Sozialwohnungen auszuweisen.

- 165 • Zweckbindung: Flächendeckende Zweckbindung bei öffentlicher Förderung privater
166 Studierendenwohnheime müssen festgelegt werden, damit der Wohnraum auch wirklich Studis
167 zukommt.
- 168 • Mietendeckel: Ein bundesweiter Mietendeckel ist das wirksamste Mittel, um die steigenden
169 Mieten auch für Studierende in allen Städten zu stoppen. Dadurch wird Zeit für den Neubau von
170 bezahlbarem Wohnraum gewonnen und Wohnraumspekulationen ein Riegel vorgeschoben.
- 171 Private Wohnheime treiben die Mieten nach oben. Wohnheime der Studierendenwerke bieten dagegen
172 Wohnraum für alle. Daher müssen die Studierendenwerke als Antwort auf private Mikro-Appartements
173 gestärkt werden:
- 174 • Eigeninitiative: Nicht mehr tatenlos zuschauen: Die deutschen Großstädte brauchen eine aktive
175 Bodenpolitik von Bund, Ländern und Kommunen: Bodenfonds zum Kauf von Grundstücken
176 bspw. in Uni-Nähe, die gemeinwohlorientiert weitervergeben werden sollen, u.a. an
177 Studierendenwerke.
- 178 • Grundstücksvergabe: Grundstücke, die bereits im Eigentum der öffentlichen Hand sind, müssen
179 gemeinwohlorientiert vergeben werden, z.B. an Studierendenwerke. Auch die Vergabe per
180 Erbbaurecht ist eine sinnvolle Möglichkeit, um Grundstücke für Studierendenwerke verfügbar
181 zu machen.
- 182 • Investitionen: Wir fordern, dass ein Teil der vom Bund für sozialen Wohnungsbau gewährten
183 eine Milliarde Euro von den Ländern auch in studentisches Wohnen investiert wird und dieser
184 zusätzlich aufgestockt wird. Diese Gelder sollen vorrangig öffentlichen/gemeinnützigen
185 Trägern zugehen, die in den Neubau und die Sanierung öffentlich geförderter Wohnheime
186 investieren. Zusätzlich sollen mit diesen Mitteln auch die Städte bei der Durchsetzung ihrer
187 Vorkaufsrechte unterstützt werden.
- 188 • Hochschulsozialpakt: Wir unterstützen die Forderungen des deutschen Studierendenwerks vom
189 27.11.2019. Bund und Länder müssen endlich auf die Studierendenwerke zukommen und im
190 Rahmen eines Hochschulsozialpakts die Finanzierung der Studierendenwerke sicherstellen
191 sowie den Studierendenwerken die Kreditwürdigkeit zusprechen. Dies ist dringend notwendig,
192 damit Unterbringungsquoten erhöht werden können.
- 193 • Zusätzlich bedarf es weiterhin dringend einer Erhöhung der BAföG-Wohnpauschale. Mit den
194 derzeit gewährten 325€ können die meisten Studierenden ihre hohen Mietkosten nicht decken.
195 Darüber hinaus muss die Möglichkeit bestehen, die Wohnpauschale in besonders
196 angespannten Regionen nach oben hin zu korrigieren.

Bereich Q: Gute Lehre, Qualitätsentwicklung & Studienreform

Beschluss Q1_20

1 **Q1_20 Wann wird es endlich wieder so, wie es nie** 2 **war? – Unsere Visionen für die Hochschulen nach** 3 **der Pandemie**

4 **Einleitung**

5 Das Jahr 2020 haben nicht nur wir Juso-Hochschulgruppen uns anders vorgestellt. Mit der
6 Aktivkonferenz wollten wir ein gänzlich neues Format im Verband etablieren, zusätzlich wollten wir
7 zahlreiche bildungspolitische Formate umsetzen und der Bildungspolitische Kongress sollte das
8 absolute Highlight im Juso-Hochschulgruppen Veranstaltungskalender setzen. Es kam anders. Die
9 Pandemie hat nicht nur die Arbeit von Hochschulgruppen vor Ort, der Landeskoordinationen und des
10 Bundesvorstands gehörig auf den Kopf gestellt. Sie hat im vergangenen halben Jahr ganzheitlich
11 erheblichen Einfluss auf unser aller tägliches Leben genommen. Von banalen Gemeinschaftsaktivitäten
12 bis hin zum Privileg der europäischen Freizügigkeit: Viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten
13 verschwanden durch die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung mit einem Mal.

14 Die Corona-Krise ist ein radikaler Einschnitt in die Gesellschaft, gleichzeitig aber auch ein Brennglas,
15 unter dem Missstände und Ungleichheiten deutlich zutage treten: Millionen Menschen in Kurzarbeit und
16 noch mehr im Homeoffice geben Anlass zu der Frage, wie die Arbeitswelt von Morgen gestaltet werden
17 soll. Und bestehende humanitäre Krisen, insbesondere die unhaltbaren Zustände für Asylsuchende an
18 den europäischen Außengrenzen, haben sich noch weiter verschlimmert. Fragen der Pandemie sind in
19 den vergangenen Monaten zum absoluten Querschnittsthema geworden. Als Studierendenverband ist
20 es uns an dieser Stelle jedoch ein Anliegen, eine Perspektive zu beleuchten, die in Politik und Medien
21 trotz zahlreicher Initiativen und Bemühungen nur wenig stattgefunden hat: Die Perspektive der
22 Studierenden während der Pandemie.

23 Studierende waren und sind von den Auswirkungen der Pandemie stark betroffen. Die
24 Komplettumstellung des Studienalltages auf digitale Lehre war für viele ein radikaler Bruch mit
25 gewohnten Routinen und damit eine Herausforderung an sich. Geforderter Mehraufwand im Erwerb von
26 Leistungspunkten und fehlender Ausgleich stellten für viele Studierende eine psychische Belastung dar.
27 Der Wechsel vom Hörsaal an den heimischen PC, ohne Austausch mit Kommiliton*innen vor und nach
28 der Vorlesung, ohne den Gang zur Mensa oder einen Kaffee am Campus hat verdeutlicht, dass ein
29 Studium mehr ist als die Aneignung wissenschaftlicher Inhalte. Zusätzlich verloren viele Studierende
30 ihren Nebenjob. Von jetzt auf gleich standen vor allem finanziell ohnehin schon schlechter gestellte
31 Studierende vor existenziellen Sorgen. Und nicht zuletzt warfen die neuen Studienbedingungen eine
32 Reihe rechtlicher Fragen, vom Umgang mit der Regelstudienzeit bis zur Prüfungsversuch-Regelung, auf.
33 Die politischen Reaktionen waren vor allem eines: vielfältig. Eine klare und einheitliche Linie gegenüber
34 den Studierenden fehlte. Stattdessen erfolgte eine Vielzahl der Maßnahmen über landes- und teils sogar
35 hochschulspezifische Regelungen. Trotz anhaltenden Drucks aus der SPD-Bundestagsfraktion agierte
36 das, insbesondere für Studienfinanzierung zuständige, Bundesministerium für Bildung und Forschung
37 (BMBF) als Bremsklotz und überließ die Studierenden über Monate sich selbst.

38 Das vergangene Semester ist ohne Beispiel in der Geschichte der deutschen Hochschullandschaft.
39 Durch die anhaltende Covid19-Pandemie ist nicht absehbar, wie lange Einschränkungen des
40 studentischen und alltäglichen Lebens weiter anhalten werden. Durch die Erfahrungen des vergangenen
41 Semesters ist für uns umso deutlicher geworden, dass es uns gelingen muss, eine Vision für die Zeit
42 während, insbesondere jedoch auch für die Zeit nach der Pandemie zu entwickeln.

43 **Rückblick - Das Sommersemester 2020:**

44 Auch wenn für viele die Einschränkungen in der vorlesungsfreien Zeit gekommen sind, machten sich die
45 Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sofort bemerkbar. Prüfungen wurden teils wenige Tage
46 vorher abgesagt, Bibliotheken von heute auf morgen geschlossen. Zur Vorbereitung des Semesterstarts
47 blieben den Hochschulen teils nur wenige Wochen, teils bis zu zwei Monate. Gezwungenermaßen wurde
48 der Lehrbetrieb komplett in den digitalen Raum verlagert, die damit verbundenen Herausforderungen
49 waren massiv. Innerhalb kurzer Zeit musste aufgeholt werden, was jahrelang von den Hochschulen
50 verschlafen worden war. Digitale Infrastruktur und Software für den Ausbau der Online Kapazitäten
51 mussten angeschafft werden. Und zahlreiche Dozierende waren gezwungen sich zum ersten Mal
52 tiefgreifender mit ihrem Computer auseinanderzusetzen.

53 Wie erwartet funktionierte zu Anfang vieles entweder schlecht oder gar nicht. Überlastete virtuelle
54 Lernportale durch zu niedrige Serverkapazitäten waren keine Seltenheit. Videokonferenz-Tools
55 kämpften mit ähnlichen Problemen. Dazu kam die Rolle der Dozierenden als Faktor X. Neben den
56 technischen Problemen taten sich für die Studierenden jedoch noch eine Reihe weiterer Probleme auf.
57 Für die Erstsemester fehlte mit der Einführungswoche eine zentrale Möglichkeit, die Hochschule und
58 neue Leute kennenzulernen. Öffentliche Infrastruktur, wie Mensen, Bibliotheken und PC-Pools wurden
59 geschlossen, stattdessen fand das Studium weitestgehend auf Grundlage der privaten Infrastruktur, wie
60 dem heimischen PC sowie der Internetverbindung, statt. Für viele brach ein großer Teil des sozialen
61 Umfeldes weg, Gründe das Haus zu verlassen wurden rar. Der komplett veränderte Tagesrhythmus
62 erschwerte die Motivation dazu, sich mit den Studieninhalten auseinanderzusetzen, neue Lernmethoden
63 stellten eine eigene Herausforderung dar. Und als sei das nicht genug, dachten viele Dozierende
64 offenbar, dass Studierende ihre vermeintlich frei gewordene Zeit während der Pandemie doch nutzen
65 können, um ein höheres Arbeitspensum in den Veranstaltungen zu bewältigen. Die Prüfungen blieben
66 lange, teils bis weit in das Semester hinein, eine Blackbox. Zentrale Fragen, wie das Format,
67 Datenschutzregelungen bei z.B. Online Prüfungen, Vergleichbarkeit und teils sogar die Terminierung
68 blieben lange ungeklärt.

69 Internationale Studierende traf es zusätzlich hart. Ca. 300.000 internationale Studierende sind an
70 deutschen Hochschulen eingeschrieben, 75% sind neben dem Studium erwerbstätig. Wegbrechende
71 Nebenjobs trafen, aufgrund des notwendigen Nachweises über die eigene Fähigkeit das Studium zu
72 finanzieren, viele internationale Studierende besonders hart. Ohne BAföG-Anspruch und oft ohne die
73 Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung durch die Eltern liefen Visa aus, konnten Studienleistungen
74 nicht erbracht werden, im Extremfall fehlte sogar das Geld für einen Rückflug. Auf der anderen Seite
75 konnten zahlreiche Studierende nicht oder nicht wieder nach Deutschland ein- bzw. zurückreisen.
76 Reisebeschränkungen griffen in der Anfangszeit der Coronapandemie besonders hart und sind für viele
77 Staaten weiter nur unter großen Umständen oder gar nicht möglich. Auch das ERASMUS+ Programm
78 konnte nicht wie gewohnt weiterlaufen. Etwa die Hälfte der laufenden Programme wurde durch digitale
79 Formate ersetzt, ein Viertel komplett gestrichen. In vielen Fällen wurden finanzielle Auswirkungen
80 gegenüber den Betroffenen unklar kommuniziert. Zudem kam es in Deutschland insbesondere in der
81 Anfangszeit der Pandemie zu rassistischen Anfeindungen gegenüber internationalen Studierenden.

82 Die Corona-Krise hat auch die Geschlechterungerechtigkeiten innerhalb der patriarchalen Gesellschaft
83 mit neuer Deutlichkeit hervortreten lassen. So waren und sind es überwiegend Frauen*, die in den
84 "systemrelevanten" jedoch gleichsam systemisch schlecht bezahlten Jobs beispielsweise in der Pflege

85 und dem Einzelhandel unter oft großer Mehrbelastung arbeiten. Gleichsam waren Frauen* für den
86 Großteil der privaten Pflege und Betreuung Angehöriger und Kinder sowie für das Homeschooling
87 während der Schulschließungen verantwortlich. Betroffen waren und sind an dieser Stelle auch
88 Studierende - insbesondere Studierende mit Kind. Diesen kam die Digitalisierung des
89 Sommersemesters zwar entgegen. Der Mehraufwand war jedoch eklatant, das Verständnis und
90 Entgegenkommen vieler Dozierender gleichzeitig oft mangelhaft.

91 Neben der Umstellung auf digitale Lehre war die Studienfinanzierung das große Thema im
92 Sommersemester 2020. Dabei zeigte sich insbesondere, dass bestehende Ungerechtigkeiten durch die
93 Pandemie verstärkt und finanziell ohnehin schwächer gestellte Studierende besonders hart getroffen
94 wurden. Bei einer seit Jahren sinkenden BAföG-Förderquote (2019: unter 12%) sind viele Studierende
95 auf einen Nebenjob angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Dieser Umstand war
96 schon vor der Pandemie gefährlich, mit ihr wurde er schlicht katastrophal. Klassische studentische
97 Minijobs in Gastronomie, Kinos, Freizeiteinrichtungen und der Eventbranche brachen als erstes weg.
98 Nach einer nicht-repräsentativen Umfrage der Juso-Hochschulgruppen, haben 35 % der befragten
99 Studierenden ihren Nebenjob verloren. Dies resultierte in durchschnittlichen finanziellen Einbußen von
100 1.570 € zwischen Februar und Juni. Von einem auf den anderen Tag standen Studierende ohne
101 Einkommen da, die Chancen auf einen neuen Job waren durch den Einstellungsstopp in praktisch allen
102 Branchen gleich Null. Insbesondere bei Arbeiter*innen-Kindern wurden durch die Jobverluste in
103 besonderer Härte getroffen, was zu massiven Existenzängsten führte. 41% der Befragten gaben in der
104 Umfrage an, an Existenzängsten zu leiden. Dazu waren auch viele Eltern durch die immensen
105 Lohneinbußen bei Kurzarbeit nicht länger in der Lage, ihre Kinder finanziell zu unterstützen. Damit waren
106 viele Studierende zunächst auf die Unterstützung durch private Kontakte, den Rückgriff auf ihre
107 Ersparnisse oder die Aufnahme von Krediten angewiesen.

108 Umso dringlicher wurde bereits früh die Forderung nach einem schnellen Handeln der Politik laut. Das
109 BMBF fiel in der ersten Phase der Pandemie insbesondere durch Untätigkeit auf, den ersten Schritt
110 unternahmen daher vielerorts die Länder. Um die Studienfinanzierung zumindest in einem ersten Schritt
111 zu gewährleisten, legten einige Landesregierungen, teils sogar einzelne Hochschulen,
112 Soforthilfeprogramme und Hilfsfonds für die Studierenden auf. Hier hing der Zugang zur dringend
113 benötigten finanziellen Hilfe am Glück, zufällig am "richtigen" Ort zu studieren. Gleichzeitig konnten die
114 Programme nur einen Bruchteil der benötigten Hilfe leisten. Mittel waren teils innerhalb von Stunden
115 vollständig abgerufen.

116 Es war glasklar, dass nur umfassende Hilfen des Bundes dem Problem effektiv begegnen würden
117 können. Doch bis das BMBF handelte, geschah zunächst lange nichts. Zwar lag ein Lösungsansatz -
118 nämlich die schnelle Öffnung des BAföGs für in Not geratene Studierende - praktisch auf der Hand und
119 wurde seitens der SPD und weiterer Akteur*innen gefordert. Das BMBF sperrte sich jedoch mit der alten
120 Argumentation "keine Mittel mit der Gießkanne verteilen zu wollen" konsequent gegen diese einzig
121 vernünftige Handlungsoption. Die stattdessen vorgestellten Corona-Studienkredite, die bei der
122 staatlichen KfW-Bank ab Anfang Mai 2020 beantragt werden konnten, werden der Krisenrealität nicht
123 mal im Ansatz gerecht. Zahlreiche Studierende kämpften bereits im Februar mit den Auswirkungen der
124 Pandemie. Beantragt werden konnten die Kredite jedoch erst ab dem 8. Mai. Die effektive
125 Darlehenshöhe beträgt maximal 650€ und ist damit in manchen Städten lediglich dazu ausreichend, die
126 monatlichen Mietkosten für ein WG-Zimmer zu finanzieren. Für Studierende mit Kind ist die maximale
127 Förderhöhe oft unabhängig vom Wohnort nicht im Ansatz genügend. Dazu kommt eine undurchsichtige
128 bürokratische Handhabe der Darlehensbewilligung durch die KfW. Und die angebliche Zinsfreiheit der
129 Darlehen hat einen riesigen Haken: Was das BMBF als die große und neue Lösung für die Corona-
130 Notlage verkaufte, ist lediglich eine modifizierte Form der ohnehin schon bestehenden KfW-
131 Studienkredite. Die normalerweise fälligen Zinsen wurden lediglich bis zum 31.03.2021 ausgesetzt,
132 grundsätzlich gelten jedoch die allgemeinen Bestimmungen des KfW-Studienkredites. Das bedeutet: Im

133 Anschluss an die zinsfreie Zeit wird für das Darlehen ein effektiver Zinssatz von unfassbar überhöhten
134 4,36 % p.a. fällig. Bundesbildungsministerin Karliczek schickt damit junge Menschen sehenden Auges
135 in eine Schuldenfalle.

136 Um die Relevanz von Studienkrediten für die Studienfinanzierung zu erfassen, lohnt ein kurzer Rückblick:
137 In den vergangenen fünf Jahren war die Zahl der neu beantragten Studienkredite stetig rückläufig (-30%
138 bewilligte Neuanträge). Die KfW-Studienkredite als eine echte Lösung für die unverschuldete Notlage
139 tausender Studierender zu verkaufen, ist damit schlicht eine maximale Unverschämtheit. Vielmehr
140 belebt das Ministerium ein unattraktives Auslaufmodell auf Kosten der Studierenden zu neuem Leben.
141 Nach Zahlen des BMBF verzeichnen die neubeantragten Studienkredite im SoSe20 einen eindeutigen
142 Anstieg. 30.000 Studierende (2019: 18.500) haben im vergangenen Semester Kredite im Gesamtumfang
143 von einer Milliarde Euro beantragt (Vorjahr unter 500Mio. Euro). Die Zahlen des Sommersemester 2020
144 im Vergleich mit dem Trend der vergangenen Jahre zeigen deutlich, dass die Kredite trotz eindeutiger
145 Unattraktivität aus einer puren Notlage heraus aufgenommen wurden. Es besteht die Gefahr, dass
146 dieser Umstand langfristig zu einer studentischen Schuldenkrise führt.

147 Zwar konnte die SPD-Bundestagsfraktion unter Mühen einen Nothilfefond im Umfang von 100 Mio. Euro
148 gegen den Koalitionspartner durchsetzen, die Umsetzung durch das BMBF stellte Studierende jedoch
149 wiederum vor zahlreiche, teils groteske bürokratische Hürden. Die maximale Auszahlungssumme lag
150 mit 500€ noch unter den KfW-Darlehen, oft wurden jedoch auch nur deutlich geringere Summen
151 ausgezahlt. Anträge konnten nur gesondert für die einzelnen Monate gestellt werden, eine rückwirkende
152 oder den Gesamtzeitraum von Juni bis September umfassende Beantragung schloss das BMBF aus.
153 Um die maximale Summe ausgezahlt zu bekommen, musste neben einem Kontostand nahe Null
154 bewiesen werden, dass dieser auch tatsächlich durch die Pandemie verursacht worden war. Der Wegfall
155 der eigenen Erwerbstätigkeit bzw. der finanziellen Unterstützung durch die Eltern musste gegenüber
156 den zuständigen Stellen penibel dokumentiert werden. Bei Formfehlern, fehlenden Dokumenten oder
157 lediglich bei nicht gut leserlichen Unterlagen konnten Anträge, ohne Chance auf Nachbesserung durch
158 die*den Antragsteller*in, abgelehnt werden. Die Bearbeitung und Auszahlung der Zuschüsse erfolgten
159 ab dem 29. Juni 2020. Der Anteil der tatsächlich angenommenen Anträge lag im Juni bei niedrigen 52
160 %. Insbesondere der Verweis darauf, dass bei der*dem betreffenden Antragsteller*in zwar eine Notlage
161 vorliege, diese jedoch nicht pandemiebedingt sei, machte einen Großteil (42 %) der erfolgten
162 Ablehnungen aus. Das BMBF war über das gesamte Semester zu keiner Zeit willens, der finanziellen
163 Notlage von Studierenden ernsthaft zu begegnen und nahm damit Studienabbrüche, prekäre
164 Lebensverhältnisse und Existenzängste zahlreicher Studierender billigend in Kauf. Einer Umfrage an der
165 HU in Berlin zufolge dachten etwa 30% der befragten Studierenden über einen Studienabbruch im
166 Corona-Semester nach.

167 Mit dem Bündnis *Solidarsemester* wurde früh die Forderung laut, den Pandemieumständen mit
168 besonderen Regeln zu begegnen. Schnell wurden zentrale Forderungen aufgestellt. Neben einer
169 Öffnung des BAföGs forderte das Bündnis eine Aussetzung der Regelstudienzeit sowie von
170 Zwangsexmatrikulationen und Langzeitstudiengebühren, außerdem sollten Prüfungsversuche im
171 "Solidarsemester" nicht auf die reguläre Prüfungsversuchsregelung angewendet werden. Das Bündnis
172 forderte Bundes- und Landespolitik dazu auf, eine gemeinsame Linie im Umgang mit der Pandemie zu
173 finden. Leider griff diese Forderung ins Leere. Durch das BMBF erfolgte keinerlei nennenswerte
174 politische Kommunikation oder Koordination, sodass es letztlich zu einem bunten Katalog
175 verschiedener Regelungen kam. Während in einigen Ländern zügig die Regelstudienzeit sowie
176 Prüfungsversuche ausgesetzt wurden, standen die Studierenden in anderen das ganze Semester über
177 vor der Unsicherheit, wie das Semester rückwirkend geregelt werden würde. In Niedersachsen etwa fiel
178 die Entscheidung des Wissenschaftsministeriums erst nachträglich im Oktober. Statt eines Aussetzens
179 der Regelstudienzeit verlängerte das Ministerium diese schlicht um ein Semester. Mit Blick auf
180 kommende Semester unter Corona-Bedingungen machte das Ministerium deutlich, dass es sich um

181 eine einmalige Erhöhung handeln, und damit entstandene Nachteile durch die Pandemie pauschal
182 abgegolten seien.

183 Insgesamt war das Sommersemester geprägt von Unsicherheiten. Studierende mussten harsche
184 Einschnitte in ihren tagtäglichen Alltag hinnehmen, eine klare Linie der politisch Verantwortlichen fehlte
185 weitestgehend.

186 **Das Wintersemester 2020/21**

187 Mit dem Beginn des Wintersemesters vor der Tür, hat sich an der bestehenden Situation nur wenig
188 verändert. Die Pandemie hält an und eine Rückkehr in den Normalzustand ist bislang zeitlich nicht
189 absehbar. Zahlreiche Veranstaltung werden auch im kommenden Semester digital stattfinden müssen.
190 Zwar hatten die Hochschulen über das vergangene Semester, sowie die vorlesungsfreie Zeit, die
191 Möglichkeit, digitale Formate zu überarbeiten und Hygienekonzepte zu entwickeln, an zahlreichen
192 Problemlagen ändert sich damit aber zunächst nichts.

193 Insbesondere für die Studienanfänger*innen bedeutet die bestehende Situation einen Start ins
194 Ungewisse. Das anhaltende Fehlen des Sozialraums Hochschule wird es erheblich erschweren,
195 Kontakte zu knüpfen und einen umfassenden Einstieg in das studentische Leben zu finden. Umso
196 wichtiger ist, dass die Hochschulen Konzepte finden, das studentische Leben vor Ort aufrecht zu
197 erhalten und insbesondere den Fachschaften, Hochschulgruppen und studentischen Initiativen Räume
198 für ihr Engagement zu eröffnen. Bereits im vergangenen Semester gab es zahlreiche, großartige
199 studentische Initiativen, welche abseits des regulären Lehrbetriebs mit verschiedensten Formaten
200 studentisches Leben aufrechterhielten. Diese müssen konsequent bestärkt und bei Bedarf auch
201 insbesondere finanziell gefördert werden. Klar ist aber auch, dass einige Formate durch digitalen Betrieb
202 nicht zu leisten sind. Labor- und Schulpraktika, Chor- und Orchester-, sowie der Mannschaftsportbetrieb
203 können unter den aktuellen Umständen schlicht nicht, oder nur unter starken Auflagen stattfinden. Hier
204 gilt es seitens der Hochschulleitungen, mit Blick auf die lokale Pandemieentwicklung, das Mögliche zu
205 ermöglichen.

206 Rechtlich bedeutet der Start in das neue Semester wiederum einen Schritt ins Ungewisse. Dort wo
207 studierenden-freundliche Ausnahmeregelungen für die Regelstudienzeit oder Prüfungsregelungen
208 bestehen, waren diese bisher lediglich auf das Sommersemester 2020 beschränkt. Mit Blick auf die
209 anhaltende Ausnahmesituation müssen sie dringend verlängert werden. An der Situation hat sich
210 gegenüber den Vormonaten wenig verändert und die Gefahr besteht, dass sich die Pandemie - gerade
211 in den Wintermonaten, - weiter zuspitzen könnte. Es darf keinen Rollback der eingeführten Corona-
212 Regelungen geben. Für die Länder, in denen Regelungen bereits für das Sommersemester unzureichend
213 waren, muss hingegen endlich klar sein, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Auch das
214 kommende Semester wird für Studierende eine klare Mehrbelastung werden. Da ist es weder fair, diese
215 den Studierenden dauerhaft ohne Ausgleich zuzumuten, noch kann dies einem guten Studium in
216 irgendeiner Form förderlich sein. Insgesamt muss gelten, dass Studierende in die Entscheidungsfindung
217 des Krisenmanagements besser eingebunden werden müssen. Als die Gruppe, die in größter Zahl und
218 höchster Intensität von den Maßnahmen betroffen ist und sein wird, brauchen die Studierenden ein
219 starkes Mitspracherecht.

220 Die Umbrüche im Hochschulleben dürfen nicht dazu führen, dass die verfassten Studierendenschaften
221 geschwächt, und die politische Partizipation Studierender dauerhaft unterbunden wird.
222 Studierendenvertreter*innen kommt in der Krise eine große Verantwortung zu, für die Interessen
223 Studierender einzutreten. Entsprechend stark muss ihre demokratische Legitimation und
224 Handlungsfähigkeit sein. Vielerorts wurden Gremienwahlen zwar bereits verschoben oder abgesagt. Es
225 muss jedoch klar sein, dass diese zu nächstmöglichen Zeitpunkten nachgeholt werden - im Zweifel auch
226 unter einem logistischen und finanziellen Mehraufwand. Gleiches muss auch für die Arbeit der Gremien

227 gelten, etwa wenn es um die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Lizenzen für geeignete Online-
228 Konferenz-Tools geht.

229 Auch an der finanziellen Situation zu vieler Studierender hat sich wenig verändert. Mit zahlreichen Eltern
230 in Kurzarbeit, ganzen Branchen weiterhin im Lockdown und dem Ausfall vieler lukrativer Sommerjobs
231 besteht bei zu vielen Studierenden weiter eine akute finanzielle Notlage. Gegen diese braucht es endlich
232 ein klares und verlässliches Konzept. Zwar waren die Corona-Nothilfefonds zu keinem Zeitpunkt eine
233 optimale Lösung, dass das BMBF diese jedoch unter dem Hinweis auf eine sich entspannende Lage zu
234 Ende September hat auslaufen lassen, ist für notleidende Studierende blanker Hohn und wirft die Frage
235 auf, in welcher Realität die Entscheidungsträger*innen im Ministerium eigentlich leben. Ohnehin sind
236 weder Nothilfen, die von Monat zu Monat neu beantragt werden müssen, noch die KfW-Studienkredite,
237 welche ab dem Sommersemester 2021 eine massive Zinslast nach sich ziehen, diesen Studierenden
238 dauerhaft zumutbar. Die einzige Lösung, die dauerhaft den Umständen Rechnung tragen kann, ist eine
239 umfassende und schnellstmögliche Öffnung des BAföG.

240 Die Pandemie darf auch nicht dazu führen, dass der internationale studentische Austausch zum Erliegen
241 kommt. Um in der bestehenden Situation ein Auslandssemester anzustreben braucht es eine gute
242 Portion Mut und eine deutliche Zusage an die gastgebende Hochschule. Dieser Mut muss gerade zum
243 jetzigen Zeitpunkt von allen zuständigen Stellen unterstützt werden. Die fortlaufenden besonderen
244 Umstände des Semesters fordern weiter ein entschlossenes, progressives Handeln aller Akteur*innen.

245 **Unsere Vision für die Hochschule nach der Pandemie**

246 Wann wird es endlich wieder so, wie es niemals war? Die Erfahrungen der letzten Monate haben allen
247 eindeutig vor Augen geführt, dass unsere Hochschullandschaft großen Reformbedarf zu bewältigen hat.
248 Weder ist der bestehende Status Quo auf Dauer akzeptierbar, noch kann die Antwort auf die Erfahrungen
249 der Pandemie eine einfache Rückkehr in den Betrieb vor Covid19 sein. Durch die Umstellung des
250 Sommersemesters 2020 haben die Hochschulen einen bislang nicht gekannten Digitalisierungsschub
251 erhalten. Dozent*innen, die sich teils über viele Jahre gegen digitale Tools und Neuerungen gestraubt
252 hatten, haben durch das digitale Semester zwangsweise einen Crashkurs im Umgang mit neuer Technik
253 erhalten. Neue Formate wurden ausprobiert und entwickelt.

254 Die Tatsache, dass das Semester in weiten Teilen einen experimentellen Charakter hatte, war eine große
255 Schwäche im Betrieb, bietet aber insbesondere im Nachgang zahlreiche Erfahrungen und Ideen, auf
256 denen aufgebaut werden kann. Hier kommt es auf eine umfassende und alle Gruppen sowie
257 Perspektiven einbindende Evaluation des Sommersemesters an. Dabei darf diese nicht nur die digitalen
258 Methoden untersuchen, sondern muss auch schauen, welche Wechselwirkungen sich mit den anderen
259 (Lebens-)Bereichen der Hochschule ergeben. Zahlreiche Studierende konnten zudem von bislang nicht
260 gekannten Freiheiten in ihrem Studium profitieren. Durch on-Demand Veranstaltungen war es
261 insbesondere denjenigen Studierenden, die nicht regelmäßig zu festen Zeiten an den Terminen
262 teilhaben können, besser möglich, ihr Studium mit ihrem Leben zu vereinbaren. Menschen mit
263 unregelmäßigen Arbeitszeiten, die Care-Arbeit leisten oder die aus privaten Gründen große
264 Menschenansammlungen meiden, wurde durch das digitale Semester eine bessere Teilhabe am
265 Studium ermöglicht. Vieles, was lange von den Hochschulen als nicht umsetzbar zurückgewiesen
266 worden war, wurde plötzlich möglich gemacht. Auch für Menschen, die gerne ihr eigenes Lerntempo
267 bestimmen sind on-Demand Veranstaltungen eine eindeutige Hilfe und nehmen den Druck, Inhalte in
268 einer Vorlesung blind mitschreiben zu müssen, ohne den Dozierenden konzentriert zuhören zu können.
269 Über die digitalen Formate bestehen zudem vielfältige Möglichkeiten, Lernmaterialien besser zu
270 verwalten. Vor einer Klausur können beispielsweise Lernvideos erneut angeschaut werden, auf vorab
271 markierte Zeitstempel kann zurückgegriffen werden.

272 Digitale Lehre bietet zudem zahlreiche Chancen, Hochschulinhalte einer breiteren Gruppe zugänglich zu
273 machen. Für Menschen, die sich aus persönlichem Interesse gerne über wissenschaftliche Inhalte
274 informieren wollen, können Open- Access Angebote eine Möglichkeit sein, an offenen Hochschulen
275 teilzuhaben. Open-Source Lizenzen können dazu beitragen, dass junge Wissenschaftler*innen besser in
276 den Austausch untereinander treten und ihren Forschungsschwerpunkten freier nachgehen können.

277 Gleichzeitig kann digitale Lehre viele Dinge aber auch nicht leisten. Angebote jenseits des Forschungs-
278 und Lehrbetriebs sind das, was den Sozialraum Hochschule und damit einen essenziellen Teil des
279 Campuslebens ausmachen. Jener basiert wesentlich auf dem Austausch untereinander und kann
280 niemals adäquat durch digitale Tools ersetzt werden. Zudem leidet der fachliche Austausch
281 untereinander. Wissenschaft und Forschung lebt vom ständigen kritischen Austausch, sei es im Labor,
282 im Seminar, in der Bibliothek oder auch in der Mensa. Digitale Formate können die dazu notwendige
283 Nähe nicht bieten und laufen oft Gefahr, dass das Studium in großen Teilen auf das Selbststudium und
284 reinen Konsum von Inhalten beschränkt bleibt.

285 Dazu kommt die Frage nach der Infrastruktur. Durch die Ausstattung der Hochschulen soll gewährleistet
286 werden, dass grundsätzlich allen Studierenden die gleichen Bildungschancen zukommen. Wie gut dies
287 tatsächlich gewährleistet ist, darf zwar hinterfragt werden, die digitale Lehre ist jedoch in ihrem Kern
288 darauf ausgelegt, dass auf private Infrastrukturen zurückgegriffen werden muss. Wenn die Lehre im
289 Wesentlichen zu Hause stattfindet, dann bedeutet das auch, dass für den Lernerfolg dem heimischen
290 PC, der Internetleitung sowie dem WG-Zimmer und dessen Ausstattung eine verstärkte Bedeutung
291 zukommt. Und nicht zuletzt ist der Umgang vieler Dozierender mit der digitalen Lehre bestenfalls
292 ausbaufähig. Weniger Präsenz heißt nicht, dass Studierende mehr Zeit haben und deshalb ein höheres
293 Arbeitspensum bewältigen müssen.

294 Wir Juso-Hochschulgruppen verstehen die Hochschulen als einen Ort, der so vielen Menschen wie
295 möglich zugänglich gemacht werden sollte. An dem jede*r Zugang zu guter Bildung, aber auch die
296 Möglichkeiten zur persönlichen Entwicklung erhalten sollte. Als einen Ort, der weder reine
297 Ausbildungsstätte und schon gar nicht Zulieferer für die Wirtschaft ist, sondern der Möglichkeiten des
298 Austausches und der Begegnung bereithalten muss. Wenn es nach der Pandemie wieder möglich sein
299 wird, die Hochschulen für den Präsenzbetrieb zu öffnen, muss es uns gelingen, Errungenschaften der
300 digitalen Lehre und die mit ihnen verbundenen Bildungszugänge zu erhalten und auszubauen.
301 Gleichzeitig kann nur ein lebendiger Campus vieles von dem leisten, was Hochschule in ihrem Kern für
302 uns ausmacht. Die zentrale Herausforderung wird damit sein, digitale Elemente so in den
303 Präsenzbetrieb einzuflechten, dass Zugänge bewahrt bleiben. Gleichzeitig dürfen digitale Tools aber zu
304 keiner Möglichkeit für die Hochschulen werden, um Sparmaßnahmen an Infrastruktur oder Personal
305 vorzunehmen. Neben guten Konzepten braucht es damit insbesondere eine breite Ausfinanzierung der
306 Hochschulen durch Bund und Länder, im analogen wie im digitalen Raum. Um den akuten Problemen
307 des Hochschulbetriebes zu begegnen und eine langfristige Perspektive für offene Hochschulen von
308 morgen zu schaffen, fordern die Juso-Hochschulgruppen:

309 **Eine krisenfeste Studienfinanzierung:**

- 310 • Das BMBF ist mit seiner Darlehenslösung gescheitert. Überbrückungshilfen in der derzeitigen
311 Form können keine Lösung sein. **Wir fordern daher eine schnellstmögliche Öffnung des BAföG
312 noch im laufenden Wintersemester** für hilfsbedürftige Studierende.
- 313 • Das BAföG an sich ist dringend reformbedürftig. Eine schnellstmögliche Öffnung ist unter den
314 derzeitigen Bedingungen zwar ein erster Schritt, für eine langfristig gerechte
315 Studienfinanzierung braucht es jedoch eine tiefgreifende Reform. **Die Juso-Hochschulgruppen
316 setzen sich daher für ein eltern-, alters- und ehepartner*innenunabhängiges BAföG als**

317 **Vollzuschuss ein.** Dieses muss zudem unabhängig von der Semesterzahl und der vorherigen
318 Bildungsbiographie sein.

- Durch die KfW-Kredite haben sich tausende Studierende verschuldet. Neben der Rückzahlung dieser Schulden werden insbesondere die ab April 2021 fälligen Zinsen zu einer immensen Belastung werden. Die Gefahr besteht, dass diese mittelfristig zu einem Grund für Studienabbrüche werden. **Wir fordern daher schnellstmöglich die Zinsfreiheit der Kredite fristlos zu erweitern und langfristig die entstandenen Schulden zu streichen.**

324 **Die Pandemie ist nicht vorbei!**

- Bestehende rechtliche Rahmenbedingung in den Ländern müssen darum dringend erhalten bleiben oder endlich eingeführt werden. Dazu gehört insbesondere:

327 ○ **Die Aussetzung der Regelstudienzeit**

328 ○ **Die Aussetzung von Prüfungsversuchen**

329 ○ **Die Aussetzung von Langzeitstudiengebühren**

330 ○ **Die Aussetzung von Zwangsexmatrikulationen**

- Unser Hochschulverständnis geht davon aus, dass der Zugang zum Studium nicht von den oben genannten Zwängen beschränkt werden sollte. **Die Juso-Hochschulgruppen setzen sich daher für eine Abschaffung von Regelstudienzeit, Prüfungsversuchen, Langzeitstudiengebühren und Zwangsexmatrikulationen ein.**

335 **Einen starken sozialen Campus:**

- Die Hochschulen und ihre Studierendenwerke sind für viele Studierende sozialer Bezugspunkt und müssen dieser Verantwortung auch in Pandemiezeiten nach Möglichkeit gerecht werden.

- Eine dauerhafte Schwächung der sozialen Infrastruktur an den Hochschulen muss verhindert werden!

- Mensen sind so auszustatten und einzurichten, dass ein möglichst umfassender Betrieb unter den notwendigen Hygienevorkehrungen gewährleistet werden kann.

- Die Kinderbetreuungsangebote und KiTas der Studierendenwerke müssen finanziell und personell so ausgestattet sein, dass eine Betreuung weiterhin möglich ist und es nicht weiter zu erheblichen Mehrbelastungen von Studierenden mit Kind kommt. Das ist insbesondere im Hinblick auf die ansonsten drohende Benachteiligung von Sorge-Arbeit leistenden Frauen* wichtig!

- Das Fortbestehen studentischen Lebens, etwa in Form von Kulturangeboten, Sport, studentischen Initiativen, Hochschulgruppen und anderer Freizeitaktivitäten muss - insbesondere im Hinblick auf die Einbindung der vielen Erstsemester - auch unter Heranziehung neuer, kreativer Konzepte - sichergestellt und unterstützt werden.

351 **Kein Lockdown für die Hochschuldemokratie!**

- Studierendenvertreter*innen sind in **alle** Entscheidungen des Krisenmanagements, der Organisation der Lehre, der Prüfungsverfahren etc. mit einzubeziehen!

354 • Gremienwahlen, die verschoben wurden oder ausgefallen sind, müssen schnellstmöglich
355 nachgeholt werden! Die Hochschulen haben die Kosten zu übernehmen.

356 • Die Hochschulen müssen das **Engagement der verfassten Studierendenschaften**
357 **gewährleisten**, etwa durch die Bereitstellung von Räumen oder Online-Lizenzen.

358 **Internationale Studierende und ERASMUS+ stärken!**

359 • Internationale Studienbewerber*innen, die das Studium dieses Semester nicht antreten können,
360 müssen die Zusage für das kommende, oder auf Wunsch ein nachfolgendes Semester, erhalten.

361 • Rechtliche Rahmenbedingungen, wie die Aussetzung von Regelstudienzeit, Prüfungsversuchen
362 etc. müssen uneingeschränkt für internationale Studierende gelten.

363 • Aufenthaltstitel internationaler Studierender müssen unbürokratisch verlängert,
364 Finanzierungsnachweise ausgesetzt werden.

365 • Alle verschobenen oder abgesagten Aufenthalte im Rahmen des ERASMUS+ Programms
366 müssen nachgeholt werden können.

367 • In finanzielle Not geratenen internationalen Studierenden muss unbürokratisch geholfen
368 werden.

369 • Internationale Studierende, die in den kommenden Semestern trotz Corona-Bedingungen einen
370 Teil ihres Studiums an einer deutschen Hochschule verbringen wollen, müsse unabhängig
371 davon, ob ihre Kurse analog oder präsent stattfinden, einreisen dürfen.

372 • für Auslandssemester, die aktuell nicht durchgeführt werden können, aber für das Studium
373 verpflichtend sind, müssen Ersatzleistungen problemlos anerkannt werden.

374 **Gute (digitale) Lehre während und nach Corona:**

375 • Gute Lehre benötigt gute Infrastruktur. Mit Blick auf die bestehende Situation wird insbesondere
376 in der digitalen Lehre erheblicher Finanzierungsbedarf deutlich. **Wir fordern daher eine**
377 **Verdreifachung des „Zukunftsvertrages Studium und Lehre“, rückwirkend zum Haushaltsjahr**
378 **2020.**

379 Digitale Lehre kann keine Ausrede zur Unterfinanzierung des Präsenzbetriebs an den Hochschulen sein.
380 Nach wie vor ist die Breite der Hochschulen unterfinanziert. Insbesondere die Finanzierung von
381 Grundaufgaben wird zu oft durch Drittmittel bestritten. Damit nach der Pandemie eine Rückkehr in den
382 Präsenzbetrieb in allen notwendigen Bereichen vollumfänglich möglich ist, **fordern wir eine umfassende**
383 **Breitenfinanzierung der gesamten deutschen Hochschullandschaft durch den Bund.**

Bereich U: Umwelt, Verkehrspolitik & Mobilität

Beschluss U3_20

1 **U3_20 Zeit für eine Bestandsaufnahme! –** 2 **Nachhaltigkeit während der Corona-Krise**

3 Die Umwelt- und Nachhaltigkeitsbewegungen geraten in der Corona-Krise ins Hintertreffen. Eben waren
4 die Bedrohung durch den Klimawandel und die Verhinderung des globalen Artensterbens noch in aller
5 Munde, doch nun kommen umweltpolitische Themen so gut wie nicht mehr vor. Das Corona-Virus und
6 die damit verbundene Krise nehmen die gesamte politische und öffentliche Aufmerksamkeit in
7 Anspruch. Unternehmen sparen das Sponsoring von Nachhaltigkeitsinitiativen ein, stellen ihre
8 Planungen zur Klimaneutralität und Emissionsarmut zurück und richten sich auf eine harte
9 wirtschaftliche Rezession ein. Ökonomie vs. Ökologie – die beiden Bereiche scheinen in der COVID19-
10 Pandemie so stark zu konkurrieren wie nur selten davor. Der Modus der politischen
11 Entscheidungsträger*innen ist der Modus der Gegenwart, der Gefahrenabwehr, des Aufbaus von
12 Vorsorge. Das politische „Entscheiden auf Sicht“ prägte die politischen Prozesse des vergangenen
13 Monate des Corona-Jahres 2020. Doch der entscheidende Zeitpunkt für wegweisende
14 Richtungsentscheidungen über die Corona-Pandemie hinaus ist längst gekommen.

15 **Zusammen denken was zusammen gehört**

16 Die Corona-Pandemie und die weltweite Krise des Klimas sind zwei globale Probleme, die untrennbar
17 miteinander verwoben sind. Was auf den ersten Blick nicht offensichtlich scheint, wird auf den zweiten
18 Blick umso logischer: Mit der zunehmenden Zerstörung von ganzen Ökosystemen und der Vernichtung
19 artenreicher Biodiversität steigt die Wahrscheinlichkeit von globalen Pandemien rasant an. Durch
20 schrumpfende Lebensräume sind Tiere gezwungen, ihre natürlichen Lebensumgebungen zu verlassen
21 und in die Nähe von menschlicher Zivilisation zu wandern, um sich neue Lebensräume zu eröffnen und
22 überlebenswichtige Nahrung zu finden. Durch diese Verhaltensänderungen der Tiere und den engeren
23 Kontakt zwischen Tieren und Menschen steigt das Risiko der Übertragungen von Krankheiten von Tieren
24 auf Menschen. Damit besteht ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der globalen Gesundheit
25 und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Es wird deutlich, dass in einer globalen Welt einzelne
26 Fragestellungen nicht mehr isoliert betrachtet werden können, sondern dass es zur Lösung der
27 drängenden Probleme unserer Zeit eines ganzheitlichen, internationalen Lösungsansatzes bedarf, um
28 den komplexen Sachverhalten gerecht zu werden.

29 **Zwei Generationen-Fragen**

30 Derzeit sind wir mit zwei Generationenfragen konfrontiert:

31 Das Corona-Virus schadet nach bisherigem Wissens- und Forschungsstand in seinen kurzfristigen
32 Folgen insbesondere älteren Menschen und Risikopatient*innen. Die Klimakrise wiederum bedroht die
33 Lebensgrundlage zukünftiger Generationen auf unserem Planeten. Beide Situationen haben
34 gemeinsam, dass sie immer bedrohlicher werden und dramatische Konsequenzen nach sich ziehen
35 werden, wenn nicht verantwortungsvoll und nachhaltig gehandelt wird. Um beide Probleme zu lösen,
36 braucht es eine grundlegende Veränderung des bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftssystems.
37 In beiden Fällen ist ein solidarisches Verhalten gefragt, denn nur so lässt sich das Risiko senken.
38 Grundlegend unterscheidet sich diese beiden Krisen darin, wie mit ihnen umgegangen wird. Bei der

39 Corona-Pandemie vertraut niemand darauf, dass „der Markt“ schon alles allein lösen wird, im Gegensatz
40 dazu gilt dies jedoch bei der Klimakrise häufig als Hoffnungsargument.

41 **Trends zu mehr Nachhaltigkeit durch Corona?**

42 Die Corona-Pandemie macht die Globalisierung und weltweite Abhängigkeiten sichtbarer und somit eine
43 internationale Perspektive unverzichtbar. Wie auch die Klimakrise, als globales Phänomen nur durch
44 internationale Kooperationen bewältigt werden kann.

45 In der Diskussion um die Bekämpfung der Menschheitskrisen spielt das Konzept der Planetary Health
46 eine immer wichtigere Rolle. Dieses beschreibt den Gesundheitszustand der menschlichen Zivilisation
47 und der sie umgebenden Umwelt, von der sie abhängt. Demnach hängt die Gesundheit des Menschen
48 von gut funktionierenden Ökosystemen ab, sowie von den menschlichen Aktivitäten, diese Ökosysteme
49 in einem guten Zustand zu erhalten. Die Schädigung von Luft, Wasser und Böden haben in Kombination
50 mit einem bedeutenden Verlust an Biodiversität substantziellen negativen Einfluss auf die Gesundheit.

51 Aufgrund der zur Eindämmung der Corona-Pandemie notwendigen Maßnahmen, wie die Reise- und
52 Kontaktbeschränkungen, wird die Digitalisierung beschleunigt. Dies geschieht sowohl im privaten
53 Raum, wie auch in Unternehmen. Laut einer jüngsten Studie des Ifo-Institutes im Auftrag des
54 Personaldienstleisters Randstad wollen knapp zwei Drittel der befragten Personalverantwortlichen
55 häufiger virtuelle Konferenzen ansetzen und rund 60 Prozent wollen Meetings im Büro und Dienstreisen
56 reduzieren. Diese auch langfristig bleibende Entwicklung, welche durch die Corona-Pandemie
57 angestoßen worden ist, wird sich auch positiv auf die Co²-Bilanz auswirken und somit auch
58 Klimatechnisch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein.

59 Zudem beschwört das Corona-Jahr 2020 die Tragweite von Vorsorge. Vorsorgestrategien sind ein
60 politisches Bewährungsfeld, sie brauchen jedoch einen höheren politischen Stellenwert. Hier besteht
61 eine Parallele zu der Klimarisiko: Bis die Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 Europa erreichte, wurde die
62 Pandemie-Vorsorge ähnlich nachlässig behandelt wie es heute noch für die Nachhaltigkeits- und
63 Klimarisiken der Fall ist. Mehl, Hefe, Toilettenpapier- angesichts knapper Waren und Güter in
64 Supermärkten und Geschäften wird weiterhin deutlich, dass nachhaltiges Wirtschaften eine wesentlich
65 gesteigerte Bedeutsamkeit beigemessen werden muss. Die tiefen Corona-Einschnitte in die Wirtschaft
66 und das öffentliche Leben verändern die Haltung des zivilgesellschaftlichen Mainstreams zum
67 nachhaltigen Wirtschaften, und zwar nicht nur im Augenblick, sondern, so ist zu hoffen, auch
68 längerfristig.

69 Die Corona-Pandemie lehrt die Bedeutung von Werten, die bisher nicht im Vordergrund standen.
70 Zuerst gilt das für den systemrelevanten Wert der Arbeit von Menschen, die für andere da sind, aber
71 meist wenig Geld verdienen. Des Weiteren ist auch der Wert industrieller Vernetzung, von
72 gesundheitlicher Infrastruktur, von Forschung und von Politik auf wissenschaftlicher Evidenzbasis, zu
73 nennen. Darüber hinaus haben wir gesehen, dass Krisen erst genommen werden können und dass es
74 möglich ist komplexe Gemeinschaftsprojekte zu bewältigen. Das muss sich jetzt auch in den
75 Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise zeigen.

76 **Nachhaltige Politik nicht aus den Augen verlieren!**

77 Trotz der drängenden zu bewältigenden Probleme der Coronavirus-Pandemie, darf eine nachhaltige
78 Politik nicht aus den Augen verloren werden. Die Klimakatastrophe ist ein grenzüberschreitendes,
79 globales Problem, der nur somit auch nur grenzüberschreitend und global gelöst werden kann. Für uns
80 Juso-Hochschulgruppen ist klar, dass wir uns für den Schutz des weltweiten Klimas und der Umwelt
81 sowie für die Verankerung einer nachhaltigen Perspektive in Lehre und Forschung einsetzen.
82 Ausgehend von den Hochschulen muss in der gesamten Gesellschaft ein Umdenkprozess stattfinden
83 und ein gesteigertes Bewusstsein für die Themen Ökologie und nachhaltige Mobilität entwickelt werden.

84 Wir stehen dafür ein, dass die ökologische Trendwende sozial gerecht gestaltet werden muss. Dabei
85 betrachten wir Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik aus vier Perspektiven: Feministisch, Sozialistisch,
86 Internationalistisch, Antifaschistisch.

Bereich V: Verfasste Studierendenschaft & demokratische Hochschule

Beschluss V1_20

1 **V1_20** **Solidarisch** **mit** **bayrischen** 2 **Studierendenvertretungen!**

3 Bayrische Hochschulen haben seit den 1970ern keine Verfasste Studierendenschaft mehr und müssen
4 seit 2012 als letztes Bundesland auf die Einführung ebendieser warten. In der Zwischenzeit muss die
5 Situation mit Pseudobeteiligung der Studierenden ertragen werden, an einigen Hochschulen sogar
6 gänzlich ohne politische Hochschulgruppen. Tatsächliche Gegenmodelle, beispielsweise in Form
7 alternativer Methoden sind selten.

8 1973 strich Hans Maier, damaliger Kultusminister, die Verfasste Studierendenschaft aus dem
9 bayrischen Hochschulgesetz mit den Worten „den linken Sumpf an den Universitäten trocken zu legen“.
10 Seitdem ist der studentische Raum in Bayern massiv eingeschränkt und es hat sich nichts verändert.
11 Besonders erschreckend zu sehen ist, dass studentische Gruppen wie der RCDS die Beschränkungen
12 des studentischen Raumes nicht einfach hinnehmen, sondern auch noch mittragen und somit aktiv an
13 der Bewahrung der bestehenden Verhältnisse arbeiten.

14 Eine Verfasste Studierendenschaft, wie sie zuletzt in Baden-Württemberg wieder eingeführt wurde, ist
15 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, welche durch diese Eigenschaft Satzungsautonomie,
16 Finanzhoheit und Rechtspersönlichkeit gibt. Unter dem Deckmantel der, wahlweise demokratischen
17 oder politischen, Neutralität, setzen sich reaktionäre Gruppierungen wie der RCDS damit freiwillig und
18 überzeugt für die Beschränkung politischer Räume ein. Die historische Entstehung der Situation, sowie
19 die politische Positionierung der studentischen Verbände machen klar deutlich, dass das Festhalten am
20 Ausschluss der Verfassten Studierendenschaft ein politisch motivierter ist und sich gegen progressive
21 politische Bestrebungen der Studierendenschaft richtet. Von unabhängigen BAföG-Beratungen,
22 Möglichkeiten der tatsächlichen Rechtsdurchsuchungen bis hin zu Klassikern wie Fahrradwerkstätten
23 und Studikneipen bietet dies eben zahlreiche Möglichkeiten, wie das studentische Leben freier, sicherer
24 und mit mehr Beteiligung erfüllt werden könnte. Ebendiese Autonomie wurde jedoch abgeschafft,
25 seither nicht wiederhergestellt bzw. es wurde versucht Abhilfe zu finden.

26 Die Verfasste Studierendenschaft ist weiterhin die Grundlage für eine starke politische
27 Studierendenschaft. Ihre Stellung als Rechtsperson, sowie die mit ihr verbundene Finanzautonomie
28 ermöglichen es, politische Entscheidungen und Projekte auch gegen den Willen der Universitätsleitung
29 durchzuführen und durchzusetzen. Umgekehrt sind studentische Beteiligung und Hochschulpolitik ohne
30 eine Verfasste Studierendenschaft fast immer automatisch an das Wohlwollen der Universitätsleitung
31 gebunden.

32 Für uns Juso-Hochschulgruppen ist klar, dass die Hochschulen politische Räume sind und sein müssen.
33 Die Trennung zwischen allgemeinpolitischen und hochschulpolitischen Themen sowie eine
34 vermeidliche politische Neutralität der Hochschulen lehnen wir als konstruiert ab. Die Hochschulen sind
35 ein zentraler Teil der Gesellschaft, hier finden politische Debatten und Diskussionen nicht nur statt, oft
36 sind die Hochschulen die Herzkammer des politischen Diskurses. Dieser bestehenden Realität, und dem
37 grundlegenden Anspruch, der aus unserer demokratischen Gesellschaft erfolgt kann an den
38 Hochschulen lediglich die Verfasste Studierendenschaft gerecht werden. Wir fordern daher die
39 gesetzliche Festschreibung der Verfassten Studierendenschaft in allen Bundesländern, endlich auch für

40 die bayrischen Studierendenschaften. Zudem müssen die Verfassten Studierendenschaften
41 grundsätzlich mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausgestattet sein.

42 motivierter ist und sich gegen progressive politische Bestrebungen der Studierendenschaft richtet. Von
43 unabhängigen BAföG-Beratungen, Möglichkeiten der tatsächlichen Rechtsdurchsuchungen bis hin zu
44 Klassikern wie Fahrradwerkstätten und Studikneipen bietet dies eben zahlreiche Möglichkeiten, wie das
45 studentische Leben freier, sicherer und mit mehr Beteiligung erfüllt werden könnte. Ebendiese
46 Autonomie wurde jedoch abgeschafft, seither nicht wiederhergestellt bzw. es wurde versucht Abhilfe
47 zu finden.

48 **Alternative Modelle der Verfassten Studierendenschaft**

49 Um dennoch eine starke Studierendenvertretung in Bayern zu etablieren, gibt es neben der Verfassten
50 Studierendenschaft alternative Möglichkeiten. Die bayrischen ASten können beispielsweise
51 eingetragene Vereine gründen, wie es in Bamberg bereits der Fall ist, und erlangen darüber eine
52 Finanzhoheit und Teile ihrer Autonomie wieder.

53 Dennoch bleibt diese alternative Form der Organisation weit hinter den Möglichkeiten der Verfassten
54 Studierendenschaft zurück. Studentische Entschlüsse bleiben in der Regel weiter abhängig von der
55 Zustimmung der Universitätsleitungen und die finanziellen Möglichkeiten bleiben auf einem
56 vergleichsweise stark geringen Niveau

57 Ferner bestehen durch die Experimentierklausel des Bayrischen Hochschulgesetzes zahlreiche
58 Möglichkeiten, wie die Hochschulen selbst ein größeres Maß an studentischer Beteiligung einführen
59 können, beispielsweise durch eine interne Körperschaft mit festgeschriebenen und durchsetzbaren
60 Rechten gegenüber der Hochschule.

61 Dies schafft auf der einen Seite für progressivere Universitätsleitungen ein größeres Maß an
62 studentischer Beteiligung zu ermöglichen, knüpft diese aber weiter an deren Wohlwollen. Zudem können
63 erreichte Fortschritte jederzeit von einer neuen Universitätsleitung zurückgedrängt werden. In jedem Fall
64 ist es den Studierenden auch unter den alternativen Modellen nicht möglich, als eine ernsthafte
65 Gegenspielerin für die Universitätsleitungen aufzutreten.

66 Alternative Modelle zu der Verfassten Studierendenschaft sind eine Übergangsmöglichkeit, bis
67 irgendwann auch Bayern wieder eine Verfasste Studierendenschaft hat. Solange dies noch nicht
68 geschehen ist, liegt es an den Alternativen eine bestmögliche studentische Partizipation zu
69 ermöglichen.

70 Gleichzeitig dürfen alternative Modelle studentischer Beteiligung nicht zu einer Blaupause für die
71 politischen Entscheidungsträger*innen verkommen, eine echte, gesetzliche festgeschriebene
72 Beteiligung wie die Verfasste Studierendenschaft als nicht notwendig abzutun.

73 Der Irrglaube eine Hochschule könne „politisch neutral“ sein darf nicht weiterverbreitet werden.
74 Stattdessen muss der politische Diskurs an Hochschulen erhalten bleiben, als gesellschaftliche
75 Verantwortung einer jeden Hochschule. Dazu benötigen Studierendenschaften zwingend ein
76 allgemeinpolitisches Mandat, um überhaupt wirksam Interessen der Studierenden vertreten zu können.
77 Weiterhin darf der Aspekt einer starken Studierendenvertretung für die Universität nicht unterschätzt
78 werden. Ein starker AStA ist essenziell für die Studierenden, aber auch die Hochschulpolitik. Für die
79 Hochschulleitung bedeutet eine starke Studierendenvertretung, dass eine gute Beziehung zwischen
80 Studierenden und Dozierenden erhalten werden kann.

81

82 **Forderung**

83 Die Juso-Hochschulgruppen fordern die gesetzliche Festschreibung der Verfassten Studierendenschaft
84 in allen Bundesländern sowie ihre Ausstattung mit einem allgemeinpolitischen Mandat. Die konstruierte
85 Trennung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Themen lehnen wir ab. Wir
86 unterstützen die bayrischen Juso-Hochschulgruppen, sowie progressive Kräfte in der bayrischen
87 Hochschulpolitik in ihrem Kampf dafür, dass die Verfasste Studierendenschaft endlich auch in Bayern,
88 als letzten deutschen Bundesland eingeführt wird.

89 Daher möge das Juso-Bundeskoordinierungstreffen beschließen, dass:

- 90
- alternative Modelle zur Verfassten Studierendenschaft unterstützt werden, sofern sie nicht den
91 Grundsätzen der Juso-Hochschulgruppen widersprechen.
 - sich die Juso Hochschulgruppen mit dem Ziel der bundesweiten Festschreibung und Sicherung
92 der Mitbestimmungsrechte der Studierenden für die Einführung eines
93 Studierendenschaftsgesetzes auf Bundesebene nach Vorbild des österreichischen
94 Bundesgesetzes über die Vertretung der Studierenden einsetzen.
95

Bereich V: Verfasste Studierendenschaft & demokratische Hochschule

Beschluss V2_20

1 **V2_20 Digitale Demokratie an der Hochschule?**

2 Die verfasste Studierendenschaft ist und bleibt unbestritten der Grundpfeiler für die demokratische
3 Hochschule. Die gleichwertige Beteiligung von demokratisch legitimierten Studierenden ist der Garant
4 für die konsequente Fortentwicklung der Hochschule an sich und fördert die Demokratiebildung der
5 Gesellschaft.

6 Diese selbstverwaltete studentische Demokratie hat sich während der Corona-Pandemie bewiesen. An
7 den Hochschulen wurde unter massiver studentischer Beteiligung Maßnahmen erarbeitet und
8 umgesetzt, um Lehre und Kompetenzvermittlung unter fairen Bedingungen fortsetzen zu können. Nicht
9 zuletzt wurde eben diese demokratische Basis durch die Corona-Pandemie auf eine harte Probe gestellt.
10 Denn sie lebt von basisdemokratischer Beteiligung vor Ort, von der zwischenmenschlichen Begegnung
11 und dem Leben auf dem Campus. All das ist in Zeiten von Semestern, in denen die Regelstudienzeit
12 ausgesetzt wird und keine Präsenzlehre stattfindet oder auf ein Minimum heruntergefahren, gerade für
13 Hochschul-Neulinge viel schwieriger zu durchblicken und zu verstehen.

14 Doch als Juso-Hochschulgruppen lassen wir uns davon nicht entmutigen, sondern leben die de-
15 demokratische Hochschule digital. Als Juso-Hochschulgruppen setzen wir uns vor Ort ein, um auch
16 unter schwierigen Bedingungen Beteiligung zu ermöglichen. In Zeiten wurden Gremiensitzungen ins
17 Digitale verlagert und Entscheidungen ohne Präsenz getroffen. Was zunächst als Provisorium
18 eingerichtet wurde, muss jetzt auf ein stabiles Fundament gestellt werden. Dabei müssen die
19 demokratischen Grundsätze gewahrt bleiben und es muss anerkannt werden, dass nicht jeder
20 demokratische Prozess digitalisiert werden kann.

21 **Hochschulwahlen**

22 Als verfasste studentische Selbstverwaltung verstehen wir uns nicht als Kegelverein oder als Vorstufe
23 zur echten Politik. Wir nehmen die Interessen aller Studierenden ernst, das heißt wir kämpfen für eine
24 hohe Wahlbeteiligung und die allgemeinpolitische Interessenvertretung. Entsprechend müssen die
25 höchsten demokratischen Ansprüche gelebt und umgesetzt werden.

26 Die Basis für studentische Demokratie sind die jährlich wiederkehrenden Hochschulwahlen. Einmal im
27 Jahr werden alle Studierenden zur Stimmabgabe aufgerufen, um ihre Interessenvertretung zu wählen.
28 Ein handelt sich hier um einen Prozess, welcher letztlich auf den Wahlgrundsätzen unseres
29 Grundgesetzes fußt und nicht mit einer digitalen Umsetzung vereinbar ist. Neben den offensichtlichen
30 Problemen bei der Geheimhaltung und der Unmittelbarkeit der Wahl im digitalen Raum ist insbesondere
31 die Öffentlichkeit, die Transparenz sowie der Schutz vor Manipulation nicht ausreichend abgesichert.
32 Wir interpretieren das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot von elektronischen
33 Wahlgeräten so, dass es auch auf Hochschulwahlen angewendet werden muss.

34 Die klassische Urnenwahl auf Papier ist unschlagbar in den Punkten Transparenz, Nachvollziehbarkeit
35 und Manipulationssicherheit. Im Gegensatz dazu muss jede*r Wähler*in bei einer digitalen Wahl auf
36 eine „Black Box“ aus Transistoren und Leitungen vertrauen ohne die Möglichkeit zur Beobachtung des
37 Wahlvorgangs. Eine einzelne Person kann unentdeckt die gesamte Wahl manipulieren. Allein die
38 Möglichkeit beschädigt das Vertrauen in die Demokratie massiv.

39 Auch in Pandemiezeiten muss eine analoge Variante gefunden werden, um das Vertrauen in die
40 studentische Demokratie zu erhalten und keine Gewohnheitseffekte für andere Wahlen auf Lan-des-
41 oder Bundesebene zu generieren.

42 In der Konsequenz bleiben vor allem zwei Varianten:

43 • Die Amtszeiten im hochschulpolitischen Maßstab sind im Vergleich ziemlich kurz, so dass
44 kleinere pandemiebedingte Anpassungen der Legislaturlängen nicht zu Machtkonzentration
45 und -missbrauch führen. Entsprechend sind in Pandemiezeiten die Länge der Legislaturen
46 flexibel gemäß dem Infektionsgeschehen zu handhaben. In Zeiten niedriger Infektionszahlen
47 können Wahlen mit entsprechenden Hygienekonzepten in klassischer Form umgesetzt werden.

48 • Die Durchführung einer kompletten Briefwahl zum jeweiligen Wahlzeitpunkt ist teuer, aber
49 genügt den demokratischen Ansprüchen.

50 Neben der Einhaltung der demokratischen Grundsätze spricht insbesondere die Erhaltung des
51 Happening-Charakters der Hochschulwahl eine außerordentlich wichtige Rolle. Der hochschulpolitische
52 Wahlkampf an der Uni, das gemeinsame Wählen mit Kommiliton*innen an der Urne und das Gespräch
53 mit den Wahlhelfer*innen vor und nach dem Gang zur Wahlkabine gehören genau-so zur studentischen
54 Demokratie hinzu, wie die Stimmabgabe selbst. Die studentische Demokratie darf nicht zum Multiple-
55 Choice-Test am Rechner zu Hause degradiert werden.

56 Die demokratischen Grundsätze, die für Hochschulwahlen als geheime Personenwahlen gelten, müssen
57 auch auf andere geheime Abstimmungen und Wahlgänge gelten und angewandt werden. Demokratie
58 kostet Zeit und Geld. Demokratie verlangsamt Entscheidungsprozesse. Lasst uns in der
59 effizienzgetrimmten Gesellschaft die Demokratie hoch halten und nicht mittelfristig durch
60 Sparbemühungen wegoptimieren.

61 **Digitale Demokratie in Gremien**

62 Im krassen Gegensatz zu geheimen Wahlen stehen klassische Gremiensitzungen, die offen über
63 Sachverhalte diskutieren und abstimmen. Durch den Sturz ins kalte Wasser zu Beginn der
64 Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Rahmen der Corona-Pandemie haben Gremien in
65 unterschiedlichsten Zusammensetzungen und Größen gute Alternativen gefunden, um weiterhin
66 demokratische Entscheidungen an Hochschulen zu ermöglichen. Von diesen Erfahrungen können wir
67 profitieren und künftig für mehr Beteiligung sorgen.

68 Als Juso-Hochschulgruppen setzen wir uns für digitale Lösungen ein, die den Zugang für alle
69 Interessierten sichern, ihr Rede- und Antragsrecht umfassen berücksichtigen und auf OpenSource
70 Software basieren. In Zusammenarbeit und in Unterstützung durch die Rechenzentren vor Ort müssen
71 die studentischen Gremien Zugang zu digitalen Werkzeugen haben, die auf OpenSource Software
72 basieren und die digitale Beteiligung an demokratischen Prozessen vollumfänglich ermöglichen. Dabei
73 ist klar, dass nur verschlüsselte Kommunikation eingesetzt werden darf, sichergestellt wird kann, dass
74 nur berechtigte Personen abstimmen und das eigene Abstimmungsverhalten durch die
75 Veröffentlichung des gesamten Abstimmungsergebnisses verbunden mit dem Klarnamen sichtbar und
76 nachvollziehbar gemacht wird.

77 In Zukunft soll es bei Präsenzsitzung zusätzlich möglich sein, digital teilzunehmen, so dass auch hybride
78 Gremiensitzungen ermöglicht werden. Dies ermöglicht beispielsweise Studierenden im Praktikum,
79 Urlaubssemester oder mit eigenen Kindern stärker am demokratischen Prozess zu partizipieren ohne
80 spät abends noch in der Hochschule zu sein.

81 Sollte es im Rahmen von klassischen Gremiensitzungen zu geheimen Abstimmungen kommen, muss
82 ein entsprechendes schriftliches Verfahren auf der Basis von Briefwahl zur Anwendung kommen.

83 **Als Juso-Hochschulgruppen fordern wir:**

84 • Die Verhinderung der Durchführung digitaler Hochschulwahlen, solange sie den
85 demokratischen Ansprüchen nicht genügen.

86 • In Zeiten, in denen Präsenztreffen nicht möglich sind, müssen, unter Einsatz eines
87 Hygienekonzepts, nicht digitale Alternativen für Wahlen in Betracht gezogen werden.

88 • Die Schaffung von digitalen Werkzeugen durch die Hochschulen, die Gremiensitzungen mit
89 offenen Abstimmungen ohne Präsenztreffen. Im Weiteren sollen damit auch hybride Sitzungen
90 möglich gemacht werden.

91 • Als Juso-Hochschulgruppen verpflichten wir uns alle Grundsätze in unseren eigenen Gremien
92 und Strukturen entsprechend umzusetzen.

93 • Auch Studierende in Risikogruppen müssen bei dieser Abwägung mitgedacht werden. Durch
94 Hygienekonzepte und die Briefwahl ist es möglich diese Studierenden am Wahlprozessen
95 teilhaben zu lassen.

Bereich WK: Wahlkampf

Beschluss WK1_20

1 **WK1_20 Mit Schwung in die Roten Zwanziger! Die** 2 **Juso-Hochschulgruppen** **im** 3 **Bundestagswahlkampf 2021**

4 Schon jetzt - knapp ein Jahr vor der Wahl - scheint alles klar zu sein: Die SPD ist in den Umfragen seit
5 Monaten auf einem ähnlichen Niveau, der Kanzlerkandidat wurde schon bestimmt, der Weg scheint
6 vorgezeichnet.

7 Aber gerade das letzte Jahr hat uns gezeigt, dass man wirklich gar nichts als gegeben ansehen sollte.
8 Mehrere Kommunal- und Landtagswahlen, die Nominierung der Spitzenkandidat*innen aller anderen
9 Parteien und vor allem die Irrungen und Wirrungen, die uns aufgrund der aktuellen pandemischen
10 Situation noch bevorstehen, haben wir noch vor uns und in trockenen Tüchern ist noch gar nichts.
11 Nichts, außer vielleicht der Tatsache, dass wir in diesen Wahlkampf mit einer anderen Prädisposition
12 gehen: Die Möglichkeit einer erneuten lähmenden Große Koalition scheint fast ausgeschlossen, die
13 unumstößliche Konstante der Bundespolitik - Angela Merkel - wird nicht mehr kandidierenden und die
14 SPD hat nicht nur in einem basisdemokratischen Verfahren ein neues Führungsduo gewählt, sondern
15 auch ihr Jugendverband und auch wir Juso-Hochschulgruppen haben in den letzten Jahren innerhalb
16 und außerhalb der Partei ein zuvor nicht dagewesenes Standing erreichen können.

17 Die Grundvoraussetzungen sind also gut – vielleicht besser als lange zuvor, und genau deshalb gilt es
18 jetzt, aus dem Gewohnheitstrott der faden Koalition und der mitgedachten Kompromisse auszubrechen
19 und den schwarzen Bremsklotz am Bein loszuwerden! Die Krise hat gezeigt, dass in der Partei, bei den
20 Jusos und in unserem Verband die Bereitschaft herrscht und die Ideen vorhanden sind, Dinge
21 grundsätzlich anzupacken - wenn man die SPD nur lässt und manchmal auch ein bisschen schubst. Wir
22 hatten alle einen Grund dafür, uns auf die eine oder andere Art mit der sozialdemokratischen und
23 sozialistischen Idee zu verbinden: die SPD legt die richtige Basis für einen Weg, um nicht nur die durch
24 die Krise ans Licht getretenen Risse behelfsmäßig zu kitten, sondern um eine ganz neuen Vision zu
25 formen!

26 Unser Ziel für die kommenden Bundestagswahlen muss es sein, die Handbremse der SPD zu lösen und
27 stattdessen der Düsenantrieb zu sein!

28 Denn nur die SPD ist für uns die gesellschaftliche Bewegung, die nicht nur Brücken über die klaffenden
29 sozialen Gräben spannt, sondern diese wieder zu schließen vermag! Nur mit einer starken
30 Sozialdemokratie kann es gelingen, dass wir die Zukunft gestalten und sie nicht nur über uns
31 hereinbricht. Wir werden daher auch im nächsten Jahr zusammen mit den Jusos dafür kämpfen, im
32 nächsten Bundestag eine starke, vielfältige und progressive sozialdemokratische vertreten zu haben, an
33 deren Seite wir für gerechte Hochschul- und Wissenschaftspolitik streiten können!.

34 **Wider dem Stillstand in der Hochschulpolitik!**

35 Die aktuelle Krise hat nicht erst gesellschaftliche Risse hervorgebracht, die danach einfach wieder
36 verschwinden. Sie hat vielmehr klaffende Schluchten aufgezeigt, die durch die neoliberale Politikwende
37 in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren aufgerissen wurden. Dies betrifft besonders auch den
38 Bereich der Hochschulen, der Bildung und der Wissenschaft.

39 **Konsequent kompetenzbefreit: Anja Karliczek**

40 Die fragile Finanzierungslage, mit der sich viele Studierende mehr schlecht als recht über Wasser halten,
41 brach im Laufe des diesjährigen Frühjahrs für viele komplett ein, als auf Grund des Lockdowns
42 Gastronomiebetriebe, Freizeiteinrichtungen und andere studentische Arbeitsplätze geschlossen
43 wurden. Nachdem wir Juso-Hochschulgruppen, als erste politische Akteurin überhaupt, schon kurz nach
44 dem Lockdown die Öffnung des BAföGs gefordert haben und auch die SPD-Bundestagsfraktion diese
45 Forderung mit unterstützte, dauerte es noch Monate, bis das Bundesbildungsministerium unter
46 Karliczek mit den KfW-Corona-Krediten und den monatlichen "Überbrückungshilfe"-Zahlungen eine
47 mehr als unzureichende "Lösung" fand. Nur durch den gemeinsamen Druck der Juso-
48 Hochschulgruppen und der SPD konnte es gelingen, dass Anja Karliczek mehr als nur überteuerte
49 Kredite für notleidende Studierende anbot.

50 Die Wurzel des Problems lag und liegt aber viel tiefer als nur in der aktuellen Krise. Im Jahr 2019 sanken
51 die Förderzahlen abermals auf unter 12% aller Studierenden und weniger als ein Fünftel der
52 Förderberechtigten bezogen tatsächlich BAföG. Nicht temporäre finanzielle Engpässe sind also das
53 Problem, sondern das systematische Armsparen einer ganzen Generation von Studierenden durch das
54 CDU-geführte Bildungsministerium! Wir brauchen sowohl für die aktuelle Situation als auch für die
55 Studienfinanzierung generell endlich richtige Lösungen. Dafür fordern wir:

- 56 • Eine kurzfristige Öffnung des BAföGs als Instrument im Falle eines erneuten (teilweisen)
57 Lockdowns und Entlassungen von Studierenden.
- 58 • Einen Schuldenschnitt für Studierende, die KfW-Kredite aufnehmen mussten.
- 59 • Die Einrichtung des BAföGs als Vollzuschuss, eltern- und altersunabhängig, unabhängig von
60 Studiendauer, Fach- oder Ortswechsel.
- 61 • Die Einführung einer BAföG-Digitalpauschale in Höhe von 500€ jedes Jahr für die Anschaffung
62 technischer Geräte und Software.
- 63 • Die Entbürokratisierung des BAföG-Antragsverfahrens.

64 **Hilfe zur digitalen Selbsthilfe**

65 Ein eingescanntes Arbeitsblatt und die hochgeladene Seminarpräsentation sind keine Digitalisierung.
66 Die Digitalisierung in der Lehre kann eine große Chance für eine inklusive und inspirierende Hochschule
67 sein. Auch wenn es für eine erfolgreiche Digitalisierung die nötige Infrastruktur braucht, nutzt diese
68 allein jedoch nicht viel. Solange sich die Hochschuldidaktik nicht grundlegend verändert und die neuen
69 Mittel gewinnbringend zu nutzen weiß, sind die schönsten W-Lan Router nur Dekoration.

70 Wir müssen die Lehrenden dabei unterstützen, sich mit den neuen Methoden vertraut zu machen und
71 gleichzeitig eine modernere Lehre einfordern. Dazu brauchen wir ein Netz aus Beratung, Qualifizierung
72 und gegenseitigem Austausch. Auch müssen gute Arbeitsbedingungen für diejenigen zur Verfügung
73 stehen, die die Transformation gestalten und verwalten sollen und müssen.

74 Digitale Lehrmethoden können außerdem Grenzen neu ziehen. Wir haben nicht nur die Möglichkeit
75 inklusivere zu lehren, auch können wir über Hochschul- und sogar Ländergrenzen hinweg Lehre
76 gestalten und so auch unter Lehrenden und Studierenden ein internationaleres Arbeiten fördern. Hierzu
77 brauchen wir:

- 78 • Die Förderung von Pilotprogrammen zur nationalen wie internationalen Vernetzung von
79 verschiedenen Hochschulen.

- 80 • Ein gutes und in die Arbeitswelt der Lehrenden passendes Weiterbildungsangebot sowie
81 Weiterbildungspflichten.
- 82 • Open-Source-Lösungen zum vernetzten Arbeiten über Grenzen hinweg und zur Anwendung von
83 digitalen Lehrmethoden.
- 84 • Eine Förderung der Forschung im Bereich der „digitalen“ Pädagogik und Didaktik.
- 85 • Ausreichende Mittel, um die einzelnen Anwendungen barrierefrei zu gestalten.

86 **Wohnen ist und bleibt ein Grundrecht!**

87 In den meisten Städten können Studierende froh sein, wenn sie einen Wohnheimplatz bekommen. Die
88 Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt treffen vor allem die Gruppen, die nicht über viel Einkommen
89 verfügen. Das bspw. sind Menschen in prekärer Beschäftigung, Arbeitslose und Asylsuchende. Aber
90 auch Auszubildende und Studierende verfügen häufig zumindest zeitweise nicht über ausreichend
91 Mittel, um auf einem stark profitorientierten Wohnungsmarkt zu bestehen.

92 Für Studierende besteht die reale Gefahr, dass die Frage, wo das Leben und Wohnen noch bezahlbar ist,
93 darüber entscheidet, ob und wo ein Studium überhaupt möglich ist. Wohnen wird dadurch zu einer Hürde
94 beim Hochschul- bzw. Bildungszugang. Studierende geben monatlich bis zu 50% ihrer ohnehin oft
95 knappen finanziellen Mittel für Wohnen aus. Ein WG-Zimmer in einer Hochschulstadt kostet im Schnitt
96 ca. 370€. An vielen Hochschulstandorten liegt dieser Preis viel höher. Zum Vergleich: Die BAföG-
97 Wohnpauschale liegt auch nach der letzten Reform bei nur 325€. Die Studierendenwerke als soziale
98 Partner*innen sind aufgrund ihrer unzulänglichen Finanzierung nicht in der Lage, mehr Studierenden
99 bezahlbaren Wohnraum in Studierendenwohnheimen zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil: im Schnitt
100 wohnt nur jede*r 10. Student*in in einem Studierendenwohnheim, Tendenz sinkend. Seit 2007 ist die
101 Zahl der Studierenden um 48% gestiegen, die Zahl öffentlich geförderter Wohnheimplätze hingegen nur
102 um 8%. Prognosen der Kultusministerkonferenz [sic!] sehen derweil ein gleichbleibend hohes Niveau
103 von jährlichen Studienanfänger*innen bis mindestens 2030 voraus. Eine Entspannung der Lage ist also
104 auch langfristig nicht in Sicht. Das Versagen des freien Marktes tritt auf dem Wohnungsmarkt
105 besonders eklatant und für jede*n erfahrbar in Erscheinung. Wohnen verstehen wir nicht als Ware,
106 sondern als ein Recht für alle, dessen Garantie zu Gemeinwohlzwecken dem Staat obliegen sollte. Daher
107 fordern wir in Bezug auf studentisches Wohnen:

- 108 • Die Ausfinanzierung der Studierendenwerke um diese als soziale Akteur*innen am
109 Wohnungsmarkt zu stä
- 110 • Bei Neubau und Sanierung von Wohnheimen muss ein klimagerechter Standard eingehalten
111 werden, ohne, dass dabei höhere Kosten für die Studierenden anfallen
- 112 • Nachhaltige und deutliche Erhöhung der Unterbringungsquote durch die Schaffung neuer
113 campusnaher oder gut an den Campus angebundener Wohnheimplätze
- 114 • Zu diesem Zwecke ein groß angelegter Hochschulsozialpakt.
- 115 • Die Kreditfähigkeit der Studierendenwerke herzustellen.
- 116 • Die Erhöhung der BAföG-Wohnpauschale und die Möglichkeit einer regionalen Anpassung nach
117 oben in besonders angespannten Gebieten.
- 118 • Bundesweiter Mietendeckel

119 **Krise und Transformation: Unser weg in eine Klimafreundliche Zukunft**

120 2020 ist ein Krisenjahr. Auch wenn die Corona-Pandemie unser Leben in den letzten Monaten stark
121 verändert hat, gibt es eine weitere Krise, die das Potential hat, noch einschneidendere Veränderungen
122 in unserem Alltag notwendig zu machen. Dass der Klimawandel existiert, ist Fakt. Genauso, dass wir
123 mindestens so schnell und entschlossen handeln müssen, wie in der Corona-Pandemie auch.

124 Die sozial-ökologische-Wende betrifft die gesamte Gesellschaft und daher auch die Hochschulen.
125 Gleichzeitig haben Hochschulen in der Bewältigung der Klimakrise jedoch noch eine herausgestellte
126 Rolle. Wenn wir gesellschaftlichen Wandel nicht nur beobachten, sondern gestalten wollen, dann
127 brauchen wir neue Ideen, wie wir nachhaltig und sozialer Wirtschaften und Leben können. Wir müssen
128 Ideen Raum geben, damit diese wachsen können. Und wir müssen Verschwörungsmythen und
129 Klimaleugner mit einer wissenschaftsbasierten Argumentation entgegentreten. Gute
130 Wissenschaftskommunikation muss sichergestellt werden.

131 Das heißt jedoch auch, dass die Hochschulen Vorbilder im Kampf gegen den Klimawandel werden
132 müssen. Dazu müssen wir:

133 • Globale Lösungen für das globale Problem Klimawandel finden. Daher muss es einen
134 verstärkten Einsatz für eine internationalistische Wissenschaft geben und wissenschaftliche
135 Erkenntnisse müssen durch Open-Access Modelle einfacher einsehbar sein.

136 • Die soziale und ökologische Wende zusammen denken. Die zunehmende Gefährdung unserer
137 Umwelt führt zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit. Gleichzeitig ist beides Symptom der
138 kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Deshalb gilt: Gute Sozialpolitik und Nachhaltigkeit dürfen
139 nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um den Klimawandel zu stoppen braucht es einen
140 Systemwandel.

141 • Die Energie für Hochschulen, Bibliotheken, Wohnheime und Studentenwerke zu 100% aus
142 erneuerbaren Quellen beziehen. Wir streiten für einen Green Campus.

143 • Auch in Studium und Lehre braucht es eine Auseinandersetzung mit den globalen
144 Herausforderungen der Klimakrise. Nachhaltigkeit muss in Form hochschulweiter
145 Veranstaltungen für Studierende in das Studium eingliederbar sein.

146 • Es braucht eine verstärkte Forschungsförderung für Wasserstoff-, Elektroautos und
147 Mobilitätskonzepte sowie eine breite gesellschaftspolitische Analyse aus einer
148 klimapolitischen Perspektive.

149 **Ein Tesla für alle? Wieso wir einen guten ÖPNV brauchen!**

150 Neben dem Campus spielt sich das Leben vieler Studierender auch in Bussen, Zügen und
151 Straßenbahnen ab. Daher reicht es nicht, über einen Green-Campus zu reden, wir müssen auch darüber
152 sprechen, wie Studierende zuverlässig und umweltfreundlich zum Campus und wieder zurückkommen.

153 Ein guter ÖPNV ist aber nicht nur in Bezug auf den Klimaschutz wichtig. Er ist für viele Studierende auch
154 die einzige Möglichkeit, zu ihren Seminaren zu kommen, entweder, weil sie sich kein Auto leisten, oder
155 weil sie keines fahren können oder wollen. Neben dem ÖPNV ist das Fahrrad ein weiteres wichtiges
156 Verkehrsmittel für Studierende. Dabei können Sharing-Angebote Studierende auch weiter entlasten.
157 Daher fordern wir:

158 • Ein zukunftsorientiertes Mobilitätskonzept, das ökologisch, nachhaltig, integrativ und sozial
159 gerecht ist sowie feministische Aspekte betrachtet.

- 160 • Ein zukunftsfähiges Konzept, welches die verschiedenen Verkehrsmittel nicht nur einzeln
161 betrachtet, sondern integrative Ansätze aufzeigt, sodass die einzelnen Verkehrsmittel ihren
162 individuellen Nutzen gänzlich entfalten können.
- 163 • Die Zukunft der klimaneutralen Mobilität baut auf gemeinsam genutzten Verkehrsmitteln und
164 Sharing-Konzepten.
- 165 • Die gebührenfreie OPNV-Nutzung und ein allgemein kostenloser Schienenverkehr machen allen
166 Bürger*innen die gleichberechtigte Teilhabe an ökologisch gestalteter Mobilität möglich.
- 167 • Ein gebührenfreies bundes- wenn nicht europaweites Ticket für Nah- sowie Fernverkehr für alle
168 sich in Ausbildung befindenden Menschen
- 169 • Der Ausbau der Fahrradinfrastruktur vor allem in der Nähe von und zwischen den
170 Hochschulstandorten, die Bereitstellung von ausreichend Fahrradstellplätzen auf den Geländen
171 der Hochschulen und eine gute Anbindung aller Hochschulstandorte an den öffentlichen
172 Personennahverkehr leisten einen wichtigen Beitrag hin zur klimaneutralen Mobilität.

173 **Datenautobahn statt Autobahn!**

174 Der Overheadprojektor stand das Sommersemester das erste Mal seit 40 Jahren unbenutzt in der Ecke.
175 Der Grund dafür waren nicht neue digitale Lehrformate, oder anschaulichere Aufarbeitungen von
176 Lehrinhalten, sondern die Tatsache, dass die Studierenden und Lehrenden, um sich vor einer Pandemie
177 zu schützen, zu Hause geblieben sind und von dort aus Arbeiten.

178 Wir haben im Sommersemester 2020 eine ad hoc Digitalisierung erfahren, auf die viele Hochschulen
179 nicht vorbereitet waren. Innerhalb kürzester Zeit hat sich der Alltag in Forschung und Lehre radikal
180 gewandelt. Dabei gibt es begrüßenswerte Innovationen, viele Vorgänge haben jedoch auch noch
181 erheblichen Verbesserungsbedarf. Und Vieles, was der analoge Raum Hochschule zu leisten im Stande
182 ist, kann digitale Lehre auch bei besten Voraussetzungen nicht leisten.

183 Doch der digitale Raum Hochschule wird bleiben. Es wäre ein Desaster, wenn gewonnene Fähigkeiten
184 und Kapazitäten auf dem Feld der digitalen Lehre nach der Pandemie wieder fallen gelassen werden.
185 Dazu bieten diese zu viele neue Möglichkeiten und Freiheiten, die auch abseits von Social Distancing
186 einen wertvollen Beitrag für die Teilhabe an und die Öffnung von Bildung leisten können. Digitale Lehre
187 ermöglicht Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht an Präsenzveranstaltungen
188 teilnehmen können, eine selbstbestimmte Teilhabe an Lehrinhalten. Vorlesungen, die online On-Demand
189 zur Verfügung gestellt werden, erlauben beispielsweise eine individuelle Anpassung an das eigene
190 Lerntempo und befreien Studierende von dem Druck, jedes kleinste Detail mitschreiben zu müssen.

191 Für die Juso-Hochschulgruppen ist klar, dass es gelingen muss, wichtige Vorteile der digitalen Lehre mit
192 dem analogen Leben am Campus zu verbinden. Für eine inklusivere Lehre müssen digitale Angebote
193 dabei insbesondere ergänzend zu Präsenzveranstaltungen angeboten werden. Jetzt gilt es, die
194 optimalen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass mit qualitativ hochwertiger digitaler Lehre die
195 Pandemiezeit zunächst überbrückt und diese anschließend optimal mit dem regulären Lehrbetrieb
196 vernetzt werden kann. Dazu ist es insbesondere notwendig:

- 197 • Die digitale muss die analoge Lehre perspektivisch ergänzen und erweitern können. Dazu
198 müssen die notwendigen finanziellen Mittel, sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen durch
199 den Bund bereitgestellt und geschaffen werden.
- 200 • Dazu braucht es kurzfristig eine Verdreifachung des „Zukunftsvertrages Studium und Lehre“,
201 rückwirkend zum Haushaltsjahr 2020. Die zusätzlichen Mittel sollen zweckgebunden für die

202 Investition in die digitale Infrastruktur sowie für Schulungen im Umgang mit digitalen Tools
203 vergeben werden.

204 • Auf lange Sicht braucht es eine Ausfinanzierung der Hochschulen durch Bund und Länder.

205 • Open Source Software und Open Access Zugänge müssen konsequent zur Verfügung gestellt
206 und ausgebaut werden.

207 **Lasst Glasscherben regnen!**

208 Gender-Pay-Gap, Gender-Publication-Gap, Gender-Mental-Well-Being-Gap. Die Corona-Krise reißt noch
209 tiefere Gaps, also Abgründe, in den schon zuvor bröckelnden Mythos der Geschlechtergleichstellung.
210 Nun zeigt sich glasklar, was uns schon vorher bewusst war: dass Frauen ja doch diejenigen sind, die im
211 Notfall auf die Kinder aufpassen und sie beschulen, die zuerst gefeuert werden und die die Hauptlast in
212 den Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindergärten tragen. Die Überraschung über diese nun
213 angeblich so unvorhergesehen auftretenden Lücken sind die Früchte des jahrelangen "wir sind doch
214 schon gleichberechtigt"-Mantras, das überall vor sich hergebetet wird.

215 Für uns als Hochschulgruppen ist jedoch klar, dass patriarchale Strukturen immer noch unser
216 Geschlechts- und Gesellschaftsverhältnis dominieren - ob in der Familie, im Berufsleben oder in den
217 Hochschulen. Wenn von über 50% Studienanfängerinnen am Ende nur ca. ein Viertel Professorinnen
218 übrig bleibt, wenn Forscherinnen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen immer noch signifikant
219 weniger veröffentlichen, wenn eine wissenschaftliche Karriere mit dem Mutter-Sein immer noch nicht
220 vereinbar ist (mit dem Vater-Sein ist das offensichtlich kein Problem), solange müssen wir dafür
221 kämpfen, die strukturellen Hindernisse, die Frauen im Weg stehen, abzuschaffen. Hierfür brauchen wir:

222 • Eine Frauenquote von mindestens 50% bei der Neubesetzung von Professuren und weiteren
223 Karrierestufen der akademischen Laufbahn

224 • Die geschlechterparitätische Besetzung von Berufungskommissionen und das Vetorecht der
225 Frauen-/Gleichstellungsbeauftragten, falls diese den Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt
226 sieht

227 • Transparente Beteiligungsverfahren, auch für digital Arbeitende, damit Entscheidungen nicht in
228 Männerrunden ausgeklüngelt werden

229 • Transparente Bewerbungsverfahren mit klaren Kriterien für den akademischen Mittelbau sowie
230 die Verankerung von Tenure-Track-Elementen und Entfristung der Stellen

231 • Schaffung von Teilzeitstellen mit Aufstockungsmöglichkeiten und ein wirkliches
232 Teilzeitstudium, das Studierenden keine Nachteile entstehen lässt

233 • Kostenfreie Betreuungsangebote für Kinder von Mitarbeiter*innen und Studierenden

234 **Trotz alledem – gegen alle Widerstände!**

235 Das Verhältnis der Juso-Hochschulgruppen zur SPD ist durch eine kritische Solidarität gekennzeichnet.
236 Wir kämpfen an den Hochschulen, in den Ländern und im Bund für eine verantwortungsvolle
237 Wissenschaftspolitik und eine sozial gerechte Gestaltung der Hochschulen. Dazu gehören nicht nur
238 konkrete Forderungen, sondern auch ein genereller Trendwechsel in der Hochschulpolitik. Wir haben in
239 den letzten Monaten der Krise gemerkt, wie wichtig es ist, dass es eine starke Sozialdemokratie gibt, die
240 mit uns gemeinsam für gute Studien- und Arbeitsbedingungen sowie eine starke Wissenschaft streitet.
241 Damit das wieder möglich ist, müssen wir den ewigen Klotz am Bein - die CDU - loswerden, um in den

242 nächsten Jahren nicht nur die Fehler von Anja Karliczek und der Union wieder auszubessern, sondern
243 einen wirklichen Sprung in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik zu wagen!

244 Auch, wenn wir mit Positionen der SPD in der aktuellen Legislaturperiode manchmal nicht einverstanden
245 waren - sie bietet immer noch die richtige Plattform für unseren Aktivismus! Deshalb ist genau jetzt, im
246 Programmprozess vor der Bundestagswahl, die Zeit, unsere Forderungen mit einzubringen, um der
247 Sozialdemokratie wieder ein schärferes Profil zu verpassen. Themen der Jugend und Bildung müssen
248 sich im Herzen des sozialdemokratischen Programms wiederfinden, damit auch junge Leute, denen die
249 Werte der Sozialdemokratie tendenziell sowieso naheliegen, sich wieder sicher sein können, dass der
250 SPD auch besonders ihre Interessen am Herzen liegen. Denn dort sind sie schon immer und tief
251 verankert!

252 Wie alle Umfragen und auch unsere persönlichen Erfahrungen zeigen, ist das allerwichtigste Thema für
253 diese Altersgruppe der Klimaschutz - und das sollte es auch für die Sozialdemokratie sein, allerdings
254 nicht als exklusives, sondern als Querschnittsthema! Für viele Studierende sind auch Fragen des
255 bezahlbaren Wohnraums, der finanziellen Absicherung und des gut ausgebauten Nahverkehrs essentiell
256 wichtig. Unser Ziel sollte es sein, diese Interessen mit dem Anspruch des Umweltschutzes zu
257 verknüpfen und darzustellen, wie auch Themen der sozialen Gerechtigkeit damit verbunden sind.
258 Studierende sind nicht nur durch die langfristige Klimakrise politisiert, sondern gerade in diesem Jahr
259 auch durch die Studienfinanzierungskrise, die durch jahrelanges Missmanagement des
260 Wissenschaftsministeriums durch die CDU zustande gekommen ist. Unser Ziel muss es sein, diese
261 Kämpfe zusammenzuführen, Unzufriedenheit zu bündeln und Parallelen herzustellen. Gemeinsam
262 kämpfen wir für die Interessen der Studierenden und dafür, diese Interessen auch im Programm der SPD
263 abbilden zu können.

264 Gemeinsam mit den Jusos werden wir dazu eine Wahlkampfange auflegen, mit der wir die konkreten
265 Sorgen und Wünsche junger Menschen nach gutem Wohnen, gebührenfreiem ÖPNV und sicherer
266 Ausbildung und Arbeit – auch im digitalen Raum – aufgreifen und uns gemeinsam mit der SPD als
267 Vorreiter*innen in diesen existenziellen Themengebieten positionieren! Unser gemeinsamer Fokus liegt
268 dabei besonders auf der sozialdemokratischen Kerngruppe, die auch unter Studierenden stark vertreten
269 ist: seien das dual Studierende, Menschen, die Hochschulen auf dem zweiten Bildungsweg betreten
270 oder Studierende aus Arbeiter*innenfamilien. Dabei, unsere Forderungen in breite Kreise zu tragen,
271 helfen uns auch die vielen dutzenden Kandidierenden, die bei den Jusos und den Juso-
272 Hochschulgruppen aktiv sind und waren. Unser Anspruch ist es, dass die Sozialdemokratie die
273 Vertreterin der Jugend im Parlament wird. Gemeinsam mit den Jusos, den Kandidierenden und
274 besonders Euch - den Hochschulgrüpler*innen vor Ort - werden wir dieser Bundestagswahl unseren
275 Stempel aufdrücken. Wir wollen Teil einer Wahl sein, bei der viele alte Gewissheiten nicht mehr gelten,
276 Zwänge nicht mehr wirken und in der sich neue Wege öffnen und Visionen eines besseren Morgens für
277 alle entstehen können. Und wir werden mit aller Kraft, die dieser Verband aufbringen kann, dafür
278 kämpfen, dass wir nach der Wahl endlich wieder sozial gerechte Hochschul- und Wissenschaftspolitik
279 machen können, und zwar ohne die Union, mit einem SPD-geführten Bildungsministerium und als
280 stärkste Kraft im Bundestag!